

PAPERS

**ERHARD CROME,
WOLFGANG GRABOWSKI, ACHIM WAHL**

**DAS ENDE DER GESCHICHTE
IST NICHT ZU ENDE**

**GEOSTRATEGISCHE UND
POLITISCHE VERÄNDERUNGEN
AM BEGINN DES 21. JAHRHUNDERTS**

Erhard Crome, Wolfgang Grabowski, Achim Wahl

Das Ende der Geschichte ist nicht zu Ende

Geostrategische und politische Veränderungen
am Beginn des 21. Jahrhunderts

Januar 2011

Inhalt

Vorbemerkung	3
<i>Erhard Crome</i> I. Zur internationalen Entwicklung und Politik seit Beginn des 21. Jahrhunderts USA, Deutschland und einige Grundlinien	5
<i>Wolfgang Grabowski</i> II. Euroasiatische Akteure der geostrategischen Veränderungen	41
<i>Achim Wahl</i> III. Wohin geht Lateinamerika im XXI. Jahrhundert? Gesellschaftlicher Fortschritt und die Positionierung der Linken	57
Autoren	84

Vorbemerkung

Die Friedensfrage stellt sich im 21. Jahrhundert unter den veränderten Bedingungen wieder neu. Die Hoffnungen der Schlussphase des kalten Krieges auf eine „Friedensdividende“ sind zerstoßen. Die weltweiten Rüstungsausgaben haben die Marge von 1200 Milliarden US-Dollar – das war der Höchststand des kalten Krieges – bereits 2006 wieder überstiegen und liegen seither von Jahr zu Jahr höher. Die Entwicklungen seit 2001 mit den Kriegen in Afghanistan und Irak, die Kriegsdrohungen gegen den Iran, die Unfähigkeit der Staatenwelt, eine vernünftige Antwort auf die atomare Aufrüstung Nordkoreas zu finden, das Taktieren der USA gegenüber Russland in der Frage der nuklearstrategischen Rüstungen, die Erweiterung der NATO nach Osten und ihre Umrüstung auf eine Interessenkoalition, die weltweit Kriege zu führen in der Lage sein soll, sind Merkmale einer neuen Zeit, die Kriege wieder zu einer „normalen“ Sache gemacht hat. Das Jahr 2010 ist das Jahr der weiterentwickelten NATO-Strategie. Es steht Frieden drüber, und es ist Krieg drin. Gegenüber ihrer Vorgängerin von 1999 soll eine höhere Effektivität der Kriegsführung die Zielmenge sein.

Der Präsident der USA ist der Präsident der USA, ungeachtet dessen, wie er heißt, und agiert als solcher seinem Amte gemäß. Der Unterschied Barack Obamas zu seinem Vorgänger ist nicht, Krieg zu führen oder nicht, sondern welche Kriege mit welchen Mitteln und zu welchem Zwecke geführt und vorbereitet werden. Insofern ist die nüchterne Analyse der Differenzen ebenso gefragt, wie die Auseinandersetzung mit der Kriegspolitik überhaupt.

Von hier nimmt linke Politik ihren Ausgangspunkt. Ihre Aufgabe ist es nicht, mit den Wölfen zu heulen in der Hoffnung, damit das Rudel beeinflussen zu können – das wäre dann die Quintessenz der „Realpolitik“. Alternativen müssen zunächst ungeachtet ihrer momentanen Mehrheitsfähigkeit entwickelt werden. Wenn sie dann entwickelt sind, können und müssen sie in die breitere politische Debatte eingebracht werden. Die schlussendlichen Mehrheiten ergeben sich aus dem politischen Prozess. Und für diesen gilt noch immer der berühmte Satz des früheren US-Präsidenten Abraham Lincoln: „Man kann das ganze Volk eine Zeitlang betrügen und einen Teil des Volkes die ganze Zeit, aber niemals das ganze Volk die ganze Zeit.“ Von hier geht Hoffnung aus.

Zu einer kritischen Friedensforschung bzw. zu einer linken Politikentwicklung gehört die Beantwortung von Fragen wie: Welche Bedrohungen oder Gefährdungen gibt es in der Welt von heute? Welches sind die Ursachen? Wer ist dafür verantwortlich? Was ergibt sich daraus für eine verantwortliche Friedenspolitik, die hier und heute von Deutschland und Europa ausgeht? Wie sollte eine kooperative Zusammenarbeit mit den ärmeren Ländern der Welt aussehen, die nicht im bisherigen Sinne „Entwicklungspolitik“ ist und nicht in erster Linie auf die Exportinteressen der deutschen Wirtschaft ausgerichtet ist? Wie muss eine neue internationale Solidarität aussehen? Gibt es in der heutigen Welt überhaupt Probleme, die einer militärischen Antwort bedürfen? Wenn Deutschland umgeben ist von „Freunden“, wozu brauchen wir überhaupt eine Bundeswehr? Wenn ja, mit welchem Auftrag? Soll es linke Friedenspolitik sein, sich auf den Boden der NATO zu stellen, in dem Glauben, sie verändern zu können, oder ist der sofortige Austritt aus dieser Militärorganisation das einzig vertretbare politische Ziel, auch wenn es – im Unterschied zur breiten Ablehnung der Beteiligung Deutschlands am Krieg in Afghanistan – dafür noch keine Mehrheit in der Bevölkerung gibt? Was ist nun mit der Europäischen Union und ihren militärischen Armen nach dem Vertrag von Lissabon? Wie müsste ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem jenseits der NATO beschaffen sein? Was ist jetzt zu tun, diesem Ziel näher zu kommen? Was kann getan werden, um einem „neuen Imperialismus“ im eigenen Lande entgegenzuwirken? Welches Menschenbild und welches Gesellschaftsbild sind geeignet, dem eine entsprechende Grundlegung zu geben?

Ein solches Arbeitsprogramm kann nicht von heute auf morgen und in kleinem Kreise umgesetzt und realisiert werden. Dazu bedarf es Zeit und eines breiteren Diskurses, in der Linken und darüber hinaus in der Gesellschaft. Geostrategische Veränderungen sind ein Teil der Untersuchung der internationalen Verhältnisse. Hier geht es nicht um die tagespolitischen Wandlungen, sondern um die gleichsam tektonischen Verschiebungen in der Geographie und in der Weltwirtschaft, die Voraussetzungen von Politik sowie politischer und nicht zuletzt militärischer Machtprojektion bzw. des Strebens sind, diese einzudämmen. Der Gesprächskreis Frieden und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich bereits Anfang 2008 mit dem Thema: „Geostrategische Veränderungen in der Gegenwart“ beschäftigt. Die Ergebnisse wurden in einem Sammelband der breiteren öffentlichen Diskussion zugänglich gemacht.¹ Zugleich bestand Übereinstimmung, dass dieses Thema damit nicht erledigt war, sondern diesen Problemkreis weiter zu bearbeiten.

Ein Zwischenstand wird mit diesem Papier vorgelegt. Es besteht aus drei Teilen: (1) Grundlinien der internationalen Politik seit Beginn des 21. Jahrhunderts (bearbeitet von Erhard Crome), (2) Darstellung der euroasiatischen Akteure der geostrategischen Veränderungen (bearbeitet von Wolfgang Grabowski) sowie (3) Untersuchung der gesellschaftlichen Veränderungen in Lateinamerika (bearbeitet von Achim Wahl).

Das Konzept geht davon aus, dass die Politik des Westens in den „neuen“ Akteuren, die sich in Eurasien sowie Lateinamerika entwickeln, auf letztlich begrenzende, jedenfalls nicht zu beherrschende Faktoren stößt. (Die Kennzeichnung „neu“ wird hier bezogen auf die Veränderungen im internationalen Staatensystem und in der Weltwirtschaft seit Ende des 20. / Anfang des 21. Jahrhunderts im Vergleich zur Zeit der „Vorherrschaft der nordatlantischen Welt des weißen Mannes“ seit Mitte des 19. Jahrhunderts verwandt; unter einer weiteren historischen Perspektive sind China und in gewissem Sinne auch Indien selbstverständlich Akteure der Weltgeschichte, die seit über 2.000 Jahren eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung der Produktivkräfte, von Wissenschaft und Kultur gespielt haben.) Zugleich sehen sich die Akteure Eurasiens unversehens der Politik des Westens gegenüber gestellt, auch wenn sie das mit ihrer Entwicklung und Politik nicht bezwecken, und sie finden sich zugleich mit den neuen Entwicklungen in Lateinamerika verbunden, auch wenn diese ihre wieder eigene Spezifik haben. Die neuen fortschrittlichen Entwicklungen in Lateinamerika treffen ihrerseits auf die Kräfteverschiebung zugunsten der neuen Mächte Asiens sowie Russlands einerseits, durch die sie sich begünstigt sehen, und die traditionell geprägten Interessen des Westens andererseits, der Lateinamerika weiter unter seiner Kontrolle halten will. Diese Dreiecksbeziehung ist die Perspektive, unter der das Thema der geostrategischen Veränderungen in diesem Diskussions-Papier bearbeitet wird.

Am Ende zielt die Analyse auf strategische außenpolitische Schlussfolgerungen unter einer linken Perspektive für EU-Europa und Deutschland. Das Gefühl solidarischer Unterstützung und identifizierender Begeisterung für linke Entwicklungen insbesondere in Lateinamerika kann die anhaltende strategische, programmatische und politische Schwäche im eigenen Land, in Europa nicht aufwiegen. Die Lobpreisung eines lateinamerikanischen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ als Kompensation für eigene Schwäche läuft ins Leere. Gleichwohl gehört es zu den guten Traditionen gesellschaftskritischer Analyse, zunächst zu sagen, „was ist“. Dazu will die vorliegende Schrift einen Beitrag leisten.

Frühere Fassungen der Papiere sind im Gesprächskreis Frieden der Rosa-Luxemburg-Stiftung, zuletzt im Februar 2010 auf einer Klausurberatung in Elgersburg (Thür.) beraten worden. Für die jetzt vorliegenden Texte zeichnen allein die Autoren verantwortlich.

Berlin, Januar 2011

Erhard Crome

¹ Erhard Crome (Hrsg.): Internationale Politik im 21. Jahrhundert. Konfliktlinien und geostrategische Veränderungen. Rosa-Luxemburg-Stiftung: Reihe Manuskripte, 80, Karl Dietz Verlag, Berlin 2008.

I.

Zur internationalen Entwicklung und Politik seit Beginn des 21. Jahrhunderts

USA, Deutschland und einige Grundlinien

Die vielleicht folgenreichste Illusion am Ende des 20. Jahrhunderts war die, das Ausräumen des Ost-West-Konflikts würde eine lange Phase des Friedens einleiten. Nach dem Kalten Krieg schien es zunächst ein großes Durchatmen zu geben – wie nach allen großen Kriegen der europäischen Geschichte – angesichts der gewaltigen Kraftanstrengungen, die diese Auseinandersetzung, die unmittelbar auf den zweiten Weltkrieg gefolgt war, gekostet hatte. Auf das Ende der Organisation des Warschauer Vertrages ist jedoch nicht die Auflösung der NATO gefolgt, wie auch im Westen viele Friedensforscher Anfang der 1990er Jahre annahmen (oder hofften), sondern diese wurde mit veränderten Aufgaben versehen und zu einer weltweit einsatzfähigen Interventionsmaschinerie umgebaut. Die damalige Illusion hatte einen speziellen Namen: „Friedensdividende“. Gemeint war, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und des damit verbundenen Wettrüstens würden Mittel frei, die weltweit für die Lösung sozialer, ökologischer und anderer drängender Probleme genutzt werden könnten. Diese Hoffnungen wurden arg enttäuscht.

Frühe Weichenstellungen

US-Präsident Bush I (1989-1993) hatte seine Anfang der 1990er Jahre verkündete „Neue Weltordnung“ in eine eher gefällige Rhetorik verpackt; sie enthielt auch kooperativ klingende Worte, aber sie war nicht so gemeint. Die US-Regierung in Gestalt des Außenministers Baker hatte der sowjetischen Führung im Februar 1990 versprochen, dass es auch für die Sowjetunion gut sei, wenn das wiedervereinigte Deutschland unter der Kontrolle der NATO (sprich: der USA) steht, „während gleichzeitig gewährleistet ist, dass die NATO ihr Territorium um keinen Zentimeter in Richtung Osten ausweitet“.¹ Inzwischen sind umfangreiche NATO-Erweiterungen um Ostmitteleuropa und Südosteuropa Realität geworden; um weitere wird diskutiert.

Der Krieg gegen Irak 1990/91 galt einem Kriegsverbrecher und Aggressoren; dass die USA Saddam Hussein eine diplomatische Falle gestellt hatten, war im Getöse des Tagesgeschäfts untergegangen. Den *casus belli* schuf faktisch die US-amerikanische Botschafterin, als sie Saddam Hussein auf Anfrage erklärte, dass die USA bei einer Annexion Kuweits ihre Interessen nicht tangiert sähen, was dieser als Akzeptanz verstand, um anschließend die Botschafterin als desavouiert und sich im Konflikt mit den USA, ihren Verbündeten und dem Völkerrecht zu sehen. Die völkerrechtliche Sachlage war klar: Saddam Hussein hatte ein souveränes Land überfallen, und der UNO-Sicherheitsrat sanktionierte den Militäreinsatz.² Allerdings hatte Bush I davor zurückgeschreckt, den Irak tatsächlich zu besetzen. Ein geschwächter Saddam Hussein, der „die Ordnung“ aufrecht erhielt, und Flugverbotszonen im

¹ Michael R. Beschloss, Strobe Talbott: Auf höchster Ebene. Das Ende des Kalten Krieges und die Geheimdiplomatie der Supermächte 1989-1991, Düsseldorf u.a.: ECON Verlag 1993, S. 245.

² Vgl. Pierre Salinger/Eric Laurent: Krieg am Golf. Das Geheimdossier, München/Wien: Carl Hanser Verlag 1991, S. 49ff, insbesondere S. 63; Erhard Crome: Menetekel neuer Weltenauseinandersetzungen? Noch einmal über den Golfkrieg, in: iPW-Berichte, Berlin, Heft 11-12/1991, S. 40-43.

Norden und Süden, die dazu dienten, den USA nach Belieben einen Vorwand für Bombardierungen im Irak zu schaffen, sowie ein Embargo, in dessen Folge zwar Tausende Kinder und Arme in Irak starben, der Westen aber seine regelmäßigen Öllieferungen erhielt, reichten ihm aus.

Bis Mitte der 1990er Jahre schien die strategische Diskussion auch in den NATO-Gremien offen; dann jedoch stellten die US-Vertreter den Dialog auf scheinbar vergleichbarer Augenhöhe ein. In Washington war begonnen worden, über eine neue imperiale Politik nachzudenken, die mit den „Verbündeten“ nicht geteilt werden sollte. Der Jugoslawienkrieg Ende der 1990er Jahre mutete aus dieser Perspektive schwerfällig an, waren doch die Vertreter die anderen Länder in die Entscheidungsgremien des Krieges einzubeziehen. Singuläre imperiale Entscheidungen schienen einfacher. – Bei diesen Debatten handelte es sich immer noch um solche in den 1990er Jahren, als der Demokrat Bill Clinton Präsident der USA war (1993-2001). Präsident Bush II (2001-2009) konnte dann nahtlos daran anknüpfen.

Dennoch gab es zunächst keinen imperialen Konsensus in den USA. Die Neo-Konservativen hatten, wie berichtet wurde, Clinton mindestens dreimal einen Krieg gegen den Irak antragen wollen; er winkte dreimal ab. Henry Kissinger, einer der Vordenker US-amerikanischer Machtpolitik, meinte bereits im Jahre 1992, dass es eine unilaterale Welt nicht geben könne und die USA nach dem Ende des Kalten Krieges erstmals in der Situation sind, eine Außenpolitik machen zu müssen, „wie sie die europäischen Nationen schon jahrhundertlang führen mussten“, nämlich eine interessengeleitete ‚Realpolitik‘ unter der Voraussetzung einer ‚Balance of Power‘ – also keine neue Imperialpolitik. Voller Ironie machte er geltend, die USA hätten bis zum ersten Weltkrieg überhaupt keine tatsächliche Außenpolitik gehabt, und seither eine moralisierende. Schon der Eintritt in den ersten Weltkrieg wurde nicht mit Sicherheitsargumenten begründet, sondern mit einer „moralischen Unzulänglichkeit der deutschen Führung“. Auch die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus sei unter einer derartigen moralischen Attitüde erfolgt; die amerikanische Position oszillierte „zwischen dem Glauben, der Kommunismus sei absolut böse, und der Auffassung von Kommunismus als Ziel von Konvertierung“, mit der Konsequenz, nun zu glauben, „der Kommunismus sei wegen der Richtigkeit der demokratischen Idee zusammengebrochen“.³

Es gehört zu den Eigenheiten US-amerikanischer Politik, internationale Konflikte, die sicherheitspolitisch begründet waren oder aus Machtdivergenzen bzw. Interessenkollisionen herrührten, stets ideologisch aufgeladen zu haben und als „Gut-Böse“-Konstellationen zu verarbeiten. So wurden alle amerikanischen Kriege des 20. Jahrhunderts als „gerechte“ geführt, der „guten“ USA gegen die jeweilige „Welt des Bösen“. Es ist dies der Kontext, in dem abwechselnd Saddam Hussein, Milosevic und Bin Laden zum Wiedergänger von Adolf Hitler stilisiert wurden. Die Politik und Kriegsführung sowie die darum gerankte Rhetorik von Bush II stand in genau dieser Kontinuität. Die von Kissinger gemeinte Umorientierung der US-amerikanischen Außenpolitik hatte bis 2008 jedoch nicht stattgefunden, statt dessen wurde eine Volte zu einer aggressiven imperialen Politik geschlagen, die vor allem auf Krieg und Hochrüstung setzte.

Über den Zenit

Zu den Selbstdarstellungen der Herrschenden der USA im Filmwesen wie im zeitgeschichtlichen Schrifttum gehörte in den 1950er Jahren wie nach 1990 der Vergleich mit dem Römischen Reich. Wollten wir einen solchen heute ziehen, böte sich folgende Variante an: Unter dem Befehl des Kaisers Traian drangen römische Truppen weit in das Reich der

³ Henry A. Kissinger: Die künftigen Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, in: Europa-Archiv, Bonn, Folge 23/1992, S. 671f.

Parther ein, eroberten im Jahre 115 das Zweistromland und machten es zur römischen Provinz. Damit hatte das Römische Reich seine größte Ausdehnung erreicht. Hadrian, der Nachfolger auf dem Kaiserthron, gab kurze Zeit darauf diese Eroberungen wieder auf. Dazu heißt es bei Theodor Mommsen in seiner berühmten *Römischen Geschichte*: „Die orientalischen Eroberungen Traians durchleuchten den trüben Abend des Römerreiches wie die Blitzstrahlen die dunkle Nacht, aber wie diese bringen sie keinen neuen Morgen. Der Nachfolger fand sich vor die Wahl gestellt, das unfertige Werk der Unterwerfung der Parther zu vollenden oder fallen zu lassen. Ohne bedeutende Steigerung der Armee wie des Budgets konnte die Grenzerweiterung überall nicht durchgeführt werden; und die damit unvermeidlich gegebene Verschiebung des Schwerpunktes nach Osten war eine bedenkliche Stärkung des Reiches. Hadrian und Pius lenkten also völlig wieder ein in die Bahnen der früheren Kaiserzeit. Den römischen Lehnkönig von Parthien, den Parthamaspanes ließ Hadrian fallen und fand ihn in anderer Weise ab. Er räumte Assyrien und Mesopotamien und gab diese Provinzen freiwillig dem früheren Herrn zurück.“⁴

Es mag zu den Zufälligkeiten der Weltgeschichte gehören, dass die USA genau dieses Zweistromland, den Irak, unter Bush II eroberten. Sein Nachfolger Barack Obama war allerdings bereits zur Präsidentenwahl mit dem Versprechen angetreten, dass die USA sich aus dem Irak wieder zurückziehen werden, und genau dies wurde unter seiner Präsidentschaft in Gang gesetzt. Die USA haben – in der gleichen Weltgegend wie einst das Römische Reich – den Zenit ihrer imperialen Macht überschritten.

Aus der Sicht der imperialen außenpolitischen Interessen ist es nun an Obama, diesen historischen Rückzug so zu gestalten, dass die USA „ihr Gesicht nicht verlieren“ und sie ihre Interessen auch unter der Voraussetzung der Rückzugsbewegung so weit wie möglich international durchsetzen. Zugleich sucht Obama Wege, die innenpolitischen Prioritäten, um deren willen er eigentlich gewählt wurde – Arbeitsplätze zu schaffen, das Gesundheitswesen zu reformieren und die Lage der unteren Schichten der Gesellschaft zu verbessern –, in die Tat umzusetzen. Dies alles ist eigentlich zu viel, als dass ein Einzelner – und sei er Kaiser oder Präsident – es gleichzeitig und gleichermaßen erfolgreich realisieren könnte. Dennoch, der Kern des Verständnisses der derzeitigen Entwicklung und Politik der USA liegt in dieser geschichtlichen Konstellation. Man wird dem Zusammenhang von der Persönlichkeit Barack Obamas und der historischen Konstellation nicht gerecht, wenn man sie nicht vor dem Hintergrund dieser geschichtlichen Herausforderung verortet. Und man versteht die politischen Entwicklungen und Auseinandersetzungen in den USA nicht, wenn man sie nur aus sich heraus zu erklären versuchte. Neben der internationalen Staatenkonstellation kommt den Folgen der Weltwirtschaftskrise besondere Bedeutung zu, deren Konsequenzen sich – trotz gegenwärtigen wirtschaftlichen Aufschwungs – nach wie vor nicht sicher abschätzen lassen. Möglicherweise ist die derzeit allgemein konstatierte wirtschaftliche Schwäche der USA im Vergleich zu Deutschland bzw. der Europäischen Union und zu China bzw. den BRIC-Staaten die andere Seite des weltpolitischen Abstiegs der USA.

Die „Zwischenwahlen“ zum Kongress im November 2010 hatten zum Ergebnis, dass die Demokraten ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus verloren und die im Senat nur knapp verteidigen konnten. Anfang Januar 2011 wurden in Tucson (Arizona) die demokratische Kongressabgeordnete Gabrielle Giffords bei einem Anschlag lebensgefährlich verletzt und sechs Menschen getötet. In den Kommentaren dazu wurde weithin die aufgeheizte politische Stimmung in den USA dafür verantwortlich gemacht. Das Idol der Rechten, die frühere Kandidatin der Republikaner für das Vizepräsidenten-Amt, Sarah Palin, hatte zuvor dazu aufgefordert, gegen die Demokraten „die Waffen durchzuladen“. Die von ihr angeführte *Tea Party Bewegung* ist Ausdruck dessen, dass ein beträchtlicher Teil der weißen Bevölkerung der

⁴ Theodor Mommsen: *Römische Geschichte*. Fünfter Band (1885), Berlin: Deutsche Buch-Gemeinschaft o.J., S. 403.

USA den weltpolitischen Abstieg und die Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Lande nicht hinnehmen will und die Demokraten und ihre sozialen Reformen dafür verantwortlich macht. Sie fordern eine „Wiedererweckung Amerikas“ durch eine neue „Nähe zu Gott“ und durch „Stärke“ und schufen eine Situation des „Kulturkampfes“, in dem Hass und Gewalt vorherrschen und Andersdenkende nicht mehr als politische Gegner betrachtet werden, sondern als „Feinde“, gegen die jedes Mittel – bis zum Mord – recht ist. Daraus ergibt sich die Frage, inwiefern die USA überhaupt reformfähig sind und welche Folgen dies für die internationalen Beziehungen in den nächsten Jahren haben wird.

Imperiale Überdehnung

Der Terminus „imperiale Überdehnung“ geht zurück auf den britisch-amerikanischen Historiker Paul Kennedy. In seinem bekannten Werk *Aufstieg und Fall der großen Mächte* arbeitete er den signifikanten Zusammenhang von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und militärischer Stärke heraus: „Die Geschichte des Aufstiegs und späteren Falls der führenden großen Mächte seit dem Aufstieg Westeuropas im 16. Jahrhundert... zeigt eine auf lange Frist sehr signifikante Korrelation von Produktionskapazität und Staatseinnahmen auf der einen Seite und militärischer Stärke auf der anderen.“⁵

Das Buch war auf die USA (und die Sowjetunion) am Ende des Kalten Krieges gemünzt und spielte im USA-Wahlkampf 1988 eine prominente Rolle; es wurde hier gleichsam als Schlussbilanz von acht Jahren Hochrüstungspolitik der Präsidentschaft des konservativen Republikaners Ronald Reagan (1981-1989) gelesen. Die Sowjetunion war dann angesichts der schwächeren wirtschaftlichen Grundlagen eher ruiniert, weshalb der Westen sich als Sieger des Kalten Krieges verstand. Das konnte jedoch das Grundproblem der Überdehnung der USA, nämlich die Diskrepanz zwischen eigener wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und den Kosten des militärischen Apparates, nicht lösen. Es wurde unter den Präsidentschaften von Bush I und Bill Clinton vor sich hergeschoben, bis dann Bush II meinte, nochmals eine riesige Aufrüstungskampagne auf Pump realisieren zu können und den Folgen der imperialen Überdehnung durch weitere Dehnung zu begegnen.

Bei Paul Kennedy geht es bei imperialer Überdehnung allerdings nicht um einen linearen Zusammenhang, sondern um unterschiedliche Facetten einer weitreichenden Problemkonstellation: „Wohlstand ist in der Regel notwendig, um militärische Macht abzustützen, und militärische Macht ist in der Regel notwendig, um Wohlstand zu erwerben und zu schützen. Wenn aber ein zu großer Teil der Ressourcen des Staates von der Schaffung des Wohlstands abgelenkt wird und statt dessen militärischen Zwecken zufließt, führt dies wahrscheinlich langfristig zu einer Schwächung der nationalen Macht. Ähnliches gilt, wenn ein Staat sich strategisch überdehnt – zum Beispiel dadurch, dass er ausgedehnte Territorien erobert oder kostspielige Kriege führt. Er läuft dann Gefahr, dass die potentiellen Vorteile dieser äußeren Expansion von den großen Kosten der gesamten Unternehmung überschattet werden – ein Dilemma, das akut wird, wenn die betroffene Nation in eine Phase relativen wirtschaftlichen Abstiegs eintritt.“⁶

Erste Gestalt der Überdehnung ist, dass eine Regierung, die spürt, die Macht ihres Staates verringert sich und die wirtschaftlichen Grundlagen werden schwächer, immer mehr Mittel in militärische Rüstungen steckt, um der Schwächung durch militärische Machtausübung nach außen zu begegnen – als Anzetteln eines Krieges, militärische Drohung oder Hochrüstung. Die Mittel dafür kann sie jedoch nur freimachen, indem sie sie ihrer wirtschaftlichen

⁵ Paul Kennedy: *Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000*, Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag 1989, S.12f.

⁶ Ebenda, S. 12.

Kapazität entzieht, die auf diese Art und Weise noch schneller geschwächt wird, als es durch wirtschaftliche, soziale oder demographische Entwicklungen ohnehin der Fall ist. Das heißt, das, was getan wird, um die Machtverringerung aufzuhalten, trägt gerade dazu bei, sie zu beschleunigen. Das geschah ganz offensichtlich mit den USA unter Bush II. Die Abnahme der wirtschaftlichen Kraft der USA und die neue Runde der Hochrüstung schufen einen Zusammenhang, der durch Scheitern und Abstieg seine Grundcharakteristika erhält. Dies aber wurde durch die Weltwirtschaftskrise einerseits und die Wahl Obamas andererseits verstärkt bzw. modifiziert, so dass es nun erforderlich ist, den analytischen Blick zu weiten, die Problemlagen in der internationalen Politik nochmals genauer anzusehen und der Politik der Obama-Regierung gegenüberzustellen.

Eine zweite Gestalt der Überdehnung ist die ursprüngliche, im Territorium geographisch messbare, die Mommsen in Bezug auf Traian und Hadrian beschrieben hat: Der betrachtete Staat, hier das Römische Reich, hat weitere Territorien erobert, kann diese jedoch nur dann dauerhaft beherrschen und unter Kontrolle halten, wenn weitere finanzielle bzw. wirtschaftliche Mittel dafür eingesetzt werden, Truppen dort dauerhaft stationiert werden und die Zentral-Regierung dem Herrschaftsanspruch in der weit entfernten Provinz besonderes politisches Augenmerk widmet – das dann nicht anderen Problemen des Landes bzw. seinen Außenbeziehungen geschenkt werden kann. Das meint Mommsen, wenn er von der „Verschiebung des Schwerpunktes“ des Reiches spricht, die „bedenklich“ war. Unter all diesen Gesichtspunkten ist es dann eine Frage von Aufwand und Nutzen, von Machtprojektion und den ihr entgegenwirkenden Faktoren, deren Beantwortung zur Aufrechterhaltung der Beherrschung des betreffenden Territoriums oder zum Abzug führt. So war der Rückzug der alten Kolonialmächte Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien und Portugal aus früheren Kolonien nach dem zweiten Weltkrieg, wie zuvor schon der Spaniens aus Lateinamerika und von den Philippinen im 19. Jhd., eine Folge schwindender wirtschaftlicher und militärischer Stärke, die weltpolitische Konsequenzen hatte: Sie konnten ihre vorherige Herrschaft über die Kolonien nicht aufrecht erhalten.

Analog der Entscheidung Hadrians gab es in der Neuzeit auch andere Fälle eines historischen Gespürs für Überdehnung. So gab Österreich das Projekt seiner Ostindischen Handelsgesellschaft mit Sitz in Ostende (Belgien, damals die „Österreichischen Niederlande“) bereits 1732 wieder auf – aus der Erwägung heraus, dass es seinen Außenposten am Kanal gegen einen britischen Angriff von See aus militärisch nicht hätte verteidigen können; und der britische Angriff gegen den Konkurrenten war um so wahrscheinlicher, je bessere Geschäfte die österreichische Handelsgesellschaft machte. Dem Verkauf Alaskas durch Russland an die USA im Jahre 1867 lag die Einschätzung zu Grunde, dass Russland nicht in der Lage gewesen wäre, die militärische Macht, die es in Europa hatte, in jener fernen Gegend gegen einen etwaigen Angriff seitens der USA zu entfalten. Der Rückzug der Sowjetunion aus verschiedenen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas und insbesondere auch aus Afghanistan in den 1980er Jahren war wiederum Teil der Neubewertung ihrer internationalen Lage und ihres strategischen Rückzugs am Ende des kalten Krieges, der der internationalen Absicherung der Perestroika dienen sollte.⁷ Dass das historische Endergebnis der Zerfall der Sowjetunion war, ist eine nicht intendierte Folge dieses Vorgangs.

Die USA stehen heute vor einer offensichtlich vergleichbaren Situation. Im Jahre 2001 hatten sie mindestens 725 Militärstützpunkte außerhalb des eigenen Gebiets. Über 200.000 Militärangehörige sind in 140 Ländern stationiert, 26.000 dienen auf US-Kriegsschiffen auf allen Weltmeeren. Die Regierungen der betroffenen Länder haben keine Kontrolle über das Tun der ‚befreundeten Besatzungsmacht‘ auf ihrem Territorium. Der US-amerikanische Analytiker Chalmers Johnson nannte dies ein „neues amerikanisches Imperium“, dessen

⁷ Vgl. Erhard Crome, Raimund Krämer: Die Außenpolitik der DDR – Eine vorläufige Bilanz, in: Erhard Crome, Jochen Franzke und Raimund Krämer (Hrsg.): Die verschwundene Diplomatie. Beiträge zur Außenpolitik der DDR. Potsdamer Textbücher Band 6, Berliner Debatte Wissenschaftsverlag 2003, S. 31f.

Wurzeln bis zurück ins frühe 19. Jahrhundert reichen, ein „Imperium der amerikanischen Militärbasen“, das verbunden ist mit einem spezifischen „Militarismus“. Die verheerendste Folge sah Johnson darin, dass das Land, das sich eine Wiege der Demokratie wähnt, mit dem wachsenden Einfluss des Imperialismus seine demokratischen Grundwerte über Bord warf.⁸ Zugleich war Johnson klar, dass das Land diese Bürde nicht auf Dauer werde tragen können – und das schon lange vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 2008 und den derzeitigen Haushaltsrestriktionen der USA, die letztendlich auch um die Kürzung der Finanzierung der US-Truppen im Ausland keinen Bogen machen werden. (Und wenn es eine der Ideen der imperialen Präsidentschaft von Bush II gewesen sollte, dass der Irak-Krieg durch die Einkünfte aus der Herrschaft über das Öl mehr einbringen würde, als er gekostet hat, so ist dies gründlich fehlgeschlagen.) So lautete Johnsons Fazit, er fürchte, „dass die Vereinigten Staaten einen Weg eingeschlagen haben, der jenem Weg durchaus ähnlich ist, den die Sowjetunion in den 1980er Jahren wählte. Für den Zusammenbruch der UdSSR waren vor allem drei Faktoren verantwortlich: Ihre durch ideologische Verbohrtheit ausgelösten internen ökonomischen Widersprüche, ihre imperiale Überdehnung und ihre Unfähigkeit zu Reformen. Da die Vereinigten Staaten ein viel reicheres Land sind, wird es wohl länger dauern, bis dieselben Krankheiten ihr Zerstörungswerk vollendet haben werden. Aber die Ähnlichkeiten liegen auf der Hand, und nirgendwo steht geschrieben, dass die Vereinigten Staaten als ein die Welt beherrschendes Imperium auf immer bestehen werden.“⁹

Die dritte Erscheinungsform der Überdehnung ist verkörpert in dem Problem, das der berühmte Militärtheoretiker Clausewitz „Friktion“ genannt hat, also das, was „den wirklichen Krieg von dem auf dem Papier unterscheidet“.¹⁰ Er meinte die Reibungsverluste und Störungen im Handeln militärischer Einheiten und in ihrem Zusammenwirken aus Gründen des Zustandes der Truppe, des Wetters, des Geländes oder auch der Zwistigkeiten zwischen den Befehlshabern, „so dass Kombinationen, die man mit Leichtigkeit auf dem Papier entwirft, sich nur mit großen Anstrengungen ausführen lassen“.¹¹ Martin van Creveld, einer der kenntnisreichsten Militärtheoretiker von heute, fügte hinzu, dass die Folgen der Friktion um so schwerer wiegen, je mehr Effizienz verlangt ist.¹² Das gilt auch für die politische und PR-Begleitung des Krieges. General Ludendorff – während des ersten Weltkrieges der entscheidende Kriegskommandeur und jahrelang faktisch innenpolitischer Diktator mit Sondervollmachten, neben oder trotz Kaiser, Reichsregierung und fortgesetzt tagendem Reichstag – veröffentlichte sein Buch: „Der totale Krieg“ im Jahre 1935. Darin beschwerte er sich, viele Leute und Organisationen, bis hin zum Reichskanzler, hätten ihn gehindert, alle Ressourcen Deutschlands für den Krieg in Anspruch nehmen zu können.

Mit anderen Worten: Das Friktionsproblem erscheint auch in politischer Gestalt, innenpolitisch und außenpolitisch sowie in Gestalt einer Vielfalt von Herausforderungen. Karl V. etwa, als Kaiser des Deutschen Reiches und König von Spanien zugleich der großmächtigste Herr im Europa des 16. Jahrhunderts, kämpfte gegen die Aufstände der spanischen Städte und der protestantischen Fürsten in Deutschland, gegen die Türken im Mittelmeer und die Seeräuberstaaten in Nordafrika, wollte Italien unterwerfen und führte drei Kriege gegen Frankreich. Am Ende legte er im September 1556 in Brüssel resigniert die Kaiserwürde nieder und beschloss seine Tage im Kloster. Jeder der Kontrahenten war der

⁸ Chalmers Johnson: Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie, München: Goldmann Verlag 2004, S. 8ff.

⁹ Ebenda, S. 23f.

¹⁰ Carl von Clausewitz: Vom Kriege, Berlin: Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung 1957, S. 80.

¹¹ Ebenda, S. 809.

¹² Vgl.: Martin van Creveld: Die Zukunft des Krieges, München: Gerling Akademie Verlag 1998, S. 159ff.

Macht des Habsburgerreiches weit unterlegen, die vielen Kämpfe und Probleme gleichzeitig aber verschlissen dessen Macht.¹³

So ähnlich war es mit dem Bush-Imperialismus bzw. der Fähigkeit der USA, die Welt tatsächlich zu beherrschen. Schon frühzeitig war vieles nicht aufgegangen. Frankreich, Deutschland und Russland, in gewisser Übereinstimmung mit China, waren entschlossen, dem Irak-Krieg das UN-Plazet zu verweigern. Eine Mehrheit im Sicherheitsrat für die Kriegsresolution der USA kam nicht zustande, wenngleich die anderen Mächte sich auch nicht getrauten, im Sicherheitsrat ihrerseits eine Resolution zur Verurteilung der US-amerikanischen Kriegspolitik einzubringen. Bush führte dennoch Krieg, tat dies jedoch außerhalb der internationalen Rechtsordnung. Hinzu kam der sich hinziehende und offenbar nicht gewinnbare Krieg in Afghanistan. Trotz der absichtsvoll angezettelten Spannungen kam angesichts der Niederlagen in Irak und Afghanistan der offenbar geplante Krieg gegen den Iran nicht mehr zur Ausführung. Dennoch wurde die weitgehende Verschlechterung der Beziehungen der USA bzw. des Westens zur arabischen bzw. muslimischen Welt ein merkliches Resultat der Bush-Präsidentschaft. Die Beziehungen zu Russland wurden bewusst verschlechtert, insbesondere durch die politische Sabotage neuer Verhandlungen über die nuklear-strategischen Waffensysteme und die beabsichtigte Stationierung von Raketenabwehrwaffen in Osteuropa. Der Versuch, die EU-Länder politisch zu spalten, indem das „neue Europa“ (Polen, Tschechien und andere osteuropäische NATO-Länder, die in die „Koalition der Willigen“ des Irak-Krieges eintraten) gegen das „alte“ (Deutschland, Frankreich) ausgespielt wurde, scheiterte letztlich. Die immer wieder hochgespielten Spannungsmomente im Verhältnis zu China konnten dessen weiteren weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Aufstieg nicht verhindern.

Präsident Obama hat durch seine offensive Sympathie-Werbung während der ersten Phase seiner Präsidentschaft auf der politisch-diplomatischen Ebene atmosphärisch etliches zugunsten der USA verbessert, manches, wie bezüglich der strategischen Rüstungen im Verhältnis zu Russland, auch in der Sache. Doch gleichzeitig wurde der Rüstungshaushalt der USA weiter gesteigert, wurde der Afghanistankrieg nicht nur fortgesetzt, sondern intensiviert, wurden die Weichen zur qualitativen Weiterentwicklung der US-amerikanischen Atomwaffen gestellt und ist in Sachen Iran „die militärische Karte nicht vom Tisch“. Auf der anderen Seite setzt sich die schwierige Entwicklungsphase in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen der USA fort. Die Arbeitslosigkeit ist anhaltend hoch, massenhaft finden weiter Zwangsversteigerungen von Häusern statt, deren Besitzer zahlungsunfähig sind, die Bankenkrise ist nicht wirklich bewältigt, weitere Spekulationsblasen beginnen sich aufzublähen. Dies ist der Hintergrund für die *Tea Party Bewegung* und den Kulturkampf in der innenpolitischen Szenerie der USA. Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Kapazität, militärischer Macht und weltpolitischer Rolle der USA bleibt das zentrale Problem der internationalen Politik im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts. Mit anderen Worten: Gelingt es, den welthistorischen Abstieg der USA von der „unipolaren“ Supermacht zu einer Macht unter anderen so zu gestalten, dass nicht weitere Kriege und Kriegsgefahren entstehen? Oder werden die innere Krise, die politische Rechtsentwicklung und die Reformunfähigkeit der derzeitigen USA einen Wiedergänger von Bush II in der Rolle des Präsidenten hervorbringen, dessen internationale Politik noch abenteuerlicher wird?

Wirtschaftliche Auszehrung und Hochrüstung

Im Jahre 1989 hatte der Immobilienunternehmer Seymour Durst in New York, an der Kreuzung Sixth Avenue und 42. Straße, nicht weit vom Times Square entfernt, eine

¹³ Vgl. Paul Kennedy, a.a.O., S. 69ff.

Schuldenuhr anbringen lassen, die die von der US-Bundesregierung zu verantwortende Staatsverschuldung misst. Er hielt die seinerzeitige Staatsverschuldung für gefährlich hoch und wollte mit der Uhr auf diesen Missstand öffentlich aufmerksam machen. Die Staatsverschuldung lag damals bei 2,7 Billionen US-Dollar. Im Oktober 2008 reichten die Stellen an der Uhr nicht mehr aus, um die Schuldensumme von über 10 Billionen Dollar anzuzeigen; beim Sprung über die 10-Billionen-Marke wurde dann provisorisch das Dollar-Zeichen durch eine „1“ ersetzt, um Platz für die neue Markierung zu schaffen.¹⁴

Wenn man die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg in den Blick nimmt, so betrug die Staatsschulden am Ende der Präsidentschaft von Harry S. Truman (1953) 272,5 Mrd. Dollar, und das Brutto-Inlands-Produkt (BIP) der USA hatte einen Umfang von 375,9 Mrd. Dollar. Am Ende der Präsidentschaft von Jimmy Carter (1981) wurde erstmals eine Schuldensumme von über einer Billion Dollar erreicht, während das BIP bei fast 3,2 Bill. Dollar lag. Als Ronald Reagan – der konservative Präsident der Hochrüstung am Ende des Kalten Krieges, der in vielem Vorbild für Bush II war – 1989 sein Amt abgab, waren die Schulden auf fast 2,9 Bill. hochgeschwollen, während das BIP bei 5,6 Bill. Dollar lag. Am Ende der Präsidentschaft von Bush I (1993) waren es 4,4 Bill. Schulden und 6,8 Bill. Dollar BIP. In der Zeit von Bill Clinton stiegen die Schulden auf 5,8 Bill. Dollar und das BIP auf über 10,2 Bill. Dollar.¹⁵ Das heißt, während am Ende der konservativen Präsidentschaft von Bush I die Schulden 64,7 Prozent des jährlichen BIP ausmachten, sank dieser Anteil unter dem Demokraten Clinton auf 56,9 Prozent. Mit anderen Worten, die Schulden stiegen langsamer und das Wirtschaftswachstum lag höher, was zu einer tendenziellen Schuldenreduzierung führte. In den letzten Clinton-Jahren wurde sogar ein Haushaltsüberschuss erwirtschaftet.

Bush II brachte mit seiner neuerlichen Prioritätensetzung auf Hochrüstung und Krieg die Schulden bis Ende 2008 auf über 10 Bill. Dollar, während das BIP 14,3 Bill. Dollar betrug; das war dann ein Verhältnis der Schulden zum BIP von 70,7 Prozent. Bush II hatte so nicht nur die Bemühungen der Clinton-Zeit um Haushaltskonsolidierung rückgängig gemacht (was, nebenbei bemerkt, für jeden Politiker ein Merkzeichen sein sollte, der Haushaltskonsolidierung für ein politisches Ziel erklärt, für das sich linksliberale oder sozial bzw. sozialdemokratisch orientierte Politiker einsetzen sollten), sondern auf eine neue Höhe gebracht. Dabei war für seine Regierungszeit charakteristisch, dass das Schuldenwachstum pro Jahr bei 7,8 Prozent lag, während das Wirtschaftswachstum 4,9 Prozent im Jahresdurchschnitt betrug.¹⁶ Das heißt, es wurden extreme Schulden-Folgekosten aufgehäuft, die jeden Nachfolger in seinem Handeln einschränken mussten. Die USA haben weltweit die höchste Staatsverschuldung. Darauf folgen Japan mit 6 Bill. Dollar an zweiter Stelle und Deutschland mit 1,5 Bill. Euro.

Die Rüstungsausgaben sind weltweit im Jahre 2009 auf etwa 1.530 Milliarden US-Dollar angestiegen. Damit haben sie sich seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts insgesamt verdoppelt. Im Jahre 2006 waren es 1204 Milliarden US-Dollar – damit war die Größenordnung von 1988, am Ende der Block-Konfrontation und der Reagan-Jahre, die ebenfalls Hochrüstungsjahre waren, erreicht und überschritten worden. Alle Rüstungsausgaben, die über dieser Marke liegen, sind solche jenseits der im Kalten Krieg erreichten Höhe, das heißt bei weiter Jahr für Jahr steigenden Rüstungsausgaben sind es jeweils die höchsten seit dem zweiten Weltkrieg. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und des damit verbundenen Wettrüstens gab es die Illusion, es würden Mittel frei werden, die weltweit in die Lösung sozialer, ökologischer und anderer drängender Probleme gesteckt werden könnten. Einige Zeit in den 1990er Jahren sah es so aus, als würde es in diese Richtung gehen. Jedenfalls sanken zunächst die Rüstungsausgaben. Dann begann bereits

¹⁴ <http://www.manager-magazin.de/geld/artikel/0,2828,583210,00.html>. (Gesehen: 25. November 2009.)

¹⁵ <http://www.sgipt.org/politpsy/finanz/schuld/usa/usa0.htm>. (Gesehen: 25. November 2009.)

¹⁶ <http://www.sgipt.org/politpsy/finanz/schuld/usa/usa0.htm>. (Gesehen: 25. November 2009.)

während der Präsidentschaft Clintons wieder eine Steigerung, wesentlich unter Druck des republikanisch geführten Kongresses, der seit den Wahlen 1994 beide Häuser des Parlaments beherrschte. „Den republikanischen Mehrheiten in beiden Kammern des Kongresses ging jede Multilateralisierung amerikanischer Außenpolitik in die falsche Richtung. Die USA sollten unilateral führen... Verstärkte Rüstungsanstrengungen, reduziertes Engagement in internationalen Organisationen, Aufrechterhaltung und Erweiterung von Militärallianzen, verstärkte Militärhilfe und aggressive Sanktionspolitik galten hierfür als probate Mittel. Dahinter stand die kaum verhüllte Vorstellung, dass die Stabilität des internationalen Systems auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nur durch überlegene amerikanische Führung sicherzustellen war.“¹⁷ Hier wirkten „Friktionen“ zwischen Präsident und Kongress, die als „Ausdruck des Endes des Ost-West-Konflikts“ anzusehen waren. „Während der Amtszeit Clintons waren die USA eine Weltmacht ohne alles überragende Bedrohung. Entsprechend wurde die Definition nationaler Interessen zunehmend durch Bewegungen der Innenpolitik berührt, bei denen ad hoc-Kalküle und aggressive unilaterale Strategien im republikanisch kontrollierten Kongress dominierten. Clinton musste sich dem wohl oder übel beugen.“¹⁸ Während des Kalten Krieges hatten die US-Präsidenten eine „bedrohungsgeleitete Außenpolitik“ betrieben, die sie institutionell gegenüber dem Kongress gestärkt hatte. Das war dann die Grundlage für die „imperiale Präsidentschaft“ des Kalten Krieges, die immer stärker dazu neigte, sich politischer bzw. parlamentarischer Kontrolle zu entziehen.¹⁹ Der Wegfall der überwölbenden Gefahr führte zu einer Stärkung des Kongresses in Fragen der Außenpolitik bzw. machte diese umgekehrt zu einem Spielball innenpolitischer Auseinandersetzungen. So stiegen die Militärausgaben der USA in den letzten Clinton-Jahren von 292,1 Mrd. US-Dollar 1999 auf 300,6 Mrd. Dollar im Jahre 2000. Das war eine Steigerung um 2,9 Prozent. Der Budget-Ansatz für 2001 lag bei 310,5 Mrd. Dollar; das entsprach einer Steigerung um 3,3 Prozent.²⁰

Mit der im November 2000 erschlichenen Wahl von Bush II bekam die republikanische Mehrheit des Kongresses den ihr gemäßen Präsidenten. Der „11. September“ gab dann die Möglichkeit, wieder eine bedrohungsgeleitete Außenpolitik zu betreiben und in der Hochrüstungspolitik drastisch umzusteuern. Ende Juni 2001 hatte die Bush-Administration für 2002 einen Anstieg auf 330 Mrd. vorgesehen. Das fand der damalige Verteidigungsminister Rumsfeld enttäuschend. Ende September / Anfang Oktober 2001 – nach dem 11. September – wurden dann 343,3 Mrd. Dollar für 2002 beschlossen. Das war eine Steigerung innerhalb eines Jahres um über zehn Prozent. Am Ende der Bush-Präsidentschaft lagen die Rüstungsausgaben der USA im Jahre 2008 bei 607 Mrd. US-Dollar.²¹ Das waren wieder weit über 40 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben.

Wenn wir davon ausgehen, dass das Bruttoinlandsprodukt der USA (BIP) unter Bush II von 10,2 Bill. Dollar auf 14,3 Bill. Dollar stieg – also auf 140,2 Prozent – und die Staatsschulden von 5,8 Bill. Dollar auf 10 Bill. stiegen – auf 172,4 Prozent –, so war das Wachstum der Militärausgaben von etwa 300 Mrd. Dollar auf über 600 Mrd. das höchste: auf über 200 Prozent. Das heißt die Zahlen verweisen ganz eindeutig auf das Grundproblem der Überdehnung: die Hochrüstung korreliert mit der Zunahme der wirtschaftlichen Probleme,

¹⁷ Jochen Hils, Jürgen Wilzewski: Zwischen Republik und Imperium: Die Außenpolitik der USA von Clinton zu Bush (2004), unter: http://www.sowi.uni-kl.de/wcms/fileadmin/powi/pdfs/imperium_republik, S. 200.

¹⁸ Ebenda, S. 204.

¹⁹ Chalmers Johnson: a.a.O., S. 9.

²⁰ Vgl. Lühr Henken: Die USA treiben weltweite Rüstungsausgaben in die Höhe (1.5.2002), unter: <http://www.imi-online.de/2002.php3?id=88>. (Gesehen: 23. November 2009.)

²¹ <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/12462/umfrage/ruestungsausgaben-ausgewaehlterlaender-in-2008/> (Gesehen: 23. November 2009.)

oder anders gesagt: die Hochrüstung zum Zwecke imperialer Politik ist einer der Gründe für die Schwächung der wirtschaftlichen Position der USA in der Welt.

Nach der Wahl Barack Obamas zum Präsidenten

Das Problem der imperialen Überdehnung der USA stellt sich nach der Wahl Barack Obamas auf veränderte Weise. Sie war zunächst ein bestimmter Bruch in der Politik der USA, der sich insbesondere in seinen Grundsatzreden zur Abschaffung der Atomwaffen und zu den Beziehungen zur arabischen Welt äußerte. Bereits in der ersten Phase wurde jedoch deutlich, dass Illusionen nicht angebracht sind. Da ist die innere Logik der politischen Apparate in Washington und in der NATO. Und dann ist da noch der militärisch-industrielle Komplex, der seine eigenen Interessen artikuliert und durchzusetzen bestrebt ist. Hinzu kamen schon bald Fakten, die kritische Sichten bestätigten: die Ernennung des „Verteidigungsministers“²² und des „Sicherheitsberaters“²³, die Verstärkung der Truppen in Afghanistan, die Dauer, während der das Sondergefängnis Guantanamo fortbesteht, die Verlängerung der Sanktionen gegen Kuba und die Verschärfung von Sanktionen gegen den Iran trotz oder wegen der Rücknahme der unmittelbaren Kriegsdrohung, sowie die Vorbereitung der NATO-Gipfel von Straßburg (2009) und Lissabon (2010), die auf eine neue Strategie für das Militärbündnis zielten. Zugleich gab es auch andere Signale. Die Obama-Administration scheint verstanden zu haben, dass es eine Welt in der Welt gibt, jenseits von globalisierten Finanzmärkten, Ölinteressen und amerikanischen Truppenbewegungen. Es sind Menschen in der Welt, außerhalb Amerikas, mit denen man reden muss. So wurde ein neuer Dialog mit der muslimischen Welt angekündigt und es wurde sichtbar gemacht, dass die USA sich an Maßnahmen zum Klimaschutz und gegen die Erderwärmung beteiligen wollen. Die USA verzichteten auf den „Raketenschild“, den Bush II in Osteuropa errichten wollte. Über die Begrenzung und Reduzierung der strategischen Atomwaffen gab es wieder Verhandlungen und Vereinbarungen. Das alles sind nicht nur kleine Schritte. Unter Bush II waren sie undenkbar.

Als die wichtigsten Veränderungen erschienen allerdings die in der Innenpolitik der USA. Ein riesiges Rettungspaket für die Wirtschaft, Kampf um die Erhaltung von Arbeitsplätzen im Angesicht der weltweiten Krise, der Kampf um eine Gesundheitsreform sowie eine Bildungsreform, Investitionen in die marode Infrastruktur und die Beförderung alternativer Energiegewinnung. Wenn die USA auf einen Kurs zur Nutzung erneuerbarer Energien einschwenken, ist dies ein Beitrag zur Energiewende und macht das Land zugleich unabhängiger von den Erdölimporten aus anderen Weltteilen, d.h. von den Prioritäten der Erdöl-Lobby der Bush-Zeit. In seiner Rede vor dem USA-Kongress am 24. Februar 2009 verwies Obama darauf, dass die Konzentration des Reichtums so hoch ist, wie zuletzt 1928, am Vorabend der vorigen Weltwirtschaftskrise: Das oberste eine Prozent der Bevölkerung verfügt über mehr als ein Fünftel des nationalen Reichtums. Das nannte er eine „Schräglage“, die nicht zugelassen werden dürfe.

Der aus den USA kommende Philosoph und Politikwissenschaftler Dick Howard machte bald nach der Wahl Obamas geltend, dass es um eine Wiedereinsetzung des Politischen in den ihm zustehenden Platz geht. Er betont eine Differenz, die viele in Europa nicht bemerkt haben: Die französische Revolution Ende des 18. Jahrhunderts errichtete eine demokratische Republik, während die US-amerikanische eine republikanische Demokratie schuf. Die

²² Der Republikaner Robert Gates war dies schon unter Bush II – und symbolisierte gerade in diesem Bereich nicht Bruch, sondern Kontinuität.

²³ General James L. Jones, der nach Amtsübernahme Obamas von diesem zum Nationalen Sicherheitsberater ernannt wurde, hatte bereits Condoleezza Rice, der Außenministerin von Bush II, als „Sicherheitsbeauftragter für den Nahen Osten“ gedient.

Amerikaner mussten nur die alte Kolonialmacht vertreiben, um frei zu sein, während die Franzosen den Staat erobern mussten, um eine Demokratie zu schaffen. Deshalb war in den europäischen Revolutionen, nach der französischen auch in der russischen, immer die Tendenz angelegt, dass der Staat die „gute Gesellschaft“ schafft und die Differenz zwischen Staat und Gesellschaft aufhebt, während in den USA die Republik lediglich der Rahmen sein sollte, in dem die bestehenden gesellschaftlichen Widersprüche politisch ausgetragen werden. In dem Maße, wie die USA im 20. Jahrhundert eine imperiale Macht wurden, die immer stärker von einer Finanzaristokratie beherrscht wurde, mutierte die Politik zur Akklamation für diese Kaste. Durch die Rückschläge und Niederlagen der Bush-II-Zeit, die Folgen der Weltwirtschaftskrise und die sozialen Verwerfungen der letzten Jahrzehnte trat jedoch eine Schwächung dieser Kräfte ein. Mit den Wahlen, die zum Wahlsieg Obamas geführt haben, fand eine tiefgreifende Politisierung der US-amerikanischen Gesellschaft statt. Es entstand ein Zeitfenster, in dem sich Chancen für eine andere Politik eröffneten. Obama erschien zugleich als Ausdruck und als Antreiber dieser Veränderung.

Die Wirtschaftskrise, in der Obama der Rettung der Banken oberste Priorität beimaß, und das unsägliche Ringen um die Gesundheitsreform haben das politische Kapital Obamas in hohem Maße beansprucht. Die vielgestaltigen linksliberalen Bewegungen sowie die Bürgerrechts- und Friedensbewegungen, die ihn 2008 ins Amt trugen, hat er nach der Wahl nicht mehr als Bewegungen angesprochen und statt dessen auf traditionelle Weise mit den institutionellen Kräften im Kongress taktiert. Während dessen hat sich die republikanische Rechte mit populistischen Sprüchen auf der Straße neu formiert und konfiguriert, an die „Tea Party“-Bewegung erinnernd, die dereinst die Unabhängigkeit der USA beflügelte. Die „Change“-Stimmung hat sich zwischen den Institutionen und den Interessen der Banken und Großindustrie verlaufen. Die Zwischenwahlen im November 2010 waren die Konsequenz dessen. Danach dreht sich das Personalkarussell in Washington weiter; die Vertreter der Hochfinanz spielen verstärkt eine zentrale Rolle bei der „Kontrolle der Banken“ und wirken daran, dass die finanzkapitalistische Spekulation fortgesetzt werden kann.

Am Ende bestätigte sich erneut: Imperien haben Interessen, die ihre jeweilige Regierung unabhängig von den charakterlichen, intellektuellen und politischen Eigenheiten der Akteure – und seien es die des Kaisers oder Präsidenten – zur Berücksichtigung drängen. Der Widerspruch der imperialen Politik zur demokratischen Verfasstheit der USA ist nicht ausgeräumt. Die Reformen, die die innen- und außenpolitischen Konsequenzen aus der Überdehnung USA ziehen, haben bisher nicht stattgefunden. Die Wiedereinsetzung des Politischen in die ihm gemäße Rolle ist nicht wirklich erfolgt – Obama hat mit dem Befehl zum Einsatz von „Drohnen“ (unbemannten Bomben) zur gezielten Tötung von Personen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, und nicht nur dort, die extra-legale Ermordung von Menschen von Staats wegen ohne Schuldnachweis, Gericht und Verteidigungsmöglichkeit angeordnet. Rechtsstaatlichkeit ist etwas anderes.

Kapitalismus, Krise und Krieg

Der Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 hatte die alte Fragestellung nach dem Zusammenhang nicht nur von Kapitalismus und Krise, sondern auch nach der Gefahr neuerlicher Kriege wieder aktuell werden lassen. Hier sind zunächst historische Analogien hilfreich. Für die Linken schien nach dem ersten Weltkrieg und seinen verheerenden Folgen ein unmittelbarer Zusammenhang von Kapitalismus, Krise und Krieg zu bestehen. Karl Ballod identifizierte in der Nachkriegsausgabe seines Buches *Der Zukunftsstaat. Produktion und Konsum im Sozialstaat* den Weltkrieg mit der Krise: „Bürgerliche Nationalökonomien wiesen mit besonderem Stolz darauf hin, dass die Wirtschaftskrisen nicht, wie Marx es erwartet hätte, immer schlimmer geworden wären,

sondern dass sie im Gegenteil sich immer mehr abgeschwächt hätten. Ja doch – bis die aufgespeicherten, zur Krisis hindrängenden Kräfte sich in der furchtbarsten Krisis der Weltgeschichte, in dem Weltkrieg, Luft machten, der doch gerade von den bürgerlichen Nationalökonomien als ein Wirtschaftskrieg im eigentlichen Sinne des Wortes hingestellt wird, und der weit, weit mehr Werte vernichtet hat als alle vorangehenden Wirtschaftskrisen.²⁴ Seine Folgerung war: der Weltkrieg als Weltkrise zeigt, der Kapitalismus ist an sein Ende gekommen, jetzt rückt der Sozialismus auf die Tagesordnung – dies auszuarbeiten, insbesondere die Vorzüge einer sozialistischen Wirtschaft auf großbetrieblicher Grundlage, war der erklärte Zweck des Buches. Wichtig ist jetzt nicht, dass die Sozialdemokratie Sozialismus in Deutschland schon damals weder realisieren wollte noch konnte, sondern dass das Krisenverständnis weit über die zuvor gewohnte ökonomische Betrachtung hinausreichte.

Analyse aus kommunistischer Sicht ging ebenfalls davon aus, dass dem kapitalistischen Privateigentum Konkurrenz entspringt und diese zu krisenhafter Entwicklung führt, die in Imperialismus und Krieg mündet. „Der imperialistischen Politik, die die ‚Großmächte‘ führten, musste früher oder später der Zusammenstoß folgen. Es ist ganz klar, dass diese räuberische Politik *aller* ‚Großmächte‘ die Kriegsursache war.“²⁵ Dieser Krieg „musste ein Weltkrieg werden“, weil alle Mächte „miteinander durch die gemeinsame Weltwirtschaft verbunden“ waren.²⁶ So war Konsequenz die Alternative: „*Allgemeine Auflösung oder Kommunismus?* Die sich entwickelnde Revolution wird aus denselben Gründen zu einer *Weltrevolution*, aus welchen der imperialistische Krieg zum imperialistischen *Weltkrieg* wurde.“²⁷

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist anders verlaufen: (1) Die Weltrevolution blieb aus, der reale Sozialismus war auf die Sowjetunion und nach 1945 weitere Teile Europas und Asiens beschränkt. (2) Der Kapitalismus entwickelte sich weiter krisenhaft, blieb aber funktions- und in dem von ihm beherrschten Teil der Welt hegemoniefähig. Die tiefste Krise war dann die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933, die jedoch mit dem New Deal Roosevelts in den USA und der Errichtung der Hitlerdiktatur in Deutschland völlig unterschiedliche politische und wirtschaftspolitische Konsequenzen hatte. (3) Der zweite Weltkrieg, den Deutschland 1939 vom Zaune brach, ließ sich nicht linear aus dem Kapitalismus und analog zum ersten erklären, aber auch nicht vordergründig aus der „Systemkonkurrenz“ zwischen der Sowjetunion und der kapitalistischen Welt. (4) Der reale Sozialismus brachte seine eigenen Kriege hervor. Selbst wenn man von der Beteiligung der Sowjetunion an der Zerschlagung Polens 1939 und dem sowjetisch-finnischen Krieg 1940 absieht, sind der Krieg zwischen der Sowjetunion und China 1970, der Krieg Chinas gegen Vietnam 1980 und der sowjetische Afghanistankrieg 1979 bis 1989 eindeutig aus inneren politischen Dispositionen der beteiligten „sozialistischen“ Länder heraus zu erklären.

Der Zusammenhang von Kapitalismus, Krise und Krieg ist mit der Weltwirtschaftskrise von 2008 neu auf die Tagesordnung gerückt. Resultiert aus der Krise neue Kriegsgefahr? Der berühmte, inzwischen über 93 Jahre alte Historiker Eric Hobsbawm wurde aus aktuellem Anlass zur jetzigen Weltwirtschaftskrise und ihren Folgen befragt. Ob er nun das Ende des

²⁴ Karl Ballod: Der Zukunftsstaat. Produktion und Konsum im Sozialstaat, Stuttgart: Verlag J.H.W. Dietz 1919, S. 8. Das Buch war ursprünglich 1898 unter dem Pseudonym „Atlanticus“ erschienen, weil Ballod sich damals als Hochschullehrer nicht getraute, unter seinem bürgerlichen Namen bei den Sozialdemokraten zu publizieren.

²⁵ N. Bucharin, E. Preobraschensky: Das ABC des Kommunismus. Populäre Erläuterung des Programms der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki), Hamburg: Verlag der Kommunistischen Internationale 1921, S. 103.

²⁶ Ebenda, S. 105.

²⁷ Ebenda, S. 127. Alle Hervorhebungen im Original.

Kapitalismus erleben werde, wurde er gefragt. „Nein, ich glaube nicht“, antwortete Hobsbawm, „dass ich dieses Ende, über das ich mich freuen würde, noch erlebe. Als Historiker weiß ich aber, dass es keine Dauerlösungen gibt. Auch der Kapitalismus, egal, wie zäh er ist und wie sehr er auch in den Köpfen der Menschen als etwas Unabänderliches erscheint, er wird verschwinden, früher oder später.“ Dann verwies er auf die Weltwirtschaftskrise, die Große Depression Anfang der 1930er Jahre und den Tag, an dem die Lehman-Bank zusammenbrach.

Vor allem vor dem Hintergrund der Großen Depression und ihrer Folgen sei es unfassbar, dass „die Ideologen der entfesselten Marktwirtschaft, deren Vorgänger schon einmal so eine fürchterliche Katastrophe, also Armut, Elend, Arbeitslosigkeit, letztendlich auch den Weltkrieg mitverursacht haben, in den späten Siebzigern, den 80er, 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wieder das Sagen haben konnten“. Einen der Gründe dafür sieht er in dem unglaublich kurzen Gedächtnis der Menschen. „Wir Historiker schreiben die Verbrechen und den Wahnsinn der Menschheit auf... Aber fast nichts wird aus der Geschichte gelernt. Das rächt sich nun. In den letzten 30, 40 Jahren wurde eine rationale Analyse des Kapitalismus systematisch verweigert.“ Er hätte auch sagen können: von interessierter Seite unterbunden. Die Aussage ist jedoch auch so klar genug. Auf den Hinweis, es gäbe doch jede Menge Wirtschaftswissenschaftler und Experten, entgegnete er, das seien „vor allem Theologen des Marktes mit einem kindlichkindischen Glauben, dass der Markt alles von allein regeln wird. Sie verschließen die Augen vor der Wirklichkeit, das macht sie so gefährlich für die Menschheit.“

Vor diesem Hintergrund betonte Hobsbawm, weder Obama noch Merkel wüssten in der Krise, was sie tun. Die Politiker eilen „aufgeschreckt wie Krankenschwestern... ans Bett des Kapitalismus und tun so, als ob sie etwas täten“. Noch schlimmer: „Wie ein blinder Mann, der durch ein Labyrinth zu gehen versucht, klopfen sie mit verschiedenen Stöcken die Wände ab, ganz verzweifelt, und sie hoffen, dass sie so irgendwann den Ausgang finden.“ Am Ende jedoch werde „Blut fließen, viel Blut“, und es werde auf einen großen Krieg zwischen den USA und China hinauslaufen.²⁸ Die Beschreibung der entstandenen wirtschaftlichen Lage in der Welt war plausibel und schlüssig. Die Ableitung des kommenden großen Krieges aber erfolgte unter einer rein theoretischen Perspektive. Was also ist zu erwarten?

Krieg nicht unausweichlich

Blicken wir zunächst auf das, was man den *Kapitalismus des 21. Jahrhunderts* nennen kann. Die auf Marx zurückgehende kommunistische Bewegung zielte auf die Errichtung einer anderen Gesellschaft, die nicht-kapitalistisch produziert und die soziale Frage löst. Das wurde in den realsozialistischen Ländern im Gefolge des ersten und zweiten Weltkrieges versucht. Es gelang jedoch nicht, tatsächlich eine ausbeutungsfreie Gesellschaft zu schaffen, aus der Logik des kapitalistischen Weltsystems auszutreten²⁹ und eine attraktive gesellschaftliche Alternative zu schaffen. Ende der 1980er/ Anfang der 1990er Jahre verzichtete die kommunistische Nomenklatura in den osteuropäischen Ländern auf weitere staatssozialistische Versuche und übergab die Macht gewählten Regierungen.

Das Ende des Realsozialismus als weltgeschichtlicher Vorgang hatte weitreichende Folgen. Im Sinne der neoliberalen Ideologie und Politik sollten alle Zugeständnisse, die aus Furcht vor weiteren kommunistischen Versuchen sowie im Gefolge von Kompromissen zwischen den Unternehmern und den starken Organisationen der Arbeiterschaft in Westeuropa und z.T.

²⁸ Der Stern, Hamburg, Nr. 20/2009.

²⁹ Vgl. Immanuel Wallerstein: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien: Promedia Verlag 2002, S. 18.

darüber hinaus gemacht wurden, rückgängig gemacht werden: Abbau sozialer Rechte der Arbeiter und anderen abhängig Beschäftigten und sozialer Sicherungssysteme, Senkung der Arbeitseinkommen im Vergleich zu Einkommen aus Aktienbesitz bzw. kapitalistischem Eigentum überhaupt, Demontage der öffentlichen Daseinsvorsorge und Privatisierung von deren Einrichtungen.

Zum Kapitalismus gehört, dass gesellschaftliche Zusammenhänge und Abläufe, die zuvor nicht marktgesteuert waren, den Charakter von Waren erhalten – nicht nur Handelsgeschäfte, auch Produktions-, Verteilungs- und Investitionsvorgänge. Einmal damit begonnen, versuchen die Kapitalisten, mehr und mehr Kapital zu akkumulieren und soziale Vorgänge zur Ware zu machen. Kein sozialer Vorgang ist dagegen gefeit. Kapitalismus ist ein Prozess, der sich nur nach eigenen Bedürfnissen richtet, und er drängt danach, alle Dinge in Waren zu verwandeln. Dieser Drang hat nach dem Ende des Staatssozialismus einen Sprung gemacht: Nicht nur die ehemals realsozialistischen Staaten standen ihm plötzlich und ungeschützt offen, alle Regionen der Welt und auch die inneren Winkel der Gesellschaften sehen sich ihm ausgesetzt. Auch wesentliche Lebensbereiche, die bisher nicht auf Profitmaximierung orientiert waren, wie Schule, Gesundheit, Sozialeinrichtungen, Kommunikation, Verkehr, sollten – so die Strebungen des Neoliberalismus – ihr unterworfen werden. Der Kapitalismus als Weltsystem wurde nach dem Ende des Realsozialismus zu einem wirklich globalen System, das die Welt nach seinem Bilde formen will.

Die *Weltwirtschaftskrise*, die am 15. September 2008, als die Lehman-Bank zusammenbrach, begann, war die tiefste kapitalistische Krise seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933. Die Versprechungen und Annahmen des Neoliberalismus, die seit den 1980er Jahren das ökonomische Denken und wirtschaftspolitische Handeln in den westlichen Ländern bestimmten, haben sich als falsch und verlogen erwiesen.

Die krisenhafte Entwicklung des Kapitalismus ist nicht außer Kraft zu setzen. Im Unterschied zu früheren Krisen – Mexiko-Krisen 1982 und 1994, Asien-Krise 1997, argentinische „Tango-Krise“ 2002 – brach diese in den alten weltkapitalistischen Zentren, USA und EU, aus und breitete sich von hier aus in andere Teile der Welt aus. Der neoliberale Kapitalismus ist finanzmarktgetrieben; es herrschte die Illusion, man könne Rendite aus reiner Finanzwirtschaft „erwirtschaften“, losgelöst von der „Realwirtschaft“. Am Ende standen weltweit 200 Billionen Dollar Finanzvermögen einem globalen Bruttosozialprodukt von 55 Billionen Dollar pro Jahr gegenüber.

Tiefe, Dauer und weitere Verlaufsformen der Krise waren nicht vorherzusagen. Durch die Eingriffe der Regierungen und die Formierung der „G 20“ anstelle der „G 8“ wurde ihr Verlauf beeinflusst und abgeschwächt. Zunächst wurden 50 Billionen Dollar „Werte“ vernichtet. Analytiker wiesen bereits Anfang 2009 darauf hin, dass der bestehende Markt der „Derivate“, die durch nichts gedeckt sind, noch immer einen beträchtlichen Umfang hatte. Da die Regierungen sich am Ende nicht getrauten, eine wirksame globale Regulierung der Finanzmärkte durchzusetzen, bläht sich dieser „Markt“ wieder auf und verursacht die nächste Spekulationsblase. Die weltweite Nachfrage für die Realwirtschaft, von der auch die deutsche Wirtschaft profitiert, kommt vor allem aus China, Indien und den anderen BRICS-Staaten.

Vor diesem Hintergrund ist das *Kriegsproblem* gestellt. In den 1930er Jahren, nach der Weltwirtschaftskrise, wurde Kriegsproduktion genutzt, um zusätzlich Beschäftigung zu schaffen. Das hatte allerdings zur Voraussetzung, dass Finanzmittel dafür zur Verfügung standen bzw. durch Kreditfinanzierung bereitgestellt und reale Beschäftigungseffekte erreicht wurden. Angesichts der Verdopplung der Rüstungsausgaben der USA unter Bush II in acht Jahren und einer Schuldenquote von 70,7 Prozent bestehen faktisch keine Spielräume für zusätzliche Rüstungsausgaben der USA, die ohnehin etwa 40 Prozent der weltweiten Rüstungskosten ausmachen. Hinzu kommt, dass moderne Rüstungsproduktion hochspezialisiert ist und je Million Dollar Investitionen weniger Menschen beschäftigt als andere Industriezweige oder Dienstleistungen. Die Obama-Regierung befasste sich zunächst

eher damit, Rüstungsprojekte der Vorgängerregierung zu streichen, als neue aufzulegen. Hinzu kommt, dass für die „Rettungsprogramme“ angesichts der Finanzkrise weitere beträchtliche US-Staatsschulden aufgelaufen sind.

Die Kriegspolitik der Bush-Regierung fand ihren Ausdruck in den Kriegen in Afghanistan und Irak. Beide waren für die USA und ihre Hilfwilligen weder erfolgreich, noch sind sie in den beteiligten Ländern populär. Weshalb Barack Obama ersteren für richtig und fortsetzbar und letzteren für falsch hielt und Abzug befahl, war im Grunde politisch nicht nachvollziehbar. Auch bei diesen Kriegen stehen die Kosten in keinem, selbst aus der Sicht der Kriegsbefürworter sinnvollen, Verhältnis zu den Ergebnissen. Bevölkerungsmehrheiten in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern sind gegen den Afghanistankrieg. Es besteht eher die Gefahr, dass die Entscheidung zur Fortsetzung des nicht gewinnbaren Afghanistankrieges die Obama-Regierung in ihren Handlungsspielräumen in einem Maße einschränken und belasten wird, wie der Vietnamkrieg einst die Regierungen von John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson belastet hat. Auch vor diesem Hintergrund ist kurzfristig nicht mit weiteren „kleinen Kriegen“ der westlichen imperialen Welt zu rechnen. Das zeigt u.a. das Agieren der USA gegenüber Nordkorea. Genauere Analyse weist zudem darauf hin, dass die Logiken der „Bewältigung“ der Wirtschaftskrise und die der Kriegsführung in Afghanistan parallel zueinander laufen, zumindest keine Schnittpunkte haben.

Bleibt die Frage nach dem „großen Krieg“ der USA gegen China, wie sie Hobsbawm aufgeworfen hat. Die Frage steht perspektivisch seit längerer Zeit.³⁰ Betrachtet man jedoch den derzeitigen politischen Kontext, so zeigt sich: Beide Seiten sind sichtlich bemüht, keine direkte Interessenkollision, keine politisch-strategische bzw. militär-strategische Konfrontation zuzulassen, auch wenn Obama im Spätsommer 2009 zum Mittel der Handelsbeschränkung gegen chinesische Importe griff, weil er dies den US-amerikanischen Gewerkschaften versprochen hatte, und sich prompt eine chinesische Gegenreaktion einhandelte, im Herbst 2010 in Washington erneut Handelssanktionen gegen China diskutiert wurden und von Seiten der USA immer mal wieder die tatsächliche oder vorgebliche Unterbewertung des Yuan moniert wird. Angesichts der weltweiten Guthaben der VR China von über 2,6 Billionen US-Dollar einerseits und der USA-Verschuldung andererseits sowie der Abhängigkeit des Dollars von chinesischen Stützungskäufen ist klar, wer heute weltwirtschaftlich von wem abhängig ist. Chinas Aufstieg braucht keinen Krieg. Und ob die USA in zehn Jahren noch über die finanziellen und materiellen Mittel verfügen werden, Kurs auf einen großen Krieg gegen China zu nehmen, ist eher unwahrscheinlich. Insofern greift Hobsbawms Warnung zu kurz.

Es gab immer einen Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Krise und Krieg. Der war jedoch niemals so linear, wie vor neunzig Jahren angenommen. Kriege waren zuweilen „Ausweg“ aus der Krise, um von inneren Problemen abzulenken oder durch Raub wirtschaftliche und soziale Probleme zu kaschieren. Aber Kapitalismus und Profit führen nicht automatisch zu Krieg. Krieg wird immer gemacht. Deshalb kann Kriegstreibern auch heute in den Arm gefallen werden.

Deutschland nach dem Kalten Krieg

Im Jahre 2010 konnten wir auf eine nunmehr zwanzigjährige Außenpolitik des 1990 vereinigten Deutschlands zurückschauen. Die deutsche Teilung 1945 war historisch Folge der Besetzung Deutschlands durch die alliierten Armeen im Ergebnis des von Hitler begonnenen deutschen Aggressionskrieges, der direkten Begegnung der Truppen und schließlich der

³⁰ Siehe dazu: Erhard Crome: Das Schicksal des US-Imperiums entscheidet sich in Ostasien, in: Ralph-M. Luedtke, Peter Strutynski (Hrsg.): Neue Kriege in Sicht. Menschenrechte, Konfliktherde, Interessen, Kasseler Schriften zur Friedenspolitik Bd. 13, Jenior Verlag; Kassel 2006.

dauerhaften Interessen der Hauptmächte des Kalten Krieges auf deutschem Boden. Mit dem Ende der Blockkonfrontation in Europa und Deutschland rückte die *deutsche Frage* historisch wieder auf die Tagesordnung. Sie hatte immer zwei Gesichter: „Die Deutschen meinten mit dieser Frage immer die deutsche Einheit, die anderen Europäer meinten damit die deutsche Gefahr. Wiedervereinigung und europäische Sicherheit lagen daher in der gesamten Nachkriegszeit im Konflikt. Der Kompromiss des Jahres 1990 milderte die Gegensätze auf ein für alle erträgliches Maß, die Deutschen wurden vereint und blieben doch gebändigt.“³¹ Dieser Kompromiss hatte zwei Grundelemente: die fortdauernde Einbindung Deutschlands in die NATO und den „2+4-Vertrag“.

In den bewegten Wintertagen des Jahres 1990 machten die USA deutlich, dass sie auf dem Fortbestehen der NATO bestanden, und zwar in den drei Hauptfunktionen, die ihre Strategie seit Anfang an bestimmten: die USA in (West-)Europa drin zu halten, die Russen draußen und die Deutschen unter Kontrolle zu halten. Bekanntlich holte US-Außenminister James Baker am 9. Februar 1990 in Moskau die sowjetische Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands ein. Seine Begründung gegenüber Präsident Gorbatschow und Außenminister Schewardnadse lautete: „Würden Sie ein wiedervereinigtes Deutschland außerhalb der NATO und ohne US-Streitkräfte, dafür aber vielleicht mit eigenen Atomwaffen, lieber sehen? Oder ziehen Sie ein wiedervereinigtes Deutschland vor, das an die NATO-Beschlüsse gebunden ist...?“³² Mit anderen Worten: wenn die Sowjetunion machtpolitisch nicht mehr in der Lage sei, an einer dauerhaften und wirksamen Kontrolle über die Deutschen teilzunehmen, so wollten die USA dies über die NATO realisieren – das ist Moment US-amerikanischer Europapolitik und der Präferenzierung der NATO geblieben. Als Gegenleistung für die befördernde Rolle der USA im Prozeß der deutschen Vereinigung muss wohl die mehrfache Bekundung des damaligen Kanzlers angesehen werden, die USA hätten ein „dauerhaftes Wohnrecht“ im „Haus Europa“,³³ was immer das bedeuten mag.

Auch die Konstruktion des „2+4-Vertrages“ war eine Idee nach US-amerikanischem Verständnis; Verhandlungen über Deutschland lediglich der vier Alliierten des Zweiten Weltkrieges und ohne die Deutschen kämen nicht in Frage, sagte Baker ebenfalls in Moskau am 9. Februar 1990, und die KSZE sei zu schwerfällig.³⁴ Peter Bender nennt den „2+4-Vertrag“ – in Verbindung mit der Einbindung Deutschlands in EU und NATO – „die beste Lösung der deutschen Frage, die unter den gegebenen Umständen möglich war“.³⁵ Insofern ist es hier angezeigt, die dort getroffenen Festlegungen in Erinnerung zu rufen.

Im Artikel 1 des Vertrages wurden die Außengrenzen des vereinigten Deutschlands als mit den Außengrenzen der DDR und der Bundesrepublik Deutschlands identisch festgelegt und Deutschland aufgegeben, die Grenze mit Polen in einem völkerrechtlichen Vertrag zu bestätigen; es erklärte, keinerlei Gebietsansprüche zu haben und solche auch in Zukunft nicht zu erheben. Damit war ein wesentlicher Spannungspunkt der Nachkriegsgeschichte abschließend beseitigt. Im Artikel 3 bekräftigten die Regierungen der BRD und der DDR den Verzicht auf Herstellung und Besitz von und Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen und erklärten, dass auch das vereinigte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten wird. Frankreich, Großbritannien, die UdSSR und die USA erklärten im Artikel 7 die Beendigung ihrer „Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und

³¹ Peter Bender: Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1996, S. 134.

³² Michael R. Beschloss / Strobe Talbott: a.a.O., S. 245.

³³ Z.B. Rede Helmut Kohls vor der Hebräischen Universität Jerusalem am 8. Juni 1995, in: http://www.helmut-kohl.de/index.php?menu_sel=17&menu_sel2=&menu_sel3=&menu_sel4=&msg=1596. (Gesehen: 8. Februar 2011.)

³⁴ Michael R. Beschloss / Strobe Talbott: a.a.O., S. 244f.

³⁵ Peter Bender, a.a.O., S. 134.

Deutschland als Ganzes“, mit der Folge: „Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.“ Damit waren die deutschen Angelegenheiten, wie sie Teil des Kalten Krieges und der internationalen Auseinandersetzungen seit 1945 waren, in der Sache abschließend geregelt.³⁶

Artikel 2 weist darüber hinaus und bestimmt: „Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar.“ Die Regierungen der BRD und der DDR „erklären, dass das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.“³⁷

In diesem Sinne heißt es im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, dass das deutsche Volk „von dem Willen beseelt (ist), als gleichberechtigtes Glied in einem vereinigten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“ (Präambel). „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“ (Art. 25) Darüber hinaus wird bestimmt: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“ (Art. 26) Die Feststellung des „Verteidigungsfalls“ ist daran gebunden, „dass das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht“ (Art. 115a).³⁸

Diese Rechtslage, wie sie im „2+4-Vertrag“ und im Grundgesetz verankert ist, hat nicht nur Konsequenzen für das Regierungshandeln und die außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozesse in Deutschland; es ist in jeder Spannungssituation zugleich mit scharfen politischen Kontroversen verbunden. Beim 2. Golfkrieg 1990/91 war die völkerrechtliche Lage klar: Der Irak unter Saddam Hussein hatte Kuwait annektiert, daraufhin hatte der UNO-Sicherheitsrat ein Ultimatum für einen raschen Abzug der irakischen Truppen gestellt und militärische Gewalt angedroht, die schließlich von einer internationalen Militärkoalition unter Führung der USA angewendet wurde. Die Bundesregierung erklärte damals, dass die völker- und staatsrechtliche Lage Deutschland eine direkte Teilnahme an der Kriegsführung verbiete. Statt dessen leistete sie einen direkten und indirekten Beitrag zum Golfkrieg in Höhe von über 18 Milliarden DM. In der Folgezeit wurde die Rechtslage, ohne dass sie sich in der Sache geändert hatte, unter Hinzuziehung des Bundesverfassungsgerichts uminterpretiert, wodurch Auslandseinsätze der Bundeswehr über den unmittelbaren Verteidigungsfall hinaus ermöglicht wurden. Zugleich wurden diese unter einen starken Parlamentsvorbehalt gestellt, d.h. letztlich entscheidet der Bundestag über militärische Einsätze der Bundeswehr, nicht die Exekutive.

Als die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung die Beteiligung Deutschlands an dem Krieg gegen Jugoslawien 1999 realisierte, wurde sie von der Opposition z.T. scharf – auch mit starken Argumenten (Verfassungsbruch durch die Bundesregierung) – angegriffen. Die zuständigen Gerichte wiesen dies zurück, die politische Klasse in Deutschland mehrheitlich ebenfalls. Die Bundesregierung benutzte in der öffentlichen Auseinandersetzung um diese

³⁶ Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland, in: Verträge zur deutschen Einheit, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1991, S. 83ff., Zitat S. 89.

³⁷ Ebenda, S. 86.

³⁸ Zitiert nach: Dieter Hesselberger: Das Grundgesetz. Kommentar für die politische Bildung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1996, S. 55, 200, 346.

erste Kriegsbeteiligung Deutschlands seit 1945 ihrerseits sehr starke, emotionale Argumentationsfiguren – so wurde „Auschwitz“ benutzt, um eine Kriegsbeteiligung herzuleiten – und, wie sich am Ende herausstellte, Falschinformationen – angebliche KZ in Jugoslawien –, um diese Entscheidung in der Öffentlichkeit plausibel zu machen. Zugleich war die Regierung bestrebt, wenigstens im Nachgang eine Legitimierung durch den UNO-Sicherheitsrat einzuholen.³⁹ So sollte der Vorwurf des Völkerrechts- und Verfassungsbruchs entkräftet werden. Seither beteiligte und beteiligt sich Deutschland an unterschiedlichen Militäreinsätzen, von Afghanistan über das Horn von Afrika bis nach Bosnien, Kosovo und Mazedonien.

Veränderte Strategie und Politik

Anfang der 1990er Jahre gingen Medien und Öffentlichkeit in Deutschland davon aus, dass nach der mit der deutschen Vereinigung und mit dem „2+4-Vertrag“ zugebilligten Souveränität eine „dritte große außenpolitische Debatte“ erforderlich sei – bereits dies war Ausdruck einer Sichtweise, die Kontinuität mit der alten BRD zu betonen: die erste war in dieser Zählung die Auseinandersetzung in der alten Bundesrepublik um Adenauers Westbindung in den 1950er Jahren und die zweite außenpolitische Debatte die um Willy Brandts Ostpolitik in den 1970er Jahren. Die große öffentliche Diskussion fand jedoch nicht statt; es debattierte ein Teil der Fachöffentlichkeit zur Außenpolitik, während in den Ministerien die Weichen zu einer anderen Politik gestellt wurden.

Der Politikwissenschaftler Hanns W. Maull schlug 1992 vor, Deutschland solle in der internationalen Arena als „Zivilmacht“ agieren.⁴⁰ Nachdem dies zunächst vielfach verpönt wurde, galt eine solche Position doch als gegen die NATO-Räson gerichtet, hat Maull sie dann theoretisch so untersetzt, dass sie nicht mehr friedens-orientiert („nur zivile Mittel einsetzen“) interpretiert werden konnte. Dazu benutzte er den Zivilisierungsbegriff des Soziologen Norbert Elias, der festgestellt hatte, „dass gewaltsame Formen der Konfliktaustragung im Verlauf der Entstehung moderner Gesellschaften durch die Herausbildung des staatlichen Gewaltmonopols, durch Institutionalisierung alternativer Formen der Konfliktaustragung und durch die Verinnerlichung des Gewaltverbots zunehmend eingehegt und zurückgedrängt wurden“. Das hätte „die Entfaltung der Entwicklungspotentiale gesellschaftlicher Arbeitsteilung“ erlaubt, „die auf Berechenbarkeit und Gewaltfreiheit sozialer Beziehungen angewiesen ist“. In diesem Sinne meinte Maull, den Zivilisierungsbegriff über die Grenzen des Nationalstaates hinaus auf regionale und globale Zusammenhänge erstrecken zu können und – unter Bezug auch auf das von Dieter Senghaas „normativ gewendete“ Elias-Konzept, das dieser als „zivilisatorisches Hexagon“ präsentiert hatte – als außenpolitisches Konzept gelten zu lassen. Danach sind dann „Zivilmächte... Staaten, die sich dem Ziel einer Zivilisierung der Politik verpflichtet fühlen“, einer „Zivilisierung der Politik insgesamt und der internationalen Beziehungen im Besonderen“. ⁴¹ Da der Begriff „Macht“ bei Maulls „Zivilmacht“ aber bereits einen „Gestaltungsanspruch“ enthält, der die Bereitschaft einschließt, „die eigenen Ziele notfalls auch gegen Widerstand durchzusetzen“, kommt er zu der Pointe, „die Beteiligung der Bundeswehr an den NATO-Kampfeinsätzen im Kosovo“ sei „Fortführung der außenpolitischen Kontinuitätslinien unter

³⁹ Ausführlicher dazu: Erhard Crome: In tempore belli, in: WeltTrends, Nummer 23/Sommer 1999, S. 137-151.

⁴⁰ Hanns W. Maull: Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland. Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik, in: Europa-Archiv, Bonn, Folge 23/1992, S. 671f.

⁴¹ Hanns W. Maull: Deutschland als Zivilmacht, in: Siegmund Schmidt, Günther Hellmann, Reinhard Wolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2007, S. 73f. Die Bezüge sind: Norbert Elias: Über den Prozess der Zivilisation, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1976, und Dieter Senghaas (Hrsg.): Frieden machen, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1997.

veränderten Vorzeichen“ gewesen.⁴² Die Kollision mit Geist und Buchstaben des 2+4-Vertrages und des Grundgesetzes wurde so geflissentlich ausgeblendet.

Michael Staack setzte den Akzent auf den „Handelsstaat Deutschland“. Die hier in Ansatz gebrachte idealtypische Analysefigur geht davon aus, dass nach Jahrhunderten militärischer Stärke und territorialer Expansion nach 1945 eine neue Welt von Handelsstaaten entstanden sei. Für einen solchen „bilden wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstandsmaximierung die herausragenden politischen Ziele. Ein solches Staatswesen verzichtet darauf, vollständige politische Autonomie oder gar ökonomische Autarkie erreichen zu wollen, weil diese Zielsetzungen in einem durch vielfältige Interdependenzen gekennzeichneten internationalen System weitgehend illusorisch geworden seien. Deshalb stelle eine funktionale Differenzierung (internationale Arbeitsteilung) der Staatenwelt im politischen wie im ökonomischen Bereich für den Handelsstaat auch keine Bedrohung, sondern eine wesentliche Bedingung der Kosten-Nutzen-Optimierung dar.“ Japan, die Staaten der EU und insbesondere Deutschland seien gleichsam „Prototypen“ des „kooperativen“ oder „integrierten Handelsstaates“, für den Multilateralismus und Integrationsbereitschaft charakteristisch seien. Er bemühe sich „um Übereinstimmung mit seinen Partnern, um Kooperation mit den wichtigsten transnationalen Akteuren und verfügt über ausreichend Ressourcen an ‚sanfter Macht‘“. Dieses Modell sah Staack ausdrücklich in einem Gegensatz zu dem der „Zivilmacht“, denn letztere sei ein Akteur mit spezifischen außenpolitischen Verhaltensweisen, der die Prozesse der Zivilisierung internationaler Politik voranzutreiben bestrebt sei – der Handelsstaat dagegen nicht.⁴³

Jürgen Groß mühte sich in einer von Dieter S. Lutz herausgegebenen Publikation aus Sicht der Friedensforschung um eine „Deutsche Strategie im 21. Jahrhundert“. Er ging von zwei analytischen Ausgangspunkten aus: der Perspektive der Globalisierung und der politischen Situation Deutschlands. Zur Globalisierung betonte er: „Der gegenwärtige Globalisierungstrend ist... nicht gleichzeitig auch ein Trend zur globalen Homogenisierung; vermutlich wird auch die zunehmend verflochtene Welt des 21. Jahrhunderts nach wie vor – und vielleicht sogar noch stärker als zuvor – kreuz und quer von unzähligen Linien durchzogen werden, entlang derer sich Wohlstands- und Sicherheitsgefälle erhalten, verfestigen oder gar neu bilden werden. Diese Heterogenität, zweifellos ein potentiell destabilisierender Faktor, ist innerhalb der strategischen Planungshorizonte insgesamt wohl unaufhebbar; bestenfalls kann versucht werden, die vorhandenen Gräben nicht allzu tief und offensichtlich werden zu lassen.“⁴⁴ Am wichtigsten für eine deutsche außenpolitische Strategie sei der „Grundsatz der Multilateralität“, und zwar aus drei Gründen: (1) wegen der Begrenztheit der zur Verfügung stehenden Mittel; (2) wegen der Sicherung einer „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“ im militärischen Bereich innerhalb des NATO-Bündnisses und Europas bei gleichzeitiger Fähigkeit, friedenssichernd ggf. eingreifen zu können, und (3) wegen der Spezifik Deutschlands: Die zuvor angestellten „Überlegungen gelten im Grunde genommen für sämtliche Akteure des internationalen Systems, in ganz besonderem Maße aber für Deutschland. Zusätzlich zu dem Berg des Misstrauens, der sich entlang der Konfrontationslinien des Kalten Krieges aufgebaut hat und der nicht innerhalb weniger Jahre völlig abzutragen ist, existiert bei vielen europäischen Staaten immer noch ein ‚Restmisstrauen‘ gegen den ehemaligen Weltstörenfried Nummer Eins. Dass es überhaupt gelungen ist, diese aus den historischen Erfahrungen wohlbegründeten Vorbehalte auf einen vergleichsweise geringfügigen ‚Rest‘ zu reduzieren, ist nicht zuletzt der Politik der

⁴² Hanns W. Maull: Deutschland als Zivilmacht, a.a.O., S. 74, 80.

⁴³ Michael Staack: Handelsstaat Deutschland. Deutsche Außenpolitik in einem neuen internationalen System, Paderborn u.a.: Ferdinand Schöningh 2000, S. 29-32.

⁴⁴ Jürgen Groß: Stabilität im Chaos – Deutsche Strategie im 21. Jahrhundert. Ein politischer Essay, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1998, S. 70.

Westintegration zu verdanken, die die Bundesrepublik jahrzehntelang konsequent betrieben hat. Es wäre fahrlässig, diesen Vertrauensgewinn zu verspielen. Eine nationale deutsche Strategie muss also grundsätzlich multilateral angelegt sein.“⁴⁵

Allerdings betonte Groß, dass eine Erweiterung der Europäischen Union „Deutschlands Position im internationalen System“ stärkt, und zwar in doppelter Weise: „Einmal direkt durch die Ausweitung der Stabilitätszone bis weit jenseits der deutschen Grenzen. Zum anderen eher indirekt, indem das ökonomische Machtpotential der Union – und damit auch der potentielle Einfluß Europas – durch die Verbreitung der demographischen und geographischen Basis im Weltmaßstab relativ zunimmt, wovon Deutschland, als stärkste Nation innerhalb der Union, ebenfalls erheblich profitiert. Die tatsächliche Macht der EU resultiert aber weniger aus der bloßen Addition der in den einzelnen Mitgliedsstaaten vorhandenen Kapazitäten, sondern eher daraus, wie effizient diese zusammengeführt werden können, und ob diese gebündelt oder infolge europäischer Uneinigkeiten verzettelt werden bzw. ungenutzt brachliegen. Es wäre daher nur logisch und im Interesse Deutschlands und Europas, die Kooperation unter den EU-Mitgliedern immer enger zu gestalten, die Politik der einzelnen Staaten innerhalb der Union zu ‚harmonisieren‘ und nach außen hin mit nur einer Stimme zu sprechen.“ Die oberste Zielsetzung Deutschlands dabei ist aber ‚Stabilität‘, nicht ‚europäischer Bundesstaat‘ oder ‚Staatenbund‘, und diese „kann durch einen erfolgreichen politischen Prozess mindestens ebenso gut gefördert werden wie durch die Fixierung eines politischen (Unter-)Ziels. Die europäische Einigung ist selbst kein Grundwert, sondern nur Mittel zum Zweck“.⁴⁶ Die Welt sei zwar chaotisch verfaßt, doch die Einbindung in die Europäische Union ein Stabilitätsanker. Das Phänomen, dass man ein „europäisches Deutschland“ meint, aber ein maßgeblich „deutsches Europa“ entsteht (um eine Debatte aus der Zeit der deutschen Vereinigung nochmals zu erinnern), wurde durchaus als Problem erkannt. Der Grundtenor aber schien Selbstbeschränkung.

Ein historischer Exkurs

In gewissem Sinne sind im vereinigten Deutschland die periodisch immer mal wieder anschwellenden Hysterien, wenn das Wort „Kommunismus“ auftaucht oder die Linken programmatisch nicht nur den Kapitalismus diskutieren, sondern auch die Eigentumsfrage stellen, Äußerungsformen der „Kommunistenfurcht“ des deutschen Bürgertums. Mit der deutschen Einheit ist ihm ein „Sieg“ in den Schoß gefallen, den es nicht selbst errungen hatte – den Sturz der SED-Herrschaft hatte ja die DDR-Bevölkerung bewerkstelligt, bevor sie sich mehrheitlich für die deutsche Einheit entschied. So scheint im bürgerlichen Lager in Deutschland ein diffuses Grundmisstrauen in die gegenwärtige Situation zu walten, das auch in einer möglichst weitgehenden Verteufelung all dessen, was mit DDR zu tun hatte, seinen Ausdruck findet. Erklärbar scheint dies wohl nur, wenn man unterstellt, dass es nicht um die real existiert gewesene DDR geht, sondern um die Denunziation der Idee von einer grundsätzlich anderen Gesellschaft, um die präventive Verunmöglichung jedweden „sozialistischen“ Strebens.

Und dies geschieht zu einer Zeit, da die Linke in vielen Ländern Europas zerstritten ist und, vor allem, nicht über den großen Weltenplan verfügt. Die Verteufelung des historischen Phänomens „DDR“ als Sozialpathologie des vereinigten Deutschlands wird allerdings erklärlich, wenn man sich die Geschichte des bürgerlichen Lagers in Deutschland genauer anschaut. Die Niederlage der Revolution von 1848 hatte einerseits seine Botmäßigkeit unter Fürstenhäuser und Adel erhärtet, andererseits neue Ängste vor aufmüpfigen

⁴⁵ Ebenda, S. 81.

⁴⁶ Ebenda, S. 125, 127.

Handwerksburschen und anderem „Pöbel“ geweckt. Der Schatten der französischen Revolution von 1789 lag über dem ganzen 19. Jahrhundert. Nichts fürchtete der Bürger 1848 mehr als neuerliche „Unordnung“. So wird der Bürger, wie Francois Furet betont, „aus Angst zum Traditionalisten, eine Selbstverneinung, die ihm in keiner Weise die fehlende Tradition ersetzt. Er verabscheut die Revolution, doch er ist untrennbar mit ihr verbunden... Zwar hat er die Menschenrechte aus der Taufe gehoben, doch heute macht ihm die Freiheit und noch mehr die Gleichheit angst. Er war der Vater der Demokratie, in der jeder Mensch allen anderen gleichgestellt und durch das soziale Gefüge mit ihnen verbunden ist... Doch die Demokratie hat die Instabilität ihrer Regierungen und die Bedrohung durch die Masse, das heißt die Armen, offenkundig gemacht. Nun verunsichern die Prinzipien von 1789, die dem Bürger einst seinen aufsehenerregenden Eintritt in die Weltgeschichte ermöglichten, diesen mehr denn je.“⁴⁷ So unterwirft sich das deutsche Bürgertum gern dem königlich-preußischen Revolutionär Bismarck, der sein Programm 1866 auf den berühmten Satz gebracht hatte: „Soll Revolution sein, so wollen wir sie lieber machen als erleiden.“⁴⁸

Die Verwirklichung des ursprünglich bürgerlich-demokratischen Programms der deutschen Einheit durch Bismarck 1871 brachte die Subordination des Bürgertums unter den junkerlich-preußischen Staat mit sich. Das Deutsche Reich in seinem inneren Zustand aber war, wie Sebastian Haffner bemerkte, mit „einer schief zugeknöpften Weste“ zu vergleichen : „Der Staat stand unter falschem Management. Die wirtschaftlich absinkenden, langsam parasitär werdenden preußischen Junker, die nicht wußten, wie ihnen geschah, hatten plötzlich einen modernen Industriestaat zu führen. Das kapitalistische Bürgertum, seit 1849 an Verantwortungslosigkeit gewöhnt und durch Verantwortungslosigkeit verwöhnt, suchte draußen die Macht, die ihm drinnen verwehrt war, und drängte auf außenpolitische Abenteuer. Und die sozialdemokratischen Arbeiter, objektiv die stärkste Reserve der Nation, die willigen Erben der Verantwortung, auf die das Bürgertum verzichtet hatte, waren ‚Reichsfeinde‘.“⁴⁹ Diese Unterwerfung hielt bis zur militärischen Niederlage Deutschlands, Resultat jener außenpolitischen Abenteuer, im Jahre 1918 an. Es folgten die sozialdemokratische Revolution im November 1918⁵⁰ und die Weimarer Reichsverfassung, die recht eigentlich Folge der Revolution war. Ein Dutzend Jahre später fanden sich weder im Bürgertum noch in der Arbeiterschaft genügend Kräfte, die bereit waren, die junge Demokratie zu verteidigen. Das Hitlerregime stellte gleichsam den Status quo ante wieder her, den der Verantwortungslosigkeit für das Bürgertum, verkoppelt mit dem Drang zu außenpolitischen Abenteuern, und es hatte gegenüber dem Bismarck-Reich den zusätzlichen „Vorzug“, dass die eigenständigen Organisationen der Arbeiterschaft, deren Potenz in Schicksalstagen der Nation im November 1918 zu besichtigen gewesen, zerschlagen waren. Das Resultat war der 8. Mai 1945.

So war die Bundesrepublik Deutschland (alt) – ganz anders, als in DDR-Geschichtsdarstellungen immer behauptet – in der Tat etwas Neues in der deutschen Geschichte. Zunächst unter dem Gesichtswinkel, welche sozialen und politischen Kräfte sie trugen. Die Besatzungsmächte waren mit der Absicht angetreten, Vorkehrungen zu treffen,

⁴⁷ Francois Furet: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert, München: Piper Verlag 1996, S. 25/26.

⁴⁸ Zitiert nach: Ernst Engelberg: Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, Berlin: Akademie-Verlag 1985, S.617.

⁴⁹ Sebastian Haffner: Der Verrat, Berlin: Verlag 1900 1993, S.7/8.

⁵⁰ Ich folge hier Haffners Argumentation: „Die sozialdemokratischen Führer, widerwillig von den sozialdemokratischen Massen auf den leeren Thron gehoben, mobilisierten unverzüglich die alten herrenlos gewordenen Palastwachen und ließen ihre eigenen Anhänger wieder hinaustreiben... Die deutsche Revolution von 1918 war eine sozialdemokratische Revolution, die von den sozialdemokratischen Führern niedergeschlagen wurde“, ebenda, S. 5/6.

dass die Deutschen nicht noch einmal die Welt in einen Krieg zu stürzen vermögen. Dass die westlichen Besatzungsmächte einerseits und die Sowjetunion andererseits unterschiedliche, ja gegensätzliche Vorstellungen hatten, wie dies zu bewerkstelligen sei, war nicht verwunderlich, hatten sie doch in ihrem Inneren unterschiedliche politische und gesellschaftliche Ordnungen. Dabei konnten die Besatzungsmächte jedoch nicht allein auf sich gestellt in Deutschland Politik machen, sondern sie bedurften deutscher politischer Kräfte, die dies mit trugen. Dabei präferierte jede Besatzungsmacht jene, die ihr politisch und konzeptionell nahestanden, die sowjetischen Behörden die deutschen Kommunisten, die westlichen Behörden die bürgerlichen Kreise. Beide rangen auf ihre Weise um die Sozialdemokratie – im Osten, um sie in die kommunistisch dominierte Einheitspartei einzufügen, im Westen, um sie als eine tragende Säule in das demokratische Projekt einzuordnen.

Nach empirischen Daten aus der britischen Zone ergaben Umfragen bis 1949, dass eine deutliche Mehrheit der Meinung war, der Nationalsozialismus sei „eine gute Idee gewesen, die nur schlecht ausgeführt wurde“⁵¹ – das bedeutet: die Einführung der Demokratie im Westen war für deutsche Verhältnisse eine ebenso neue Sache, wie die des Sozialismus im Osten. Die Akzeptanz der Demokratie durch die Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik erfolgte dann Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre, mit dem ökonomischen Erfolg des „Wirtschaftswunders“.⁵² Die britische Besatzungspolitik folgte im wesentlichen einer Konzeption, die von drei Prämissen ausging: Deutschland sollte ein Land stabiler, demokratischer Regierungsform werden; dabei sollten sich die Deutschen auf die liberalen Traditionen ihrer eigenen Geschichte beziehen – damit die demokratischen Verhältnisse nicht zu sehr als Oktroy der Besatzungsmacht erscheinen; die Deutschen sollten ihres nationalen Dünkels verlustig gehen und alle Völker, insbesondere ihre slawischen Nachbarn, die Polen und die Tschechen, als gleichwertig anerkennen. Aus britischer Sicht war die dauerhafte Demokratisierung Deutschlands die eigentliche Lösung des deutschen Problems.⁵³ Unter den amerikanischen Eliten, die sich mit Deutschlandpolitik befassten, gab es Mitte der 1940er Jahre zwei Konzeptionen. Die eine setzte auf *re-education*, die massenweise Umerziehung der Deutschen, die andere präferierte den institutionellen Umbau, in der Erwartung, dass das Handeln unter veränderten Kontextbedingungen, innerhalb von Institutionen, die als demokratische geschaffen sind, mittel- und längerfristig demokratische Denk- und Verhaltensweisen bewirken und verstetigen werde.⁵⁴ In der Praxis verknüpften sich die beiden Linien. Nachdem die massenhafte *re-education* sich als vergleichsweise fruchtlos erwiesen hatte, setzten die beiden angelsächsischen Mächte Ende der 1940er Jahre auf junge Intellektuelle, die die *re-education* erfolgreich durchlaufen hatten und an wichtigen Schaltstellen der Politik, der Medien und der Wissenschaft installiert wurden. Sie sollten die Gewähr bieten, dass das Projekt der Demokratisierung Deutschlands von Dauer ist, als „eine Elite von hohem intellektuellem Rang für die praktische und politische Führung..., von deren persönlicher Qualifikation die Massen ihre Orientierung erhalten“ (Birley).⁵⁵

⁵¹ Vgl. Erwin K. Scheuch: Zeitenwende, in: BISS public, Berlin, Heft 6/1992, S.69/70.

⁵² Ebenda, S.77.

⁵³ Die Geschichtsschreibung bezieht sich hier auf eine Veröffentlichung Robert Birleys in der Londoner „Times“ am 8. Mai 1945. Vgl. Kurt Jürgensen: Die britische Besatzungspolitik 1945-1949. Zur Frage nach einer Konzeption in der britischen Deutschlandpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 6 vom 31. Januar 1997, S. 17 und 28/29.

⁵⁴ Vgl. Erwin K. Scheuch: Zeitenwende, S.65.

⁵⁵ Vgl. Reinhart Maurer: Bemerkungen über Habermas, in: Konturen des Gemeinsinns. Festschrift – Peter Furth zum 65. Geburtstag, Berlin 1995, S.145. Persönliches dazu beispielsweise bei: Joachim Seyppel: Umwege nach Haus. Nachtbücher über Tage 1943 bis 1973, Berlin/Weimar: Aufbau Verlag 1974, S.91ff.

So wurde die Bundesrepublik politisch etwas anderes als das vorherige Deutschland, geprägt von einem Grundkonsens hinsichtlich der demokratischen Ordnung, der liberalen Freiheitsrechte und einer wohlfahrtsstaatlichen Sozialordnung. Teile des Bürgertums, die sich auf parlamentarisch-demokratische Traditionen Deutschlands beriefen, und die mehrheitssozialdemokratisch geprägte Arbeiterschaft trugen diese Verhältnisse sozial; Kräfte, die ursprünglich vom Zentrums-Lager kamen, sowie die Sozialdemokratie trugen sie politisch. Beide waren einst die „Reichsfeinde“ Bismarcks, beide hatten, abgesehen von kurzen Perioden während der Weimarer Republik, Deutschland nie regiert.

Das gilt auch politisch-geographisch – Deutschland hatte seine politischen Zentren während der vergangenen Jahrhunderte vor allem in Wien und in Berlin, nicht am Rhein. Die Bundesrepublik aber entstand als ein „Rheinbund-Deutschland“ mit einer Bevölkerung, die zu großen Teilen in einer auf 1815 bzw. 1866 zurückgehenden antipreußischen Tradition stand. (Das Rheinland und Westfalen waren mit dem Wiener Kongreß an Preußen gefallen; im Kriege 1866 hatten die meisten deutschen Staaten auf Seiten Österreichs gestanden, vor allem Bayern, Württemberg und Baden, aber auch Hannover, Kurhessen und Nassau. Die drei letzteren waren nach jenem Krieg, gegen alle legitimistischen Bedenken, durch Bismarck Preußen einverleibt worden, wie auch Schleswig und Holstein. Übrigens verbunden mit einer Reihe unangenehmer Vergegenwärtigungen für die alten Eliten, Offiziere, Beamte, Lehrer und Pfarrer, die zuvor dem alten Regime gedient hatten.) Konrad Adenauer, der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, hat diese Richtung seinerseits zielstrebig verfolgt. So hatte er im Dezember 1945 einem Vertreter der britischen Besatzungsmacht gegenüber erklärt, der größte Fehler, den die Briten je in ihren Beziehungen zu Deutschland gemacht hätten, sei gewesen, mit dem Wiener Kongreß „törichterweise Preußen an den Rhein gebracht“ zu haben.⁵⁶ Die britische Labour-Regierung unter Premierminister Clement Attlee wiederum hatte im Sommer 1946, bereits vor dem gemeinsamen Beschluss der Siegermächte von 1947 über die Auflösung Preußens, mit der Gründung Nordrhein-Westfalens einen weitreichenden Schritt getan, gerade um den Schwerpunkt Deutschlands von der Spree an den Rhein zu verlagern, lange vor der Gründung der Bundesrepublik und der Entscheidung über Bonn als Regierungssitz.⁵⁷

Die Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik mit ihrem westlichen Schwergewicht und ihrer westlichen Verankerung war Grundlage für ihre Attraktivität im Jahre 1990, die die Mehrheit der DDR-Bürger die rasche Vereinigung wählen ließ. Nur sind seither auch einige der alten Gewissheiten in Bewegung geraten. Mit der Vereinigung ist Deutschland nunmehr etwas nördlicher, etwas protestantischer (von der sozio-kulturellen Prägung her, die nichts mit aktueller religiöser Bindung zu tun hat), und es hat direkte Grenzen zu den Nachbarn in Osteuropa. Das „Rheinbund-Deutschland“ gehört der Vergangenheit an. Unter dem Druck der Globalisierungsargumente der in- und ausländischen Großunternehmen wurde eine Demontage der Sozialstaatlichkeit, des „rheinischen Kapitalismus“, vorgebracht, die den Nachkriegskompromiss zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft in Westdeutschland, der nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Existenz der DDR erfolgte, aufgekündigt hat.

Der Platz Deutschlands in der internationalen Arena ist ein anderer, als der der alten Bundesrepublik als „Frontstaat“ des Kalten Krieges.⁵⁸ Aus einer Zeit der Unübersichtlichkeiten ging in den vergangenen zwanzig Jahren eine „Normalisierung“ Deutschlands hervor, das gestützt auf seine wirtschaftliche Entwicklung eine wachsende Rolle

⁵⁶ Zitiert nach: Wilhelm Ribhegge: „Preußen im Westen“. Großbritannien, die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen 1946 und die Wiedergeburt der Demokratie in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Nr. 28 vom 7. Juli 1995, S.42.

⁵⁷ Ebenda, S.34.

⁵⁸ Der Begriff findet sich so bei Ronald D. Asmus: Deutschland im Übergang. Nationales Selbstvertrauen und internationale Zurückhaltung, in: Europa-Archiv, Nr. 8/1992.

in der Europäischen Union spielt. Die Rolle der deutschen Bundesregierung bei der Schnürung der Rettungspakete für die EU-Länder, die am Rande des Staatsbankrotts stehen, seit 2010 und bei der Definition der Bedingungen für die Vergabe dieser Pakete stellte dies offen sichtbar unter Beweis. Unter Nutzung des internationalen Gewichts der EU sowie eines vielgestaltigen, divers ausgestalteten Geflechts unterschiedlicher Beziehungen zu den USA und in der NATO, zu Russland, China, Indien und anderen Ländern spielt Deutschland wieder eine wachsende Rolle in den internationalen Beziehungen.⁵⁹

Die neue Entgrenzung

Mit der Selbstbeschränkung war dann aber bald Schluss. Die Wandlung des Begriffs „Zivilmacht“ hatte es schon gezeigt. Drei Entwicklungen waren dafür von Bedeutung: Erstens der Jugoslawienkrieg der NATO 1999, zweitens die neo-imperialen Wandlungen in den USA und drittens die neo-imperiale Antwort aus Europa.

Bezüglich des unseligen Jugoslawienkrieges ist hier nicht der Ort, Vorgeschichte und politische Verästelungen nochmals darzustellen. Dazu gibt es ganze Bibliotheken. Festzuhalten bleibt zunächst, dass es der erste Krieg war, der unter dem Vorwand geführt wurde, dort „die Menschenrechte“ verteidigen zu müssen. Henry Kissinger hatte zu diesem Problem – Anfang der 1970er Jahre hatte Indien gegen Pakistan Krieg geführt, um das Morden der Pakistaner in Bangladesch, das um seine Unabhängigkeit kämpfte, zu beenden – bereits früher betont: „Wenn eine kurzsichtige und repressive Innenpolitik die militärische Intervention anderer Mächte rechtfertigt, werden in der internationalen Ordnung bald alle Schranken fallen.“⁶⁰ Das hat ja nun – gleichsam als Hauptlinie nach dem Kalten Krieg – stattgefunden; die „Verteidigung der Menschenrechte“ gilt inzwischen als wohlfeiles Argument für Kriegsführungsszenarien. Jugoslawien wurde militärisch geschlagen und in unterschiedliche Teile zerlegt: Montenegro ist „unabhängiger“ Kleinstaat, der eng mit der EU kooperiert, der Kosovo wurde selbständig gemacht und bleibt längerfristig ein Protektorat der EU und das verbleibende Serbien wird aufgefordert, so zu wählen, dass es ebenfalls EU-kompatibel werden kann. Allerdings, und das ist der Unterschied der heutigen Wandlungen zu denen, die damals Kissinger mutmaßte, fallen nicht „alle Schranken“, sondern nur die, mittels Krieges die Staatenverhältnisse und ihre Grenzen machtpolitisch neu zu ordnen.

Der Krieg wurde jedoch nicht von heute auf morgen hoffähig. Er musste dazu gemacht werden. So gab es eine Vorgeschichte, die gleichsam hinter dem Rücken der oben erwähnten Debatten bald nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der deutschen Einheit begann. Der Friedensforscher Klaus Jürgen Gantzel schrieb dazu im Jahre 2002: „Seit zehn Jahren erscheinen zunehmend Veröffentlichungen mit einer Tendenz, kriegerische Gewalt als unvermeidlich zu überhöhen oder ihr Positives abzugewinnen. Es begann mit eines Soziologen Lob des Krieges als Schöpfer von Wir-Gefühl und Befriediger von Abenteuerlust. Es setzte sich fort mit der Relativierung von Krieg als kulturbedingt und damit der Rechtfertigung von Gewalt bei dem Militärverehrer John Keegan; mit der undifferenzierten Kopfgeburt von Enzensberger, der schon in vandalistisch aufgeschlitzten Sitzpolstern in der U-Bahn Ausgeburten des ‚molekularen Bürgerkriegs‘ sah; mit der schicksalhaften Gewaltbestimmtheit des Menschen und der Anthropologisierung der Kriegsgeneigtheit bei Sofsky... Der veränderte analytische und normative Umgang mit Krieg, kollektiver Gewalt, Barbarei, Völkermord und Grausamkeit irritiert, zumal die deutsche Gesellschaft doch im

⁵⁹ Vgl. Lutz Kleinwächter: Deutschland – Bedrohungsperzeptionen und Machtstrategien, in: Erhard Crome (Hrsg.): Perspektiven für eine sichere Welt. Alternativen zur NATO, Berlin: Karl Dietz Verlag 2010, S. 129ff.

⁶⁰ Henry A. Kissinger: Memoiren 1968-1973, München: Bertelsmann 1979, S. 970.

Gegensatz zu ihrer Vergangenheit erstaunlich friedfertig geworden ist. Die Irritation wird gesteigert durch die Tatsache..., dass seit einigen Jahren zunehmend über ‚neue Kriege‘ publiziert wird, über einen angeblich neuen Typ von Krieg.“⁶¹ Entscheidend an dieser Stelle ist nicht, welche publizistische Reichweite die erwähnten Bücher jeweils hatten, sondern dass Schritt für Schritt eine Atmosphäre geschaffen wurde, in der über Krieg wieder gesprochen wurde wie über das Wetter oder den Dollarkurs. Galt Krieg – während des Ost-West-Konfliktes in Europa und als der thermo-nukleare Weltkrieg – als das Undenkbare, das Ende der Zeiten, die Apokalypse schlechthin, so wurde er jetzt „normalisiert“: wenn’s denn sein muss, führt man ihn. Das hatte jedoch zur Voraussetzung, dem Kriege die Idee des Krieges voranzuschicken. Und das geschah, für die meisten damals unmerklich, bereits seit Anfang der 1990er Jahre. Deutschland wurde 1999 kriegsbereit gemacht, indem der Außenminister Joseph Fischer meinte, „Auschwitz“ frivol als Argument zum Kriege bemühen zu können. Danach beschleunigte sich das Geschehen – ist das zuvor Undenkbare erst einmal eingetreten, wird es veralltäglicht. Als ein Hauptmittel dafür diente das Konzept der „Neuen Kriege“. Das war ein Zombie, geboren aus den Jugoslawienkriegen Ende der 1990er Jahre, und begann mit einem Buch der britischen Forscherin Mary Kaldor. Sie meinte, die Gewalt, die nach dem Ende der Sowjetunion im Kaukasus und im zerfallenden Jugoslawien entstanden war, mit der in Afrika und Südasien seit den 1980er Jahren verglichen zu können. Diese Kriege seien im Unterschied zu früheren gleichsam typologisch etwas anderes, zwar lokal verortet, aber transnational eingebunden. Von früheren Kriegen unterschieden sie sich hinsichtlich der Ziele, der Art der Kriegsführung und der Finanzierung. „Die neuen Kriege haben, im Gegensatz zu den geopolitischen oder ideologischen Motiven früherer bewaffneter Konflikte, eine Politik der Identität zum Ziel.“⁶² Sie seien zwar in die globalisierte Welt und Weltwirtschaft eingebunden und könnten nur dank dessen ausgetragen werden, hätten wegen dieses identitären Hintergrunds aber eine gegen die Globalisierung gerichtete Stoßrichtung. Gantzel merkte dazu an, dass diese Hauptthese „eine starke ethnologistische oder psychologistische Verengung des Blickwinkels“ bedeute, die einer tatsächlichen Analyse, etwa der Situation Jugoslawiens vor den Kriegen, nicht standhält.⁶³ Am Ende stellte er fest: „Die modische Rede von den ‚neuen‘ Kriegen mag daher rühren, dass die Ost-West-Konfrontation bei etlichen Wissenschaftlern zu viel Aufmerksamkeit für die sog. kleinen Krieg absorbierte, so dass sie erst seit relativ kurzer Zeit in ihr Blickfeld gerieten. Dabei hat dann wohl auch mitgewirkt, dass die Massenmedien sich den Kämpfen außerhalb der OECD-Staaten mehr zuwandten als vorher und die Greuel drastisch in die Wohnstuben transportierten. Nicht zuletzt haben die Greuel der so nahen Jugoslawienkriege aufgeschreckt. Darüber hinaus wäre aber zu untersuchen, ob die ‚Neuentdecker‘ – bewusst oder unbewusst, zumindest unbedacht – nicht einer tieferen Strömung zu Diensten sind. Ihre generalisierenden Darstellungen einer unmenschlichen Kriegswelt wecken diffuse Bedrohungsgefühle, die geeignet sind, einer sich bis in Privatzonen hineinfressenden Sicherheitspolitik den Weg zu ebnen, die letztlich zerstört, was zu schützen sie vorgibt: eine starke demokratische Gesellschaft. Solche Bedrohungsgefühle können aber auch dazu genutzt werden, einem bloßen Draufhauen Vorschub zu leisten, etwa auf eine erfundene ‚Achse des Bösen‘.“⁶⁴ Die

⁶¹ Klaus Jürgen Gantzel: Neue Kriege? Neue Kämpfer? Arbeitspapier Nr. 2/2002, Universität Hamburg – IPW, Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung (<http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/publ/ap2-02.pdf> – gesehen: 23. April 2008), S. 1. Er bezieht sich dabei auf: Karl Otto Hondrich: Lehrmeister Krieg (1992); John Keegan: Die Kultur des Krieges (1995); Hans Magnus Enzensberger: Aussichten auf Bürgerkrieg (1996); Wolfgang Sofsky: Traktat über die Gewalt (1996).

⁶² Mary Kaldor: Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2000, S. 15.

⁶³ Gantzel, a.a.O., S. 3.

⁶⁴ Ebenda, S. 16.

„tieferer Strömung“ ist die Normalisierung des Krieges, die Schaffung einer Atmosphäre, in der er geistig und moralisch akzeptiert wird. Mit anderen Worten: Wer Soldaten an den Hindukusch und in andere Weltgegenden schicken und die „Innere Sicherheit stärken“ will, das heißt liberale Freiheits- und Persönlichkeitsrechte weiter abbauen, braucht dieses Bedrohungsgefühl – je diffuser und nicht rational begründet, desto besser – und daher das Konstrukt von den „neuen Kriegen“.

Das Buch von Kaldor hatte diese Wirkung nicht. Doch nach dem 11. September 2001 stieg die Nachfrage nach einer solchen. In diese Lücke rückte dann Herfried Münkler, eigentlich Professor für Theorie der Politik an der Humboldt-Universität zu Berlin, mit einem entsprechenden Angebot ein. Zunächst veröffentlichte er ein Buch zum Thema selbst: „Die neuen Kriege“. Darin räumte er ein, die Konfliktgründe und Gewaltmotive seien unübersichtlich. Seine Folgerung war jedoch nicht, sich nunmehr genauer mit diesen Unübersichtlichkeiten zu befassen, sondern eine Verkürzung: Er bevorzuge „den unscharfen, aber offenen Begriff der neuen Kriege“. So neu seien diese zwar auch wieder nicht, vielmehr ließen sie sich „in gewisser Hinsicht als eine Rückkehr hinter die Anfänge der Verstaatlichung des Kriegswesens beschreiben“ und wiesen Parallelen insbesondere mit dem Dreißigjährigen Krieg in Deutschland (1618-48) auf.⁶⁵ Am Ende seiner Begründung des Themas kommt er zu der apodiktischen Setzung: „Was als Krieg zu bezeichnen ist und was nicht, ist spätestens seit dem 11. September 2001 keine innerakademische Frage mehr, sondern eine Entscheidung von womöglich weltpolitischer Relevanz.“ (S. 12) Bei diesem Satz allerdings handelt es sich nicht um wissenschaftliche Begriffsbildung, sondern um eine politische Aussage: Krieg ist das, was wir dafür halten. Auf dieser Ebene liegt denn auch die Behauptung, „große Teile der Friedens- und Konfliktforschung“ seien „angesichts der Herausforderung durch die neuen Kriege“ in „Verwirrung“ geraten (S. 63). Also: Helm ab zum Gebet, und nicht rumräsoniert!

Die ideologische Rolle dieses Münkler-Buches erschließt sich nicht dadurch, dass man schaut, wie die Hintergründe, Techniken, Strategien und materiell-technischen Grundlagen unterschiedlicher Kriege in die europäische Geschichte eingeordnet und politische, soziale und geistige Querverbindungen beschrieben sind. Viele der Darstellungen sind sachgerecht und zeugen von einer breiten Auswertung entsprechender Forschungsergebnisse und Publikationen. Wesentlich ist – abgesehen von den immer wiederkehrenden, durch den Autor durchweg nicht begründeten Invektiven gegen die Friedensforschung – die Herstellung der für die „neuen Kriege“ heute angeblich relevanten Begründungszusammenhänge. Das geht über mehrere Schritte. Als Besonderheiten der „neuen Kriege“ werden zunächst ausgemacht: (1) die bereits erwähnte Entstaatlichung bzw. Privatisierung kriegerischer Gewalt; (2) deren „Asymmetrisierung“, was meint, „dass in der Regel nicht gleichartige Gegner miteinander kämpfen. Es gibt keine Fronten mehr, und deshalb kommt es auch nur selten zu Gefechten“. Stattdessen richte sich die Gewalt „gegen die Zivilbevölkerung“; (3) eine „Verselbständigung... vordem militärisch eingebundener Gewaltformen“ (S. 10/11). Das deckt sich mit den Bildern, die die Leser gesehen haben.

Was aber ist mit den Ursachen? Zunächst wird, hier mit Blick auf die „Verteilungsdichte der Kriege“ Ende des 20./ Anfang des 21. Jahrhunderts, scheinbar ganz empirisch festgestellt: Wo eine stabile Staatsbildung stattgefunden habe, etwa in Europa und Nordamerika, hätten sich „Zonen eines dauerhaften Friedens“ entwickelt. In anderen Weltgegenden gäbe es zwar ebenfalls Staaten, es sei aber „nicht zu einer ähnlich robusten Staatlichkeit gekommen, wie in Europa“ (S. 16). Dies wiederum hätte seine Ursachen in einem „Mangel an integren und korruptionsresistenten politischen Eliten“ sowie in Bodenschätzen, „die durch ihre weltwirtschaftliche Vermarktung zu Quellen des Reichtums für jene werden können, die sie notfalls auch mit Gewalt unter ihre Kontrolle bringen“. Die Verantwortung der ehemaligen

⁶⁵ Herfried Münkler: Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag 2004 (ursprünglich 2002), S. 9. Die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf dieses Buch.

Kolonialmächte für die Abwesenheit derlei „Eliten“ und die Rolle des Westens als Käufer dieser Rohstoffe werden geflissentlich ausgeblendet, um zu der Folgerung zu kommen, die Entstehung der „neuen Kriege“ habe stets mehrere Ursachen, „monokausale Ansätze“ würden zu kurz greifen, wozu denn auch Imperialismustheorie gezählt wird (S. 17). Damit hätte der Westen mit den Kriegsursachen nichts mehr zu tun.

Dieses war die erste Argumentationsfigur. Der zweite ist die Feststellung: Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hätten wir es mit einer „weltpolitischen Asymmetrie“ zu tun. „Kein Staat der Erde, auch nicht eine Koalition von Staaten, kann heute den USA mit militärischen Mitteln Paroli bieten“. Anders sähe es jedoch aus, „wenn diese asymmetrischen Konstellationen ihrerseits mit Strategien der Asymmetrisierung beantwortet werden“, wozu „der Partisanenkrieg, der Terrorismus“ und die Intifada gerechnet werden (S. 49). Die waffentechnische Entwicklung hat dazu geführt, dass es eine sichtliche „Ungleichverteilung von Töten und Sterben“ gibt. „Der Pilot eines Kampfbombers oder die Besatzung eines Kriegsschiffs, von dem aus Tomahawk-Raketen abgefeuert werden, befinden sich außerhalb der Reichweite gegnerischer Waffen. Der Krieg hat hier alle Charakteristika der klassischen Duellsituation verloren und sich, zynisch gesagt, gewissen Formen von Schädlingsbekämpfung angenähert.“ (S. 234)

Der dritte Argumentationsfigur nun ist: Da der Schädling „keinerlei Aussicht auf eine Resymmetrisierung durch Steigerung der eigenen Anstrengungen“ hat, setzt er auf eine „systematische Asymmetrisierung der Gewaltmittel“ (S. 194), eine „terroristische Umkehrung der Machtasymmetrie“. Der Terrorismus ziele hauptsächlich „nicht auf die unmittelbaren physischen, sondern auf die psychischen Folgen der Gewaltanwendung“ (S. 177). Den eigenen Leuten und denen, für die man zu kämpfen meint, wird signalisiert, „dass Widerstand gegen eine unendlich überlegen erscheinende Macht nicht nur möglich ist, sondern auch erfolgreich sein kann“ (S. 180). Der eigentliche Adressat des islamischen Terrorismus und des 11. September aber sei, „den Angegriffenen, also im Prinzip allen in der westlichen Welt Lebenden und Arbeitenden,“ mitzuteilen, „es werde für sie von nun an keinerlei Sicherheit mehr geben, nirgendwo und niemals. Trotz ihrer gewaltigen technischen, ökonomischen und militärischen Überlegenheit seien die USA nicht in der Lage, ihre Bürger und Einrichtungen zuverlässig und sicher zu schützen“ (S. 202).

Die vierte Argumentation nun ist die Behauptung, bei symmetrischen Kräftekonstellationen seien „die Chancen von Lernen und Lernverweigerung tendenziell gleichmäßig verteilt; asymmetrische Konstellationen hingegen bringen Ungleichheiten bei Lernvermögen und Lernblockaden mit sich.“ Hier ist jetzt nicht der Ort, über das Lernvermögen etwa von Hitler im zweiten Weltkrieg zu debattieren. Auch dies wieder so ein Münkler-Satz, der gesetzt, aber nicht begründet ist, weder theoretisch noch empirisch oder historisch. Er braucht ihn aber, um den Schlußsatz des Buches zu formulieren: „Das läßt erwarten, dass wir in ausgesprochen unruhige und bewegte Zeiten hineingehen“ (S. 243). Dies ist denn ja wohl das Ziel: Eine Unsicherheiten und Ängste nährenden Lagebeschreibung zu verbreiten, mit der die Herrschenden bzw. Regierenden dann ihre Folgerungen begründen können, die wiederum auf neuerliche Militäreinsätze, Steigerung der Rüstungsausgaben und Abbau demokratischer Rechte im Innern hinauslaufen.

Die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen, militärischen und moralischen Hintergründe und Zusammenhänge der gegenwärtigen Gewalt- und Kriegskonstellationen sollen absichtlich im Dunkel bleiben. So spricht Münkler denn auch von dem „zum Subjekt avancierte(n) Krieg“, der „an den Grenzen Europas und Nordamerikas nicht Halt machen“ werde (S. 62). Das bedeutet dann für die in Ansatz gebrachte Methode: „Statt abstrakter rechts- und moralphilosophischer Erörterungen, imperialismuskritischer Einwände und allgemeiner Thesen über den Wandel der Weltordnung sollten für eine politikwissenschaftliche Analyse jedoch eher die Dynamiken und Eskalationsmechanismen der innergesellschaftlichen und

transnationalen Kriege als Ausgangspunkt der Überlegungen dienen“ (S. 224). So begründet sich der Krieg aus sich selbst und bedarf keiner weiteren Erklärung.

Die breite Behandlung der Argumentationsfiguren von Münkler ist hier nicht deshalb erfolgt, weil seine Darstellungen theoretisch so gehaltvoll wären, sondern weil sie die Begründungszusammenhänge der derzeit von den Mächtigen des Westens gemachten Politik widerspiegeln; die derzeitige Politik und diese Art Wissenschaft liefern sich gegenseitig die Argumente. Dabei handelt es sich jedoch nicht um ein einzelnes Buch, sondern um eine ganze Batterie von Ausarbeitungen, die jedoch alle um das gleiche Anliegen kreisen: Den Westen in seiner neuen Kriegskonstellation geistig zu befördern.

Zeitgleich mit dem oben zitierten Buch wurde eine Auseinandersetzung Münklers mit theoretischen Debatten um den Krieg publiziert, von Thukydides und Plato über Clausewitz und Friedrich Engels bis zu Enzensberger und Huntingtons These vom „Kampf der Kulturen.“⁶⁶ Die Pointe hier entspricht der oben zitierten, sie stützen sich gleichsam gegenseitig: „Was die Konfliktentwicklung der letzten Jahre, für die die Anschläge des 11. September den symbolträchtigen Höhepunkt bilden, so bedrohlich werden läßt, ist das Zusammentreffen von Asymmetrisierungsstrategie und religiöser Motivation... Die politisch-legitimatorischen Begrenzungen der Gewalt, denen frühere Terrorismen unterlagen und die sie weithin akzeptiert haben, waren damit dahin, und es steht zu erwarten, dass sie nicht wieder errichtet werden können. Damit hat die terroristische Bedrohung völlig neue Dimensionen angenommen.“⁶⁷ Auch dies wieder eine „wertfreie Tatsachenfeststellung“, die völlig davon absieht, dass es der Westen war, der die Verbindung zwischen Terrorismus und islamischem Extremismus zielstrebig hergestellt und befördert hat, um der Sowjetunion ihre strategische Niederlage in Afghanistan zu bereiten.⁶⁸

Einer der aus den Bedrohungsszenarien abgeleiteten Diskussionspunkte ist die Frage nach der Kriegsbereitschaft bzw. Kriegsfähigkeit unserer Gesellschaft. „Friedensliebe und Angreifbarkeit“ werden in eins gesetzt.⁶⁹ In seiner Darstellung der Lage bezieht sich Münkler hier auf Robert Cooper, der als enger Berater des britischen Premiers Tony Blair galt und dann Mitarbeiter von Javier Solana wurde, des „Außenministers“ der Europäischen Union. Die Gesellschaften Europas seien „postheroische“, weil mit dem Voranschreiten gesellschaftlicher Entwicklung, mit Wohlstandsstaat und sozialer Sicherheit Heldentum nicht mehr positiv besetzt ist und Lehren aus den beiden Weltkriegen gezogen wurden. So gelte: „Die postheroischen Gesellschaften Europas sind – von wenigen Ausnahmen an ihren Rändern abgesehen – in einen Zustand des Friedens eingetreten, der durch das allmähliche Verschwinden reziproker Kriegsführungsfähigkeit gekennzeichnet ist. Aber dieser europäische Frieden, von Robert Cooper als der politische Aggregatzustand der postmodernen Welt bezeichnet, hat sich nicht globalisieren lassen. Cooper begreift die weltpolitischen Konstellationen infolgedessen als dreigeteilt: Neben den postmodernen Konstellationen der Europäischen Union steht die Welt der Moderne, in der die internationale Politik nach wie vor den klassischen Konkurrenz- und Konfliktszenarien der internationalen Politik folgt,... und an den Rändern beider politischer Welten wiederum befindet sich eine vormoderne politische Welt, in der es entweder zu keiner erfolgreichen Staatenbildung gekommen ist oder die ansatzweise ausgebildeten Staaten schon bald wieder zwischen Tribalität und Globalisierung zerrieben wurden. Während die USA in der modernen Welt dafür sorgen, dass es nicht zum

⁶⁶ Vgl. Herfried Münkler: Über den Krieg. Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel der theoretischen Reflexion, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2002.

⁶⁷ Ebenda, S. 264.

⁶⁸ Vgl. Mahmood Mamdani: Guter Moslem, böser Moslem. Amerika und die Wurzeln des Terrors, Hamburg: Edition Nautilus 2006.

⁶⁹ So eine Zwischenüberschrift in: Herfried Münkler: Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2006, S. 338.

Ausbruch großer Kriege kommt, indem sie risikobehaftete Ungleichgewichte mit ihrer überlegenen Macht austarieren, hat sich in der prämodernen Welt ein latenter Kriegszustand entwickelt, der gelegentlich durch kleinere Interventionen aus der modernen bzw. postmodernen Welt unterbrochen, aber nicht dauerhaft beendet wird.“⁷⁰ Eine machtpolitische Interpretation der heutigen Welt, in der Krieg in der Tat als sehr normale Sache gilt: Die imperiale Hegemonialmacht USA als positive Garantiemacht des Weltfriedens (und das wurde geschrieben in Zeiten der Kriegsführung unter Bush II, unter deutscher Beteiligung auch in Afghanistan und anderswo); dauerhafte Kriegsgefahr in den Ländern des Südens („weil sich die Eingeborenen sich selber zu regieren vermögen“) und eine daraus abgeleitete allgemeine Berechtigung der Länder des nordatlantischen Raumes, nach Belieben im Süden zu intervenieren.

Das Denken einer „europäischen Antwort“

Diese Pointe war zuvor in Münklers Buch über Imperien entwickelt worden. Das ist sozusagen die umgekehrte Perspektive der „neuen Kriege“. Den Ausgangspunkt bildet die Vorstellung, Imperien würden Ordnung verkörpern gegen Unordnung und Chaos; sie sichern nach innen und außen den Frieden. Dabei müssten die überkommenen anti-imperialistischen Vorstellungen überwunden werden. Imperiales Agieren sollte nicht von vornherein „als schlecht und verwerflich wahrgenommen“ und das Imperium „als eine Form von Problembearbeitung neben der des Staates und anderer Organisationsformen des Politischen angesehen“ werden.⁷¹

Wieder scheinbar wertfrei wird der These vom Ende des imperialen Zeitalters widersprochen und innerhalb der langen Liste des Vergleichs von Imperien – die vom alten Athen und dem Römischen Reich über das spanische, französische und britische Kolonialreich, das Osmanische Reich, das Russische Reich und die Sowjetunion bis zu den USA reicht – das nach-koloniale Weltgefüge zugunsten des Westens relativiert: „Nachdem es im Lauf des 20. Jahrhunderts zu einem erheblichen Machtzuwachs der Peripherie gekommen war, weil Imperien nicht mehr mit ‚voller Härte‘ gegen Insurrektionen vorgehen konnten, schien die These vom Ende des imperialen Zeitalters plausibel. Aber sie erwies sich sehr schnell als voreilig. Statt zu einem definitiven Ende aller Imperien kam es zu einem neuerlichen Formwandel imperialer Ordnung. Dabei hat die imperiale Ordnung zunächst die bodengestützte Kontrolle der Territorien, die sie angreifbar und verletzbar machte, aufgegeben und sich auf die Kontrolle aus der Luft beziehungsweise dem Weltraum verlegt. So kann sie partiell und selektiv eingreifen. Was dem Imperium an politischen Möglichkeiten verloren ging, hat es durch technologische Entwicklungen kompensieren können.“ (S. 211f). Wer vor dreißig Jahren von Neokolonialismus redete, wurde der Propaganda geziehen. Das gleiche gilt jetzt als Errungenschaft von Weltordnung.

Die USA haben, das konstatiert auch Münkler, nach dem Kalten Krieg und dem Golfkrieg von 1990 weiter am Ausbau ihres militärischen Potentials gearbeitet und auf imperiale Politik gesetzt. So war durch die Entwicklung und Politik der USA „das Imperium als politisch-ökonomisches Ordnungsmodell wieder in der Diskussion“ (S. 226). Der Meinung von Dan Diner, das US-Empire sei nichts anderes als die machtpolitische Absicherung des Weltmarktes, widerspricht Münkler jedoch und betont den – aus seiner Sicht wesentlichen – Unterschied zwischen „imperialer“ und „imperialistischer“ Politik. Imperiale Politik stellt die Interessen des Zentrums in den Mittelpunkt und interessiert sich für die Peripherie nur

⁷⁰ Ebenda.

⁷¹ Herfried Münkler: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin: Rowohlt Verlag 2005, S. 10. Die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf dieses Buch.

insoweit, wie sie für das Zentrum von Vorteil ist; imperialistische Politik dagegen sieht die größten Herausforderungen an den Rändern und nicht im Zentrum selbst. In diesem Sinne ist Bill Clinton ein klügerer Imperiumspolitiker gewesen als Bush II. Und was Militärinterventionen anbetrifft: Zur Sicherung der Erdölversorgung sind sie „rational, aber solche zur Beendigung von Bürgerkriegen außerhalb des imperialen Zentralbereichs mit anschließendem *nation-building* irrational“ (S. 234).

Anders, als es der Titel verspricht, zielen die Erörterungen Münklers zum Thema Imperien letztlich nicht auf die USA, sondern auf die Europäische Union. Sie müsse sich zu den „übermächtigen USA“ ins Verhältnis setzen und zugleich den Herausforderungen ihrer Umgebung begegnen. „Europa muss sich gegenüber den USA als ein Subzentrum des imperialen Raumes behaupten und darauf achten, dass sich zwischen den USA und ihm kein Zentrum-Peripherie-Gefälle herausbildet. Auf der anderen Seite müssen die Europäer sich aber auch um ihre instabile Peripherie im Osten und Südosten kümmern, wo es gilt, Zusammenbrüche und Kriege zu verhindern, ohne dabei in eine Spirale der Expansion hineingezogen zu werden, die das verfasste Europa in seiner gegenwärtigen Gestalt überfordern würde.“ (S. 247) Der Zwang zum gemeinsamen Handeln der EU komme von außen und die innere Entwicklung müsse ihm folgen (nicht umgekehrt!). Um an der europäischen Peripherie stabilisierend zu wirken, brauche es eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei geht es nicht nur um den überschaubaren Balkan, „sondern um einen Bogen, der von Weißrußland und der Ukraine über den Kaukasus in den Nahen und Mittleren Osten reicht und sich von da über die afrikanische Mittelmeerküste bis nach Marokko erstreckt“ (S. 250). Da auch die Erweiterung der EU nicht überdehnt werden dürfe, biete sich „das imperiale Ordnungsmodell“ zur Stabilisierung der verschiedenen Grenzlinien an. Es gelte, „die europäischen Außengrenzen stabil und elastisch zu machen. Das schließt Einflußnahmen auf die Peripherie ein, die eher imperialen als zwischenstaatlichen Vorgaben ähneln. Europas Zukunft wird darum ohne Anleihen beim Ordnungsmodell der Imperien nicht auskommen.“ (S. 254) Damit hätte sich dann auch die EU von den Prinzipien der souveränen Gleichheit der Staaten und der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten, von der UNO-Charta verabschiedet.

Das Imperien-Buch von Münkler und die anschließend darum gerankten Diskurse haben die Tür zur Debatte um imperiale Politik Europas auch in Deutschland geöffnet. Durch diese Tür sind inzwischen weitere Beiträger getreten. Gabor Steingart, damals „Spiegel“-Redakteur, veröffentlichte 2006 ein Buch über den kommenden „Weltkrieg um Wohlstand“, in dem sich „Europa“ vor allem gegenüber China und Indien entsprechend positionieren müsse.⁷² Alan Posener, Kommentarchef der „Welt am Sonntag“, publizierte 2007 ein Werk zu dem Thema, dass Europa Weltmacht werden müsse und das Imperium der Zukunft sei. Der Band wurde bereits im selben Jahr von der Bundeszentrale für politische Bildung zur öffentlichen Verbreitung übernommen.⁷³ Dieses Buch übernimmt in mancher Hinsicht die Münkler'schen Perspektiven, insbesondere die positive Besetzung des Imperiums-Begriffs als Ordnungsmacht des 21. Jahrhunderts und die Vorstellung von konzentrischen Kreisen, die eine differenzierte Herrschaftsausübung vom Zentrum zur Peripherie hin ermöglichen. Zugleich sieht er in der imperialen Struktur stärker eine Form der Überwindung des Nationalstaates.

In dreierlei Hinsicht muss dieses Werk als politische Bekundung aus einer friedenspolitischen und kritischen Perspektive spezifische Aufmerksamkeit finden. *Erstens* wird sehr offen dargestellt, dass der gesamte Prozess der Osterweiterung der EU bereits ein imperialistischer

⁷² Gabor Steingart: *Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden*, München, Zürich: Piper Verlag 2006.

⁷³ Alan Posener: *Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss*, München: Pantheon Verlag 2007; hier: Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2007. Seitenangaben nach dieser Ausgabe.

Vorgang war. Das beginnt mit der Darstellung der deutschen Vereinigung unter der Überschrift „Europas sanfter Imperialismus“. Dazu heißt es: „Westdeutschland traute sich 1989 zu, seine politische, wirtschaftliche, juristische, administrative und soziale Ordnung dem ehemaligen sozialistischen Musterland DDR überzustülpen. Mit einer nationalen Widerstandsbewegung war nicht zu rechnen, da die ‚Wessifizierung‘ Ostdeutschlands ja im Namen der Nation – der Wiederherstellung der inneren Einheit Deutschlands – erfolgte. Soziale Unruhen könnten mit massiven Transferleistungen erstickt oder gedämpft werden. So kam es auch.“ Westeuropa habe sich einen solchen Kraftakt gegenüber Osteuropa jedoch nicht zugetraut. Deshalb „fand die Wiedervereinigung des Kontinents nicht schon 1990, sondern erst 2004 statt“. Es sei deutlich, „dass die Osterweiterung der EU ein imperiales Projekt war. Nicht die Wünsche der Beitrittsländer bestimmten das Tempo der europäischen Wiedervereinigung, sondern die Bedingungen der Mitgliedsländer“ (S. 89f). Ein Hinterfragen des gesellschaftlichen Modells war bei der Osterweiterung der EU ebenso wenig vorgesehen, wie bei der deutschen Vereinigung. „Die Illusion der Freiwilligkeit ermöglicht die imperiale Übernahme. Wo diese Illusion nicht unbedingt nötig ist, wird sie auch nicht aufrechterhalten. Bosnien-Herzegowina etwa wird von einem ‚Hohen Repräsentanten‘ der Europäischen Union verwaltet, der ähnliche Vollmachten hat wie der Gouverneur einer britischen Kolonie“ (S. 95) *Zweitens* wird die „Europäische Nachbarschaftspolitik“ als Fortsetzung dieser imperialen Politik in dem nächsten konzentrischen Kreis der abgestuften Herrschaft vom Zentrum zur Peripherie, dem „größeren Europa“ angesehen. Aufgezählt werden Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Weißrußland, Ägypten, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Moldawien, Marokko, die Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien und die Ukraine. „Damit sind die denkbaren Mitglieder des Imperiums genannt, die äußersten Grenzen Europas im 21. Jahrhundert wohlabgesteckt.“ (S. 100) *Drittens* sei Europa ein Imperium, die USA aber nicht: Imperium heißt langfristige und nachhaltige Durchdringung. „Während die USA den Irakern einen Crash-Kurs in Sachen Demokratie zumuten und fieberhaft nach einer ‚Exit-Strategie‘ für ihre Truppen suchen, sind die Europäer nach über einem Jahrzehnt und der Ausgabe von zig Milliarden Euro in Bosnien noch nicht von der ‚Reife‘ des Volkes überzeugt. Amerikas Haltung ist die einer demokratischen Supermacht, die imperiale Verantwortung scheut. Die Haltung Europas ist die eines klassischen Imperiums.“ (S. 97) Weshalb es dann auch einen ganzen Abschnitt zu dem Thema gibt: „Warum Amerika kein Imperium ist“. Die vielleicht aufschlußreichste Aussage bei Posener ist, dass EU-Europa, „von seinen eigenen Bürgern fast unbemerkt“, bereits eine imperiale Macht ist und als solche agiert.

Die gegenwärtigen Bedrohungen, die sich so für den Frieden ergeben, sind offenbar größer, als sich im öffentlichen Bewußtsein bisher widerspiegelt. Hier sei nur an Timothy Garton Ash erinnert, der vor einiger Zeit die heutige Situation mit der am Beginn des 20. Jahrhunderts verglich. Damals handelte es sich um ein vor allem durch Großbritannien geprägtes internationales System, das von den Konkurrenten USA und Deutschland zunehmend in Frage gestellt wurde. Die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts waren Folge dessen, und die USA gingen am Ende als Sieger aus diesen Kämpfen hervor. Heute dagegen sind es vor allem China und Indien, die nun das von den USA dominierte System in Frage stellen. Die daraus resultierende Staatenkonkurrenz und Rivalität weist – so Garton Ash – eine Reihe von Ähnlichkeiten mit der vor einhundert Jahren auf.⁷⁴

Die NATO nach dem Gipfel von Lissabon

⁷⁴ Vgl. Timothy Garton Ash: Müder Titan, in: Süddeutsche Zeitung, München, 30. August 2005, S. 11.

Die NATO bleibt Klammer, die Imperien USA und EU-Europa zu verbinden, und aus der Sicht ihrer Protagonisten der Hebel, gemeinsame Interessen gemeinsam wahrzunehmen und divergierende Interessen nicht offen militärisch auszutragen. Obwohl im NATO-Vertrag von 1949 nicht vorgesehen, gab sich das Bündnis mit dem strategischen Papier von 1999, beschlossen auf dem Gipfel in Washington während der Bombardements von Belgrad, eine weltweite Ausrichtung. Während des NATO-Gipfels in Straßburg und Kehl 2009 wurde das damalige Papier für nicht zureichend erklärt, es sollte ein neues her. Daran wurde bis November 2010 gefeilt, damit es auf dem Gipfel in Lissabon beschlossen werden konnte.

Dieser Gipfel hat keine Antworten gegeben, die sich positiv auf die derzeitige Weltlage beziehen. Die Hauptprobleme unserer Zeit sind Armut, Hunger, Krankheiten, Kindersterblichkeit, unzureichende Bildungs- und Gesundheitssysteme, Klimaveränderung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, Artensterben. Keines dieser Probleme kann militärisch gelöst werden. Der als Ursache von Terrorismus, Migrationsdruck auf die Länder des Westens und Piraterie immer wieder zitierte Staatszerfall ist in aller Regel die Folge der nicht gelösten sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Länder des Südens, die unter dem Druck einer ungerechten Weltwirtschaftsordnung, von westlicher Marktmacht und von Internationalem Währungsfonds und Weltbank entstanden sind. Ihn rückgängig zu machen, bedarf es friedlicher Mittel und Kräfte; politische Stabilität, gute Regierungsführung und Demokratie sind nicht mit Panzern und Kanonen herbeizuführen. Die Folgen der Kriege in Irak und Afghanistan zeigen gerade dies. Insofern ist die Grundverständigung in Lissabon, den Afghanistan-Krieg mit Eifer fortzusetzen, wenngleich unverbindliche Abzugsdaten genannt werden, eine fatale Fehlentscheidung, die weiteres Leid, Opfer und Kriegsverbrechen nach sich zieht.

Hinzu kommt, dass der Lissabon-Gipfel kurz nach dem offenen Ausbruch der größten Finanz- und Weltwirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg, ja seit 1929, stattgefunden hat. Gerade waren die riesigen „Rettungspakete“ geschnürt worden, um die Banken und ausgewählte Großfirmen in den USA und Westeuropa zu retten. Die Kosten dafür wurden auf die arbeitenden Menschen und sozial Schwachen abgewälzt. Sozialabbau, Rentenkürzungen und Demontage der Gesundheits- und Bildungssysteme sind die Folge. Die Krise wanderte aus den Sphären von Finanzen und Wirtschaft in die Krise der Staatsfinanzen, die eine Krise des sozialen Zusammenhalts zur Folge hat. Vor diesem Hintergrund ist die Orientierung auf einen anhaltend hohen Stand von Rüstung und Militärausgaben besonders verwerflich. Der Sozialabbau in Deutschland und allen anderen NATO-Ländern ist die Kehrseite der Schaffung und Aufrechterhaltung einer weltweiten Kriegsführungsfähigkeit.

Für die USA ist nach der Niederlage im Irak-Krieg und dem Scheitern der vor allem militärisch orientierten Politik einer „unipolaren Welt“, wie sie unter der Präsidentschaft von Obamas Vorgänger betrieben wurde und in der die USA allein die Geschicke der Welt bestimmen und ihre imperialen Interessen durchsetzen sollten, die Auszehrung ihrer volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit das größte Problem. Es findet eine gleichsam tektonische Verschiebung des weltwirtschaftlichen Schwergewichts aus dem nordatlantischen Raum nach Asien statt, vor allem durch die herausragende wirtschaftliche Entwicklung Chinas. Auch dieser Veränderung ist – um den Preis eines atomaren Weltkrieges – aus Sicht der USA nicht mit militärischen Mitteln zu begegnen. Hinzu kommt, dass die selben Staaten in EU-Europa, die im Rahmen der NATO das Lied von der „westlichen Wertegemeinschaft“ mitsingen, ihren derzeitigen wirtschaftlichen Aufschwung vor allem der Zusammenarbeit mit China verdanken. Zugleich bleibt China der größte Gläubiger der USA. Die NATO ist so auch kein Instrument dafür, wie der Westen seinen schwächer werdenden weltwirtschaftlichen Möglichkeiten begegnen sollte.

Während des Lissaboner Treffens wurde viel von „historischer“ Bedeutung geredet. In der Gipfelerklärung wurde proklamiert, das „neue Strategiekonzept“ gelte für die nächste Dekade. In dessen Einleitung heißt es, die NATO sei dem Ziel verpflichtet, „die Bedingungen für eine

Welt ohne Atomwaffen zu schaffen“. Das ist etwas anderes, als das von US-Präsident Obama zu Beginn seiner Amtszeit verkündete Ziel einer atomwaffenfreien Welt, praktisch dessn Rücknahme. Weiter heißt es, solange es in der Welt Atomwaffen gebe, werde die NATO „eine nukleare Allianz bleiben“. Wie zu hören ist, soll es keine vertiefte Multilateralisierung der Verfügung über Atomwaffen geben – dann ist diese Formulierung jedoch zumindest missverständlich und widerspricht dem Vertrag über das Verbot der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen. Mit anderen Worten: Das Festhalten der NATO an ihrer Nuklearwaffen-Strategie stellt die Weichen nicht etwa in Richtung Reduzierung atomaren Wettrüstens, sondern peitscht es weltweit weiter an.

Bei der Beschreibung des Sicherheitsumfeldes der NATO ist die Rede von „euro-atlantischer Integration“, die ein „historischer Erfolg der Politik der robusten Verteidigung“ sei (Ziffer 7). Haben wirtschaftliche, soziale und kulturelle Faktoren sowie wechselseitige Kapitalverflechtung keinen Anteil? Zur Bedrohungslage heißt es dann, „die konventionelle Bedrohung“ könne nicht ignoriert werden, in „vielen Regionen und Ländern“ gebe es Bestrebungen, „moderne militärische Kapazitäten“ zu schaffen (Ziff. 8) – wo das ist, wer das tut, worin die Bestebungen bestehen, den Beleg bleiben die Gipfelisten schuldig. Gemäß der Devise: Die Gefahren lauern immer und überall, werden sie nur pauschalisiert: Weiterverbreitung von Atomwaffen (Ziff. 9), Terrorismus (Ziff. 10), „Instabilität oder Konflikte jenseits der NATO-Grenzen“ (Ziff. 11), „Cyber-Attacken“ (Ziff. 12). Was die NATO als hochgerüstetes Militärbündnis auf diesem Felde tun soll, bleibt vollends im Nebulösen. Weiter heißt es, alle Staaten würden in wachsendem Maße abhängen von „lebenswichtigen Kommunikations-, Transport- und Transitlinien, auf denen der internationale Handel, die Energiesicherheit und der Wohlstand beruhen“ (Ziff. 13). Dies ist das – im Vergleich zum Strategiepapier von 1999 etwas verklausuliertere – Selbstverständnis der NATO, die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitgliedstaaten wahrnehmen zu wollen, und sei es mit militärischen Mitteln. Als Bundespräsident Köhler das Mitte 2010 offen sagte, kostete ihn das das Amt; wenn der Militärminister zu Guttenberg dies jetzt ausspricht, gilt das bereits als Selbstverständlichkeit.

Weiter wird wieder die „Territorialverteidigung“ (Ziff. 16) als Ziel und Verpflichtung definiert, im Unterschied ebenfalls zum Papier von 1999, wohl als Rückgriff auf den ursprünglichen Gründungskontext der NATO und vor dem Hintergrund der antirussischen Reflexe in den neuen, osteuropäischen NATO-Ländern. Unter der Rubrik „Abschreckung“ wird nochmals bekräftigt, dass die NATO ein atomares Bündnis bleiben soll (Ziff. 17) und die Atomwaffen die „höchste Garantie“ der Sicherheit der NATO-Länder bilden würden (Ziff. 18). Es werde auch künftig „einen Mix von atomaren und konventionellen Waffen“ geben (Ziff. 19). Zum Thema „Krisenmanagement“ wird die „zivil-militärische Zusammenarbeit“ (Ziff. 21) hervorgehoben, die bislang schon die Unterordnung ziviler Hilfen und Konfliktbearbeitung unter militärische Logik und Kriegsführungsstrategien zur Folge gehabt hatte. Am Ende folgen vage Hinweise auf Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung, die angesichts der realen Entwicklungen der NATO und der NATO-Staaten jedoch eine rein deklarative Alibifunktion haben. Schließlich wird die EU als wichtiger Partner der militärischen Zusammenarbeit der NATO hervorgehoben (Ziff. 32). Das sagt allerdings mehr über die EU nach dem Vertrag von Lissabon, als über die NATO.

Alternativen sind nötig

Zu den Besonderheiten des NATO-Gipfels in Lissabon gehörte die Teilnahme des russischen Präsidenten Medwedjew. Dazu wurde eine gesonderte Erklärung des NATO-Russland-Rates veröffentlicht. Nach den offen gegen Russland gerichteten Plänen der USA und der NATO unter Präsident Bush zur Errichtung von Anti-Raketenwaffen im Osten Europas, gab es hier

eine bestimmte Entspannung. Der mittlerweile ratifizierte Vertrag über strategische Atomwaffen (START) trägt seinerseits dazu bei. Lissabon zeigte, Russland vertritt seine eigenen Interessen, die nicht notwendig mit denen des Westens übereinstimmen müssen, will jedoch nicht, dass die Divergenzen militärisch ausgetragen werden. Zugleich unterstützt Russland logistisch den Afghanistankrieg, weil es bei einem Sieg der „Taliban“ eine islamistische Destabilisierung Zentralasiens befürchtet – dass diese Position perspektivlos bleiben muss, wie der ganze Afghanistankrieg, wurde zu übertünchen versucht. So war Medwedjews Beteiligung in Lissabon zunächst ein Signal an den Westen auf symbolischer Ebene. Was dem in der Sache folgen wird, bleibt weiterer Beobachtung und Analyse überlassen.

Zugleich verweist dies darauf, dass die NATO nicht die Lösung des Sicherheitsproblems in Europa sein kann. Es gibt keine vernünftige Alternative zu einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit in Europa, das mit Abrüstung, gegenseitiger Angriffsunfähigkeit und der Schaffung von Zonen in Europa und darüber hinaus, die von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen frei sind, verbunden werden muss. Die NATO ist keine Beitrag, sondern ein Hindernis auf diesem Wege. Der Gipfel von Lissabon hat diese Hindernisse vergrößert. Die Schaffung eines Systems gemeinsamer kollektiver Sicherheit wäre eine mögliche Antwort.

Die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Entwicklungen in der Welt des 21. Jahrhunderts sind sehr dynamisch, und sie werden von den sich vergrößernden Weltproblemen, wie Klimawandel, Artensterben und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, Armut, Hunger, Krankheiten, Kindersterblichkeit usw. überlagert. Es wird auf die Dauer keinen Frieden geben können, ohne dass Kompromisse gefunden werden, Toleranz gelebt wird und verbindliche Vereinbarungen getroffen werden. Auf der Suche nach Wegen und Mechanismen dafür kann vieles helfen, was vor allem in der Endphase des Ost-West-Konfliktes zur Kriegsverhinderung gedacht, ausgearbeitet und verwirklicht wurde, darunter:

- Neues Denken,
- Krieg und Frieden im Nuklearzeitalter,
- Friedensfähigkeit des Kapitalismus,
- friedliche Koexistenz und positiver Frieden,
- Nicht-Gewinnbarkeit eines mit Atomwaffen geführten Krieges,
- Sicherheitsbegriff und Bedrohungsanalysen,
- Gemeinsame Sicherheit,
- Rüstungsbegrenzung und Abrüstung,
- System kollektiver Sicherheit in Europa,
- Schaffung atomwaffenfreier bzw. von Massenvernichtungswaffen freier Zonen,
- entmilitarisierte Sicherheit und erweiterter Sicherheitsbegriff,
- Strukturelle Angriffsunfähigkeit,
- Strategische Suffizienz bzw. vernünftige Hinlänglichkeit der Verteidigung.

Zusammenfassend folgt: Die Fragen von Krieg und Frieden haben nach dem Ende des kalten Krieges nicht an Relevanz verloren, sondern wieder gewonnen. Dabei geht es zunächst um die Frage der Bedingungen für den Weltfrieden, der als Begriff nur Sinn erhält als Gegensatz zum Weltkrieg. Die tektonischen Verschiebungen der weltwirtschaftlichen Schwerkraftverhältnisse aus der nordatlantischen „Welt des Weißen Mannes“ nach Asien haben die Frage nach dem Weltkrieg bzw. nach den Bedingungen für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens wieder aufgeworfen. Aber auch der Zustand des Weltfriedens, wie wir ihn gegenwärtig haben, ist kein Zustand eines weltweiten Friedens, sondern einer unterschiedlichen Verteilung von friedlichen und kriegerischen oder bewaffneten Konfliktzuständen in der Welt. Wolfgang Scheler hat darauf verwiesen, dass der Begriff „Weltfrieden“ sich auf den des „Weltkrieges“

bezieht, als dessen Antonym. Er meint „die Abwesenheit des Weltkrieges (und seine Unwahrscheinlichkeit)“, sehr wohl um die Realität wissend, „dass qualitativ und quantitativ nicht Krieg, sondern Frieden in den internationalen Beziehungen überwiegt“, dies jedoch „eine Friedensordnung auf einem niederen Niveau (ist), gestört durch Quellen für bewaffnete Konflikte, durch lokale oder regionale Friedensbrüche und die nicht ausgeschlossene Möglichkeit, zusammenzubrechen und in einen globalen Krieg umzuschlagen.“⁷⁵

So stellen sich die Fragen der Konflikt- und Kriegsverhütung, der Konfliktursachen, der Konfliktprävention und zivilen Konfliktbearbeitung und -lösung ebenfalls unter den neuen Bedingungen. Zugleich sind diese Konflikte zumeist nicht zwischenstaatliche Konflikte, sondern entstammen Quasi-Bürgerkriegssituationen, die vielfach Armut, Hunger, Staatszerfall, Kampf um Rohstoffe für die Industriestaaten sowie Klimawandel und andere globale Probleme zum Ausgangspunkt haben. Insofern sind die Zusammenhänge von Frieden und Sicherheit sowie Frieden und Entwicklung neu in den Blick zu nehmen. Unter linker Perspektive verbindet sich das mit der Frage nach einer „Friedensfähigkeit des Kapitalismus“ sowie nach der analytischen Reichweite von „Imperialismus“-Konzepten.

Das Ende des kalten Krieges führte nicht zu einem sicheren Frieden und zu weniger Konflikten. Die erhoffte Dominanz „des Westens“ währte nur kurz. Ihm erwachsen neue Konkurrenten und Herausforderer. Die bevorzugte Antwort darauf war Krieg. Aber diese Kriege (Irak, Afghanistan) brachten nicht den erhofften Erfolg und führten auch die westliche Welt in vielfältige Krisen. Der Westen hat sich langfristig auf eine vielgestaltige Welt mit Herausforderungen, Konflikten und Auseinandersetzungen einzustellen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Frage neu, wie wir in dieser Welt leben und überleben wollen. Dominanz wird es nicht geben; alle Vorstellungen, ob denn nun China an die Stelle der USA als Supermacht treten werde, gehen am Kern der Sache vorbei. Die Haupttendenz der internationalen Entwicklungen läuft auf eine multipolare Welt hinaus. Die Frage ist, ob diese ein „Konzert der Mächte“ sein wird, wie das Europa der konkurrierenden Mächte von 1815 bis 1914, die sich auf je unterschiedliche Weise über das internationale Recht hinwegsetzen, sofern sie es nicht selbst setzen, oder eine internationale Ordnung des Rechts, wie sie idealiter in der UNO-Charta vorgesehen ist, mit der UNO und dem UN-Sicherheitsrat als den zentralen Institutionen in Sachen Sicherung des Friedens. Die Achtung und Beachtung des Völkerrechts muss wieder Leitlinie der Außenpolitik werden. Es ist die Grundlage für das Zusammenleben der Staaten und Völker. Der elementare Grundsatz des in der UN-Charta verankerten Rechts ist die Friedenserhaltung. Er wurde nach dem Ende des kalten Krieges vor allem auch durch den Westen mit Füßen getreten. Es gelten die souveräne Gleichheit der Staaten und das Prinzip der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Andererseits sind die Staaten für alles verantwortlich, was von ihrem Territorium aus geschieht (das betrifft auch terroristische Aktivitäten). Wenn sie dies selbst nicht beherrschen können, kann ihnen dazu internationaler Beistand gewährt werden. Aber unverlangte Einmischung kann nur ein letztes Mittel bei Völkermord sein, und darüber befindet ausschließlich der UNO-Sicherheitsrat. Menschenrechte haben einen hohen Wert, aber eine eigene Interpretation bewirkt kein Recht auf Intervention. Die neuerliche Stärkung der Rolle der UNO muss insbesondere vom Prinzip der Friedenssicherung ausgehen.⁷⁶

Solange es Staaten gibt, muss es auch eine Verfasstheit der Welt geben, die diese Staaten mit ihren Interessen und unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen in eine internationale Friedensordnung einbindet, die auf dem internationalen Recht beruht. Eine solche Ordnung,

⁷⁵ Wolfgang Scheler: Fortschritt des Friedens in Idee und Wirklichkeit. Notwendigkeit und Möglichkeit in der heutigen Welt, in: <http://www.sicherheitspolitik-dss.de/autoren/scheler/pasche32.htm>. (Gesehen: 8. Februar 2011.)

⁷⁶ Vgl. Manfred Müller: Konzept-Überlegungen zum Arbeitsthema: Konflikt- und Kriegsverhütung heute (Ms. 11. Mai 2010).

wie sie in der UNO-Charta idealiter umrissen ist – bei aller Unvollkommenheit der bisherigen Umsetzung und Durchsetzung des Völkerrechts und des Funktionierens des UNO-Sicherheitsrates –, muss auch „für eine Welt von Teufeln“ gelten können, wie Immanuel Kant einst in seiner Schrift *Zum ewigen Frieden* feststellte. Die Achtung der Souveränität und souveränen Gleichheit der Staaten, das Gewaltverbot und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sind die Mindestvoraussetzungen. Das gilt für das Verhältnis der Staaten zu anderen Staaten. Sie sollen davon absehen, die anderen nach ihrem Bilde modeln zu wollen.

II.

Euroasiatische Akteure der geostrategischen Veränderungen

Die Welt verändert sich. Die Hoffnung der Sieger im Kalten Krieg, dass nach dem Wegbrechen der Sowjetunion, des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Warschauer Vertragsorganisation die endgültige Dominanz der westlichen Welt, das Ende jeglicher Alternative zum westlichen System erreicht ist, erweist sich als Trugschluss. Die Hegemonial- und Kriegspolitik der Bush-Administration hat dazu maßgeblich beigetragen. Davor hatte Zbigniew Brzezinski, einer der Vordenker US-amerikanischer Machtpolitik, schon vor Jahren gewarnt.¹ Früher als dieser ahnen konnte, versanken die USA in der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise und rissen die Welt mit. Die Folgen für die innere und äußere Lage der USA waren verheerend. Die abenteuerliche Kriegspolitik erreichte nicht ihr Ziel, die Gewährleistung der Energieressourcen und ihrer Transportstränge in Zentralasien durchzusetzen. Sie beförderte Widerstand und der Terrorismus eskalierte. Auch im Kaukasus scheiterte der Konfrontationskurs der Bush-Administration.

Es ist nicht gelungen, die Welt dominanz der USA, eine unilaterale Weltordnung mit Gewalt durchzusetzen. Das Image der USA erreichte einen beispiellosen Tiefpunkt. Eine Mehrheit in den USA suchte den Wechsel und wählte ihn. Das schier Unglaubliche geschah: die für das Desaster verantwortlichen Konservativen erlitten eine historische Niederlage. Ein Politiker mit afroamerikanischem Hintergrund, ein im Milieu der Habenichtse Gewachsener wurde Präsident.

Nun sind zwei Jahre vergangen. Enttäuschung und Ernüchterung machen sich breit. Obamas Bilanz ist nicht gerade überzeugend. Die tieferen Gründe dafür analysierte im Oktober 2009 Jan Ross in dem Aufmacherartikel: „Die Ohnmacht des Mächtigsten“ für *Die Zeit*. Sein Resümee: „Barack Obamas Feinde halten ihn für einen Vaterlandsverräter. Seine Freunde finden ihn zu weich. In Wahrheit ist es der Abstieg Amerikas, der dem Präsidenten zu schaffen macht... Es ist nämlich nicht Barack Obamas fehlende Entschiedenheit, die für seine bisher bescheidenen Erfolge vor allem verantwortlich sind. Dass die Welt sich nicht nach amerikanischen Wünschen richtet, hat wenig mit den persönlichen Eigenschaften des Präsidenten zu tun und viel mit dem historischen Machtverlust der USA. Es ist ein geschichtlicher Prozess, in den Obama hineingeworfen wurde, dessen Ausdruck er ist und den er managen muss“.²

Peter Scholl-Latour spitzte in einem Interview mit der Zeitung *Neues Deutschland* zu: „Dem Weißen Mann ist vor allem das Monopol industrieller und militärischer Überlegenheit abhanden gekommen, auf das er bisher seinen imperialen Anspruch gegründet hat. Nach dem Intermezzo der Pax Americana haben wir ein wieder erstarktes Russland und ein starkes selbstbewusstes China Und die wachsende islamische Welt“.³

¹ Zbigniew Brzezinski: American debacle, in: Los Angeles Times, 10. Oktober 2005.

² Die Zeit, Hamburg, Nr. 43, 15. Oktober 2009.

³ Neues Deutschland, Berlin, 30. Oktober 2009.

Eine multilaterale Weltordnung ist im Entstehen

Der Aufbruch des Ostens und Südens ist unübersehbar. Er ist nicht aufzuhalten. Er dokumentiert sich im dynamischen Aufschwung Chinas, Indiens und Brasiliens, in der Stabilisierung Russlands als Weltmacht. Er findet seinen Ausdruck in der Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit, im Verbund der BRIC-Staaten.

„Das summierte Bruttosozialprodukt Indiens und Chinas hinsichtlich der paritätischen Kaufkraft ist schon größer als das der USA, das der BRIC-Staaten etwa so groß wie das der EU-Staaten“ (Wladimir Putin, Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz, 10. Februar 2007). Dieser Trend setzt sich fort und erhielt durch die Krise zusätzliche Impulse.

In den USA befürchtet man, dass das Land angesichts der aufstrebenden Staaten wie China und Indien drastisch an Einfluss verliert.⁴ Es gibt sichere Anzeichen dafür, dass die BRIC-Staaten eher und besser aus der Weltfinanz- und -wirtschaftskrise herausgefunden haben als der Westen. Das Bruttosozialprodukt in China stieg 2008 um 7,1 Prozent und in Indien um 4,1 Prozent; Brasilien kam bei einem Minus von lediglich 1,2 Prozent davon.⁵

Nur Russland hatte schwere Einbußen zu verkraften. Das BIP sank um 10,9 Prozent, der im letzten Jahrzehnt erklommene 6. Platz in der Weltwirtschaft ging verloren.⁶ Bei der Verwirklichung der ehrgeizigen Pläne zur Modernisierung der Industrie (1 Billionen US-Dollar) und der Wissenschaften (100 Mrd. US-Dollar)⁷ musste erst einmal kürzer getreten werden. Man hofft, sehr bald England und Frankreich wieder von den Plätzen 6 bzw. 7 verdrängen zu können. Russland kann nach wie vor beachtliche Gold- und Valutareerven einsetzen. Die Öl- und Gaspreise, die im Jahre 2009 dramatisch unter 40 US-Dollar pro Barrel gefallen waren und Russland 2009 erstmalig seit zehn Jahren ein Haushaltsdefizit bescherten, haben sich seit geraumer Zeit wieder annähernd verdoppelt. Der von Präsident Medwedjew in seiner Botschaft zum Jahreswechsel 2009 vorausgesagte BIP-Zuwachs 2010 von 2,5-5 Prozent wurde realisiert, ebenso die Aufrechterhaltung der Sozialleistungen, u.a. die Erhöhung der Renten um real 25 Prozent. In seiner Jahresbotschaft an das Parlament vom 30. November 2010 stellte er fest, dass die Wirtschaft stabilisiert, die Arbeitslosigkeit von 7 Millionen auf dem Höhepunkt der Krise um 2 Millionen gesenkt werden konnte und für 2011 ein Wirtschaftswachstum von 4 Prozent zu erwarten sei.

Das Handelsblatt vom 31. Mai 2010 berichtete unter der Überschrift „Vorbild Gazprom & Co.“, dass sich in Europa nach der Krise die russischen Konzerne (von denen nicht wenige staatlich geführt werden) am stärksten präsentieren. Sie hätten 2009 eine stattliche Marge von 13,7 Prozent erwirtschaftet, zwei Prozentpunkte mehr als im Krisenvorjahr 2008.

Chinas unglaublicher Aufstieg

Der Fernsehsender „3-SAT“ brachte am 29. Juli 2008 Interviews mit dem langjährigen Korrespondenten von „Zeit“ und „TAZ“ in China, George Blume, und Wissenschaftlern der kalifornischen Berkeley-University. Erstaunlich neue Töne waren zu vernehmen in einem Sender, der sich in seiner „Kulturzeit“, und ganz besonders im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Olympischen Spiele und den Ereignissen um Tibet dem Mainstream folgend

⁴ Artur Blinow in Nesawissimaja Gaseta, Moskau, 15. Mai 2008, in Auswertung einer Studie des National Intelligence Council der USA.

⁵ Nesawissimaja Gaseta vom 03. November 2009 auf der Grundlage von Angaben des IWF.

⁶ Ebenda.

⁷ Vgl. Alexander Rahr: Russland gibt Gas, München: Hanser Verlag, 2008.

durch offensichtliche Scharfmacherei hervorgerufen hatte. Objektiv und wohlwollend wurde Blume befragt, ausführlich konnte er aus seinem Buch „China ist kein Reich des Bösen“ berichten. Aussagen, dass China in etwa zehn Jahren 30 Prozent der Weltproduktion erbringen würde, wurden nicht in Frage gestellt. Blume belegt in seinem Buch und vor der Kamera: „Peking lenkt seit dreißig Jahren das größte Modernisierungsprojekt der Menschheitsgeschichte, mit enormen Rückschlägen, aber auch mit fantastischen Erfolgen. China hat in den letzten Jahrzehnten Fortschritte erzielt, für die Europa Jahrhunderte brauchte. Die Kommunisten haben in den letzten dreißig Jahren über 400 Millionen Bürger von Hunger und täglichen Überlebensängsten befreit. Die KP hat damit mehr als jede andere politische Kraft der Weltgeschichte für die Verwirklichung des Artikels 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 getan, des Rechts auf Leben... Das Pro-Kopf-Einkommen der Chinesen hat sich in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht. Von 2005 bis 2007 stiegen die Niedriglöhne um jeweils dreißig Prozent... Das bedeutet das Ende der Massenarmut und das Entstehen einer breiten Mittelschicht... 1,3 Mrd Chinesen werden nie wieder Habenichtse sein wie im letzten Jahrhundert“.⁸

Aber nicht nur die Wirtschafts- und sozialen Leistungen würden die neue Glaubwürdigkeit und Legitimation der KP Chinas begründen, betonte Blume, sondern auch die Entwicklung der staatlichen Organe, die neuen Gerichte, die unabhängiger agieren, neue Schulen und Universitäten, wo freier und universeller gelehrt werde, die mit neuen Kompetenzen ausgestattete Zentralbank. Nach Blumes Beobachtungen sind „die Chinesen heute das optimistischste Volk der Welt. 76 Prozent der Menschen glauben, die Welt sei für sie in fünf Jahren eine bessere“. *Der Spiegel* stellt fest, dass in China 87 Prozent der Bevölkerung mit der Entwicklung ihres Landes zufrieden sind, was mit großem Abstand vor Brasilien (fünfzig Prozent) Platz 1 in der Welt bedeutet. Beim jüngsten Pisa-Test errangen die Teilnehmer aus Schanghai den ersten Platz.⁹

Indische Wirtschaftsexperten schätzten ein, dass Chinas Finanz- und Exportkraft schon heute die vom Westen ausgehenden Turbulenzen zumindest für Entwicklungsländer abfedern kann. Und es wäre durchaus vorstellbar, dass China eine Art Marshall-Plan für Entwicklungsländer vorlegen könnte.¹⁰

China ist zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht in der Welt aufgestiegen. Westliche Medien berichten, dass China gegenwärtig über 2,6 Billionen US-Dollar Valutareerven verfügt und sich im Gefolge der Krise weltweit, auch in Westeuropa, verstärkt einkauft. Im gleichen Heft des *Spiegel* wird China auf der Titelseite als neue Supermacht bezeichnet, und im Untertitel des China-Artikels heißt es: „Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis China die Vereinigten Staaten als Weltmacht Nummer eins ablöst“. *Godman Sachs* prognostiziert für 2030 hinsichtlich Chinas ein BIP von 31.731 Milliarden US-Dollar und für die USA von 22.920 Milliarden US-Dollar.¹¹

Die chinesische Führung bewertet das Erreichte nüchtern, wie auch ein unlängst vorgelegtes Papier des Staatsrats Dai Bingguo, Sondervertreter Hu Jintaos für den Dialog mit den USA, zeigt. China sei ein Entwicklungsland und würde dies auch längerfristig bleiben. Mit 3720 US-Dollar Pro-Kopf-Einkommen belege das 1,34-Milliardenvolk nur den 104. Platz in der Welt. Immer noch lebten 150 Millionen Chinesen unterhalb der Armutsgrenze von einem Dollar pro Tag. Über zehn Millionen haben keinen Zugang zu Strom. Große Probleme bereiten die alljährliche Beschaffung von 24 Millionen Arbeitsplätzen, die Unterschiede im

⁸ Vgl. Georg Blume: China ist kein Reich des Bösen. Trotz Tibet muss Berlin auf Peking setzen, Hamburg: Edition Körber-Stiftung 2008.

⁹ Pew Global Attitudes Project, Heft 1/2011; *Der Spiegel*, Heft 1/2011.

¹⁰ *People's Democracy*, 10./24. Februar 2008, in Auswertung des Besuchs des indischen Premiers in China Mitte Januar 2008.

¹¹ *Der Spiegel*, Heft 1/2011.

Entwicklungsniveau von Stadt und Land, die Unausgewogenheit der Infrastruktur, die viel zu geringe Arbeitsproduktivität und die Ressourcenverschwendung.¹²

Auch Indien im Aufwind

Noch vor Jahren urteilte man im Westen über die Entwicklungspotenzen Indiens eher verhalten, gar herablassend. Man verwies auf die große Armut und Rückständigkeit des indischen Dorfs, die Lethargie und Leistungsunwilligkeit vieler Inder, die oftmals geringe Qualität von Industrieerzeugnissen. Nur 50 Prozent der Bevölkerung hätten Zugang zu Trinkwasser und Strom. Weit verbreitet sei Kinderarbeit, jedes 4. Kind könne nicht die Schule besuchen. In Mumbai müssten 60 Prozent der fast 20 Millionen Einwohner in etwa 1000 Slums hausen.

Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Indien hat in den letzten Jahren eine enorme Entwicklung genommen. Jährliche Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts von sechs bis acht Prozent sind zur Norm geworden. 300 Millionen der 1,1 Mrd. Einwohner (2050 wird mit 1,6 Mrd. gerechnet) gehören zur prosperierenden Mittelschicht (1 Million sehr Reiche, die meisten Milliardäre in Asien). Das indische *Institute of Technology* rangiert hinter Berkeley, MIT und Stanford an vierter Stelle in der Welt. Das Land produziert 40 Automarken, der TATA-Konzern den billigsten und international konkurrenzfähigen Kleinwagen. Auch im Westen wird das Weltniveau der indischen IT-Branche inzwischen akzeptiert. Nicht wenige Westeuropäer arbeiten in den Software-Hochburgen in Bangalore und Hyderabad. Der indische Aufschwung hat ein junges Gesicht. Viele der jungen Leute (über die Hälfte der Einwohner ist jünger als 25 Jahre) sind stark engagiert, nehmen die gewaltigen Herausforderungen an, betrachten Arbeit als Ehre, die westliche Spaß- und Eventkultur eher distanziert. Sie wollen, dass Indien Weltmacht wird. Noch ist der Abstand zu China groß (BIP 2009 3,53 Billionen US-Dollar, China lt. IWF 8,46 Billionen US-Dollar). Aber in Indien ist man überzeugt, dass das Land in zehn bis fünfzehn Jahren die USA eingeholt haben wird.¹³

Indien hat die Krise besser überstanden, als alle westlichen Länder. Aber sie brachte auch herbe Einbußen. Millionen Arbeitsplätze gingen verloren, der Zustrom ausländischen Kapitals von gut 100 Mrd. US-Dollar pro Jahr schmolz auf rund 10 Mrd. US-Dollar ab, der Kurs der Rupie brach ein, die Neuverschuldung lag durch die aufgelegten Konjunkturprogramme im Haushaltsjahr 2009 bei 6,7 Prozent. Für 2010 wurde jedoch wieder mit einem Wachstum von sieben bis acht Prozent gerechnet und damit, dass Indien unter die „Lokomotiven der Weltwirtschaft“ geraten ist.¹⁴

Russland zurück in der Weltpolitik

Der Westen hat zur Kenntnis zu nehmen, dass Russland unter Putin sich in die Weltpolitik zurückgemeldet hat. Die Zeit der Wirren und des dramatischen Niedergangs der 1990er Jahre, die nicht nur Russland an den Abgrund gebracht hatten, ist vorbei. Der Wechsel im Präsidentenamt 2008 hat nicht zu neuen Turbulenzen geführt, sondern die Kontinuität in der Führung des Landes bestätigt. Das scheint für die Präsidentenwahlen 2012 so zu bleiben. Auch die Krise, die Russland vor gewaltige Probleme stellte und es zurückgeworfen hat,

¹² Neues Deutschland, 4. Januar 2011.

¹³ Vgl. Olaf Ihlau: Weltmacht Indien. Die neue Herausforderung des Westens. München: Siedler Verlag 2006. Ihlau war jahrelang Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung* in Indien.

¹⁴ Michael Krätke: Im Hinterland der Cash-Ökonomie, in: Der Freitag, 1. Juli 2010.

konnte die Grundtendenz hin zu Stabilisierung, Entwicklung und internationaler Wirkung nicht in Frage stellen. Präsident Medwedjew hat bei der Vorstellung der neuen Militärdoktrin am 5. Februar 2010, oder auf dem Lissaboner NATO-Gipfel das gewachsene Selbstbewusstsein Russlands verdeutlichen können.

Russland erwartet vom Westen gleichberechtigten Umgang. Es ist nicht gewillt, weder im Verhältnis mit den USA, noch der NATO oder EU Juniorpartner zu sein. Und es wehrt sich vehement gegen eine Politik der Eindämmung und Einkreisung. „Der bestimmende Faktor im Verhältnis zur NATO bleibt, dass die Pläne zur Verlegung militärischer Infrastrukturen der Allianz an die Grenzen Russlands sowie die Versuche, ihr globale Funktionen zu verordnen, die mit den Normen des Völkerrechts kollidieren, für Russland unannehmbar sind“.¹⁵

Von prinzipieller Bedeutung für die geostrategische Weltlage ist geblieben, dass Russland nach den USA führende Atommacht ist, auch wenn man sich nicht, wie zu Sowjetzeiten, auf einen ruinösen Rüstungswettlauf einlassen will. Das russische Abschreckungspotential ist die entscheidende Barriere für Kriegsabenteurer. Damit haben die Falken in den USA und der NATO zu rechnen. Diese Realität eröffnet Möglichkeiten für Abrüstung in diesem Bereich. Die Bush-Administration hatte diese blockiert und die Arbeit an einem neuen START-Vertrag verhindert. Mehr noch, mit der Aufkündigung des 1972 abgeschlossenen Vertrags über das Verbot der Errichtung eines globalen Raketenabwehrsystems 1999 wollte man den Zugang zu einem straffreien atomaren Erstschlag zurückgewinnen. Mit Obama veränderte sich einiges, auch wenn die Vereinbarung eines neuen START-Abkommens nur sehr schleppend vorankam. Es fällt dem Westen nach wie vor schwer, gleiche Sicherheit zu akzeptieren. Auch die Stationierung von Patriot-Raketen in Polen, Tschechien, nun auch in Rumänien löst in Moskau keine Freude aus. Der russische Generalstabschef Makarow erklärte, dass das in Rumänien geplante System klar gegen Russland gerichtet ist.

Auf dem NATO-Gipfel in Lissabon entstand der Eindruck, als wolle man Russland entgegenkommen. Zeit online vom 20. November 2010 titelte euphorisch: „Zwanzig Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges wollen die NATO und ihr einstiger Gegner Russland erstmals zusammenarbeiten und gemeinsam einen Raketenschirm aufbauen“. Bundeskanzlerin Angela Merkel formulierte vorsichtiger: „Ich glaube, dass die Zusammenarbeit mit Russland ein Meilenstein sein wird... Aus einem ehemaligen militärischen Gegner wird jetzt erkennbar ein Partner“. Zugleich warnte sie vor zu hohen Erwartungen. Es liege noch ein langer Weg vor der NATO, gemeinsam mit Russland mehr Sicherheit zu schaffen. Auch Präsident Medwedjew nannte die Annäherung an die NATO ein „historisches Ereignis“. Russland sei aber nur zur Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr bereit, wenn sie gleichberechtigt ist. Die NATO-Raketenabwehr dürfe nicht das militärische Gleichgewicht in Europa verschieben. „Wir müssen erst einmal sehen, was wir davon halten“. Russland bestehe auf einer „absolut gleichen Teilhabe“.¹⁶

Aber genau die faktische Unleichbehandlung wurde in der Vergangenheit, seit Beginn der Kontakte mit der NATO 1991, im 1997 geschaffenen NATO-Russland-Rat immer wieder zum Stolperstein. In Russland wurde nicht vergessen, wie man das Russland unter Jelzin, das man im Westen für schwach und höchstens am Katzentisch platziert sah, bei dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien über den Tisch ziehen wollte. Mit Russland kann man heute nicht mehr ohne weiteres so umspringen, was man an der Haltung Obamas und auch den Aussagen von NATO-Generalsekretär Rasmussen ablesen kann. Die meisten internationalen Probleme, von der Wirtschaftskrise bis zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, können ohne oder gar gegen Russland nicht gehandelt werden. Und Russland braucht man für Afghanistan. Man möchte Russlands Interesse am Kampf gegen die Taliban, die schon einmal die Südflanke Russlands bedroht hatten, gegen Terroristen und Drogenhandel ausnutzen und einem Scheitern der NATO entgegenwirken, es zumindest bemänteln können.

¹⁵ Aus der Strategie für die nationale Sicherheit der Russischen Föderation (RF) bis 2020, 12. Mai 2009.

¹⁶ www.kremlin.ru, 20. November 2010.

Aber es ist noch nicht klar, ob die russischen Interessen hinsichtlich eines Anti-Raketensystems auch tatsächlich berücksichtigt werden oder die Lissaboner Reden im wesentlichen Rhetorik bleiben.

In der Reihe der antirussischen Aktionen hat der Überfall auf Südossetien besonderes Gewicht. Scholl-Latour hatte formuliert, dass der Zangengriff verstärkt werden sollte; auf alle Fälle sollte Russland in die Schranken gewiesen, sollte demonstriert werden, wer Herr im Kaukasus, in den ehemaligen Sowjetrepubliken ist, sollte der Zugriff auf die reichen Energiequellen gesichert werden. Leitlinien des Vorgehens der USA hatte Zbigniew Brzezinski bereits in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ (1997) beschrieben: Eurasien – Kaukasus, Zentralasien, Türkei, Iran, Afghanistan – ist das Schachbrett, auf dem sich der Kampf um die globale Vorherrschaft abspielt. Für die USA hänge alles davon ab, „ob es dort das Aufkommen einer dominierenden, gegnerischen Macht verhindern kann“.¹⁷ Das ist und bleibt der springende Punkt in der Auseinandersetzung um den Kaukasus und in Zentralasien. Die Provokation im Kaukasus zeigt, dass man in Washington mit großer Sorge die Entwicklung in Zentralasien (80 Prozent der heute bekannten Weltenergieressourcen), die Stärkung der Positionen Russlands, Chinas und Indiens, der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) verfolgt.

Russland wird sich auch künftig vehement gegen ähnliche Aktionen wie im August 2008, gegen dreiste Einmischungen, wie sie insbesondere in Georgien und der Ukraine unternommen wurden, wehren. Es weiß sich der Unterstützung seiner Partner in der SOZ sicher. Das Problem der NATO-Osterweiterung ist nicht vom Tisch, auch wenn unter Obama angesichts der Realitäten der Fuß auf die Bremse gesetzt wurde. Es muss sich erst noch zeigen, wie die USA und die NATO auf die im Kaukasus und in der Ukraine (Regierungsübernahme durch Janukowitsch) erlittenen Schläppen langfristig reagieren werden.

„Was die NATO-Erweiterung betrifft, ist dieses Problem als langfristige Tendenz viel fundamentaler, als einfach die Frage nach Georgien oder der Ukraine. Selbst wenn die Amerikaner Vernunft annehmen und das Tempo der Ausdehnung abbremsen, so gibt es keinerlei Veranlassung zu denken, dass die NATO-Erweiterung begraben wäre. Für die USA ist die NATO-Erweiterung ein Umbau, eine Transformation der Plattform für die militärische Anwesenheit in Zentraleurasien. So oder anders werden sie im Sinne ihrer traditionellen Geopolitik Positionsgewinne suchen. Mit der NATO-Erweiterung sollen die politischen und rechtlichen Grundlagen für das Erlangen dieser Positionsgewinne gelegt werden“.¹⁸

Ein kompliziertes Problem bleibt das Ungleichgewicht bei den konventionellen Waffen in Europa, das sich mit der NATO-Osterweiterung und den Stützpunkten der USA in Bulgarien, Rumänien und im Kosovo weiter zu Ungunsten Russlands verändert hat. Ein Ergebnis des NATO-Gipfels in Lissabon könnte sein, dass zumindest ein Dialog eingeleitet wird.

Präsident Medwedjew brachte in seiner Berliner Rede am 5. Juni 2008 die Überzeugung zum Ausdruck, dass der Atlantismus sich historisch überlebt habe. Blockdenken aus der Vergangenheit habe es der OSZE nicht ermöglicht, eine vollwertige, gemeinsame regionale Struktur zu werden. Er warnte davor, der NATO Zuständigkeiten zuzuordnen, die nur die UNO haben kann. Seine Vorschläge für einen juristisch verbindlichen Vertrag über die Europäische Sicherheit und die Einberufung eines OSZE-Gipfeltreffens zu diesem Zwecke, sowie über ein neues, kooperatives Dreiecksverhältnis zwischen EU, Russland und den USA sollten eine neue Nachdenklichkeit über Wege zu dauerhafter Sicherheit bewirken.

¹⁷ Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt a.M.: Fischer Taschenbuch Verlag 2002, S. 15.

¹⁸ Dies die Einschätzung des USA-Experten Prof. Dr. Bogaturow, Dekan des Moskauer Instituts für Internationale Beziehungen.

Vielleicht kann hier ein gangbarer Weg gefunden werden, um Blockmentalität und Blocklogik aus der Zeit des kalten Krieges Schritt für Schritt zu überwinden. Auf dem OSZE-Gipfel in Astana wurde aber deutlich, wie weit der Weg zu gemeinsamer Sicherheit, zur von Russland angebotenen Interessen- und Wertekoexistenz noch sein wird.

NATO-Osterweiterung, neue Spaltung Europas, faktisch gegen Russland gerichtete Antiraketenpläne, die die Abwehrkapazität eines nuklearen Erstschlags aushöhlern sollen, Vordringen der Allianz gegen Russland in den postsowjetischen Raum zur Absicherung der Energieressourcen sind wahrlich keine Beiträge zu mehr Sicherheit, sind keine vernünftigen Antworten auf die Medwedjew-Vorschläge. Darüber können auch die Beteuerungen der NATO nicht hinwegtäuschen, dass man nicht die Sicherheit Russlands beeinträchtigen, sondern mit Russland zusammenarbeiten wolle. „Und so sieht denn auch Russlands soeben verkündete neue Militärdoktrin aus, die etwa Atomwaffen als mögliche Antwort selbst bei konventionellen Angriffen vorsieht“.¹⁹

Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ)

Internationale Bedeutung, Prinzipien und Hauptfelder der Tätigkeit

Das Entstehen der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit ist Ausdruck gravierender geostrategischer Veränderung, auch wenn vieles in ihrer Charta und den anderen Grundsatzdokumenten Konzipierte noch der Umsetzung harrt. Die Organisation, die – die Beobachterländer einbezogen – fast die Hälfte der Menschheit repräsentiert, hat sich auf den Weg gemacht. Im Unterschied zur GUS, die eher als Instrument zur einigermaßen „zivilisierten Scheidung“ und zur Zerstörung der ehemals hoch integrierten Struktur innerhalb der Sowjetunion entstand, sind die Akteure der SOZ auf Zusammenarbeit aus, weil sie davon ausgehen, auf diese Weise ihre Interessen besser verwirklichen zu können. Das betrifft auch die kleineren Mitgliedsländer, die die Vorzüge der Kooperation innerhalb der SOZ auch für ihr vielseitiges internationales Agieren nutzen können.²⁰

Gründungselement war die historische Friedensregelung an der Grenze. Man weiß sich zugehörig zur dynamischsten Entwicklungszone der Welt. Hier sind die strategischen Ressourcen konzentriert. Die erfolglose Kriegspolitik der Bush-Administration in unmittelbarer Nähe der Teilnehmerstaaten hat die Suche nach Alternativen nur verstärkt. Man lehnt die Anwendung und Androhung von Gewalt ab, versucht, sich nicht auf Konfrontation einzulassen und die Zusammenarbeit mit den USA ausgehend von den strategischen Veränderungen in der Welt und auf gleichberechtigter Grundlage neu zu gestalten (Russische Sicherheitsstrategie, 12. Mai 2009). Man setzt auf Blockfreiheit und Transparenz und ist um Ausgleich und Abstimmung bemüht, schlägt eine Art friedliche Koexistenz der Interessen vor.

Die Organisation soll offen sein, kein Blockbündnis. Eine Beistandsklausel ist weder in der Charta noch in den zwischen den Mitgliedsstaaten abgeschlossenen Freundschaftsverträgen enthalten. Man will Pluralismus in den internationalen Beziehungen, weil man überzeugt ist, dass sich die verändernde Welt objektiv multilateral gestaltet und dass hegemoniales Streben einer Supermacht Gefahr und Destabilisierung mit sich bringt, was der Entwicklung der Mitgliedsländer abträglich ist und den Konflikt der Zivilisationen provozieren kann.

¹⁹ Olaf Standke in: Neues Deutschland, 11. Februar 2010.

²⁰ So z.B. T. K. Makejev, nationaler Koordinator Kirgistans, auf einer Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau am 11. Dezember 2007.

Die SOZ ist ein Projekt, hegemonialem Streben entgegenstehen soll. Sie versteht sich als Alternative dazu. Sie will eine andere Welt, sie will „zur Errichtung einer neuen demokratischen, gerechten und rationalen politischen und wirtschaftlichen Weltordnung beitragen“, wie es in der Charta steht. Dementsprechend wurden die Prinzipien formuliert, von denen man sich leiten lassen will: „Gegenseitige Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Integrität der Staaten und Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenzen, Nichtangriff, Nichtanwendung oder Androhung von Gewalt in internationalen Beziehungen, Verzicht auf einseitige militärische Vormachtstellung in den Grenzgebieten.“ Das wird in der SOZ auch als „Schanghaier Geist“ bezeichnet, und man spricht von einem neuen Modell der internationalen Beziehungen, das auf die Erhaltung des Friedens, die Stärkung der Sicherheit und des Vertrauens in der Region gerichtet ist.

Die SOZ wendet sich gegen den Export gesellschaftlicher Modelle und eine Politik der doppelten Maßstäbe. Einmischung in die inneren Angelegenheiten wird grundsätzlich abgelehnt, auch wenn diese unter dem Vorwand einer „humanitären Intervention“ oder „der Verteidigung von Menschenrechten“ erfolgt. Die Mitglieder der SOZ haben sich verpflichtet, sich nicht an Bündnissen und Vereinigungen zu beteiligen, die der Souveränität, Sicherheit und staatlichen Integrität ihrer Länder Schaden zufügen können. Sie gestatten nicht, dass ihr Territorium genutzt wird, um die Souveränität, Sicherheit und territoriale Integrität der anderen Mitgliedsländer zu beschädigen. Sie werden auf ihren Territorien die Tätigkeit von Organisationen oder Gruppierungen unterbinden, die den Interessen der Mitgliedsländer Schaden zufügen können.

Die SOZ setzt sich für die Stärkung der Rolle der UNO und des Völkerrechts ein. Ihre Mitglieder sind bestrebt, gemeinsame Standpunkte zu internationalen Fragen zu finden, darunter auch in internationalen Organisationen und auf internationalen Foren. Sie fordert die Ausarbeitung einer neuen Sicherheitskonzeption, die auf gegenseitigem Vertrauen, gegenseitigem Vorteil, Gleichberechtigung und Zusammenarbeit basiert.

Die Teilnehmerstaaten der SOZ unterstützen die Initiative Usbekistans zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Zentralasien.

Ein Hauptfeld der Zusammenarbeit ist der Kampf gegen den Terrorismus, Separatismus und Extremismus. Diese „drei Grundübel“ setzen allen Staaten in der Region zu, und die SOZ ist um effektives Zusammenwirken bei ihrer Bekämpfung bemüht. Es wird unterstrichen, dass die SOZ schon vor dem 11. September eine Definition des Terrorismus formuliert hat (was vom Westen, so im Europarat, bisher stets abgelehnt wurde) und auf dem Juni-Gipfel 2001 die Schaffung einer regionalen Antiterror-Struktur beschlossen hat. Seit 2001 werden jährlich im Rahmen der Terrorismusbekämpfung gemeinsame Militärmanöver durchgeführt, die die Kampfkraft der beteiligten Verbände als flexible Eingreiftruppe belegt haben.

Eingesetzt wurde eine Afghanistan-Kontaktgruppe. In der SOZ ist Konsens, dass das Afghanistanproblem militärisch nicht zu lösen ist, gefordert wird Dialog, Selbstbestimmung und eine nachhaltige wirtschaftliche Rekonstruktion des Landes, worauf ausländisches Engagement zu konzentrieren ist.

- Mitglieder der SOZ sind China, Russland, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan.
- Einen Beobachterstatus haben Indien, Pakistan, Iran und die Mongolei.
- Dialogpartner sind Afghanistan, die ASEAN, die GUS, Belarus und Sri Lanka.
- Turkmenistan und Nepal haben offiziell Interesse an Zusammenarbeit geäußert.
- Es entwickelt sich die Zusammenarbeit zwischen SOZ und BRIC-Format.

Das Verhältnis zwischen Russland und China, ihre Beziehungen zu Indien – Hauptfaktoren der SOZ

Die asiatische Region birgt in sich zugleich unterschiedliche Interessenlagen und ein gewaltiges Konfliktpotential. Wird China den Riesenspagat zwischen Marktwirtschaft und sozialem/sozialistischem Anspruch auf Dauer aushalten? Wird die politische Demokratisierung Chinas unter Leitung und Kontrolle der KP nachhaltig gelingen? Wird China beim möglichen Aufstieg zur Supermacht auch weiterhin den Ausgleich suchen, oder als „Reich der Mitte“ andere Töne anschlagen? Werden Indien und China die Bevölkerungsexplosion in den Griff bekommen? Wird eine dauerhafte strategische Triangelbeziehung zwischen China, Indien und Russland Realität werden können, von der Rajiv Gandhi²¹ in seinem letzten Jahr geträumt hatte, als schon klar wurde, dass die Sowjetunion sich nicht mehr halten würde? Wie kann die hochbrisante Lage in und um Zentralasien und Afghanistan entschärft, können tragfähige Konflikt- und Problemlösungen gefunden und somit dem internationalen Terrorismus der Nähr- und Wirkboden entzogen werden?

Sorge bereitet Moskau die Lage im asiatischen Teil Russlands. Hier waren die katastrophalen Auswirkungen des Zusammenbruchs der Sowjetunion besonders drastisch spürbar, hier ist von der Stabilisierung und dem Aufschwung, die mit der Präsidentschaft Putins eingeleitet wurden, am wenigsten angekommen. Der riesige asiatische Raum Russlands ist bekanntlich äußerst dünn besiedelt. Im Fernen Osten leben lediglich vier Mio. Einwohner, im chinesischen Gegenüber 200 Mio. Der chinesische Markt boomt dort, platzt aus allen Nähten. Harte Winter haben den russischen Teil des Fernen Ostens fast zum Kollabieren gebracht, alle Schwächen des Niedergangs in Wirtschaft und sozialer Lebenssphäre in den 1990er Jahren offenbart. Gedankenspiele, Russland den Osten abzuzeigen, wie sie nicht nur von Brzesinski angestellt wurden, sind nicht ad acta gelegt.

Zwischen den Hauptakteuren in Asien hat sich ein gewaltiges Spannungsfeld von Rivalität und Zusammenarbeit entwickelt. Die Gefahr für Russland ist groß, dem nicht gewachsen zu sein. Aber es bietet auch Raum zum Manövrieren. Der Kreml hat in den letzten Jahren viel Kraft darauf verwandt, den gegebenen Spielraum nüchtern auszuloten und auszuschöpfen. Und Russland hat dafür einiges Interessante zu bieten, vor allem die riesigen Energiere Ressourcen und andere natürliche Reichtümer. Aber auch die Qualität wissenschaftlich-technischer Hochleistungen sowie der gewaltige, fast menschenleere, potente Siedlungs- und Investitionsraum sind attraktiv.

Das kommt besonders in den Beziehungen mit **China** zur Geltung, denen in Moskau ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wenn auch vieles im Verhältnis für die Zukunft unbestimmt bleibt, so fällt doch die Zielstrebigkeit auf, mit der beide Seiten ihre Beziehungen in dem vergangenen Jahrzehnt ausgestaltet haben. Die neue Qualität unter Putin bestand darin, dass die chinesischen Pragmatiker einen ähnlich pragmatischen Gesinnten vorfanden, der ebenso wie sie berechenbar und konsequent die Interessen des eigenen Landes vertritt und wohlwollend die Beziehungen ausgestalten will, ohne dass Probleme unter den Teppich gekehrt werden. Der Besuch des neuen russischen Präsidenten Medwedjew unmittelbar nach Amtsübernahme signalisierte Kontinuität. 2010 kam es zu vier Gipfeltreffen.

Die Übereinstimmung bzw. Parallelität der Interessen ist beeindruckend:

In Moskau kann man sich darauf stützen, dass die Pekinger Führung ein stabiles Russland an seiner Nordgrenze haben möchte. Mit dem Blick auf die Bewahrung der eigenen staatlichen

²¹ Rajiv Gandhi, Sohn von Indira Gandhi, der langjährigen Premierministerin Indiens (1966-1977, 1980-1984, 1984 ermordet) und Enkel von Jawaharlal Nehru (Premierminister Indiens 1947-1964) war 1984-1989 indischer Premierminister und wurde 1991 ermordet.

Einheit und Stabilität verfolgte man die wachsenden Probleme Russlands unter Jelzin mit großer Besorgnis

Die Interessenübereinstimmung kommt in der gewachsenen Dynamik der Wirtschaftsbeziehungen zum Ausdruck. „Lange war Deutschland Russlands wichtigster Handelspartner, inzwischen hat China die Nase vorn. Das Volumen des Handelsaustausches stieg im ersten Halbjahr (2010) um 56 Prozent im Vergleich zu 2009 und liegt damit sogar leicht über dem Vorkrisenniveau“.²² Bei dem Wirtschaftsboom ist für China ein Riesenproblem entstanden – die eigenen Energieressourcen reichen bei weitem nicht mehr, China ist in wachsendem Maße auf den Import von Energieträgern angewiesen. Was liegt da näher als der russische Osten mit seinen immensen Ressourcen. Beim Besuch des russischen Präsidenten Ende September 2010 wurde die symbolische Eröffnung des nach China führenden Abzweigs einer Pipeline von Ostsibirien zum Pazifik (Anbindung auch an Japan) vorgenommen.²³ Seit 1. Januar 2011 fließt das Erdöl. „Gazprom“ vereinbarte während des Gipfeltreffens die Erweiterung der Gaslieferungen. Neue Vereinbarungen wurden getroffen über die Zusammenarbeit in den Kohle- und Nuklearbereichen. Großen Raum hat in den Verhandlungen die Kooperation im Umweltbereich eingenommen. Beide Länder unternehmen auf diesem Gebiet außerordentliche Anstrengungen.

Die Entwicklung der Wirtschaftszusammenarbeit beinhaltet die Gründung gemeinsamer Unternehmen, die Schaffung gemeinsamer Wirtschaftssondergebiete, Projekte in der Landwirtschaft und im Transportwesen, chinesische Handelshäuser in verschiedenen russischen Städten sowie die Teilnahme an multilateralen Projekten in Ost- und Nordostasien und in Zentralasien. Der russische Beitritt zum Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsforum fand die Unterstützung Pekings.

Der „kleine Grenzhandel“ hat ein beträchtliches Ausmaß angenommen. Erzeugnisse der chinesischen Leicht- und Lebensmittelindustrie spielen eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen im Fernen Osten und in Russland insgesamt. Der riesige chinesische Markt nimmt russische Waren auf, die auf anderen Märkten nur schwer Absatz finden, und das stabil in großen Mengen. Von großer Bedeutung für beide Seiten ist die wachsende wissenschaftlich-technische Kooperation von Maschinenbau bis Raumfahrt.

Eine zentrale Frage in der Annäherung betrifft den militärischen Sektor, für Russland eine wichtige Valutaquelle, für China sicherer Zugang zu moderner und wenig stör anfälliger Technik und zu wissenschaftlichem Know-how. Dies ist aber auch zweischneidig für Russland. Zum einen sind bei den erreichten Ausmaßen Nachbarländer (u.a. Japan) beunruhigt, mit denen Russland ebenfalls die Beziehungen dauerhaft ausbauen will. Zum anderen ist zu bedenken, dass angesichts der wissenschaftlich-technischen Potenzen Chinas, die rasch anwachsen, der Vorsprung und damit das Interesse nicht verloren gehen. Ähnliches gilt für die Raumfahrttechnik und andere Hightech-Bereiche, für die natürlich auch westliche Konkurrenten ebenso wie bei der Militärtechnik um den Zuschlag kämpfen.

Ein wichtiger Stabilisator der Beziehungen war die einvernehmliche Regelung des Grenzverlaufs und des Grenzregimes, was zu Sowjetzeiten nicht möglich war. Eine strategisch neue Lage ist entstanden. Die etwa 4.300 km lange Grenze bedeutete – als gute Nachbarschaft fehlte – einen immensen Aufwand für ein zuverlässiges Grenzregime, die Konzentration von Streitkräften. Der Wegfall dieser Belastungen hat für Russland beträchtliche Erleichterungen gebracht. Unlängst hat Russland mit der Übergabe einiger weiterer Inseln den unbedingten Willen zu Entgegenkommen und nachhaltigen freundschaftlichen Beziehungen demonstriert.

Aus Moskauer Sicht hat die Abwehr separatistischer Gefahren erste Priorität. Russland kommt entgegen, dass China durch eigene separatistische Probleme in Tibet, im Nordosten

²² Irina Wolkowa in: Neues Deutschland, 27. September 2010.

²³ Nesawissimaja Gaset, 28. September 2010.

und durch die Taiwan-Frage sicher für lange Zeit an der Kooperation mit Russland interessiert ist und es auch künftig international unterstützen wird (auch das Vorgehen in Tschetschenien). In Moskau weiß man zu schätzen, dass China die russischen Bemühungen, seine staatliche Einheit und territoriale Integrität zu sichern und den Staat zu stärken, begrüßt, in Peking, dass Russland mit Jelzin-Ukas von 1992 sich verpflichtet hat, keine offiziellen Beziehungen mit Taiwan herzustellen und China in der so genannten Menschenrechtsfrage zur Seite steht.

Russland und China treten nachdrücklich für eine multipolare Welt ein und fördern die Kooperation mit Indien. Sie weisen die hegemonialen Ansprüche der USA zurück. Sie wenden sich konsequent gegen die USA-Pläne zur Schaffung eines neuen Anti-Raketen-Systems. Die russische Verurteilung der NATO-Osterweiterung wird mitgetragen, gemeinsam engagierte man sich gegen den NATO-Krieg in Jugoslawien und die damit verbundene Verletzung des Völkerrechts und der UNO-Charta, gegen den Krieg der USA im Irak und in Afghanistan. Beide Seiten wollen die Stärkung der UNO und in jedem Fall die Beibehaltung des Veto-Rechts im Sicherheitsrat. Das russische Streben nach Akzeptanz seines Status als eine Weltmacht seitens der westlichen Länder erfährt durch das chinesische Agieren Auftrieb. Die Partnerschaft erhöht das Gewicht Russlands gegenüber Japan und den USA, aber auch in Europa.

Die heutige gegenseitige Interessenlage ist für einen überschaubaren Zeitraum eine solide Grundlage, die eine weitere Ausgestaltung der Beziehungen möglich macht. Beide Partner wollen das.

Aber es gibt auch eine andere Seite: teilweise gravierende Unterschiedlichkeiten und anders geartete Interessenlagen, wodurch Probleme, gar Konfliktsituationen gegeben sind oder entstehen können. Allein ein Blick auf die geografische und demografische Situation vermittelt eine ungefähre Vorstellung davon. Auf der einen Seite rasanter Wirtschaftsaufschwung mit Zuwachsraten, die dem Westen Furcht einflößen, auf der anderen hat man zwar den freien Fall in Zerstörung und Chaos gestoppt und erste Anzeichen für eine Stabilisierung erreicht. Aber die Entwicklungsschere, selbst bei optimistischer Prognose, wird noch längere Zeit weiter auseinander gehen.

Wird es auch künftig gelingen, das gewaltige demographische Übergewicht Chinas in dieser Region unter Kontrolle zu behalten? Unter der russischen Bevölkerung gibt es im Prinzip Verständnis dafür, dass gute Beziehungen mit China für Russland lebensnotwendig sind. Aber der Alltag ist komplizierter. Alte, tief sitzende Ressentiments kommen immer wieder zum Vorschein und vergällen die Atmosphäre. Regionalpolitiker, auch hohe Militärs waren und sind versucht, dies aus sehr unterschiedlichen Motiven heraus zu instrumentalisieren. Das wurde unter Putin schwieriger, aber das Problem bleibt ernst. Diese Stimmung klang auch in einigen russischen Beiträgen auf einer Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Dezember 2007 in Moskau an: Man müsse bedenken, dass China die SOZ nur benutzen wolle, um in Zentralasien zu dominieren und Russland herauszudrängen. China arbeite mit Dumping-Krediten (zwei Prozent), kaufe turkmenisches Erdgas zu Dumpingpreisen. China habe in Zentralasien mehr Projekte als Russland. Dem wurde pragmatisch entgegnet, dass Peking das auch ohne die Organisation haben könne, und dass es allemal klüger wäre, innerhalb der Organisation zum Interessenausgleich zu kommen als ohne sie.

Chinas Interessen leiten sich vor allem aus asiatisch-pazifischen Gegebenheiten ab. Russland dagegen ist ebenfalls ein asiatisches Land, aber vor allem in Europa verankert. Es hat sich sehr stark mit den transatlantischen Dimensionen auseinanderzusetzen. Die konsequente Befolgung eines realpolitischen, pragmatischen Kurses gegenüber der NATO, zur EU und zu Deutschland wird auch künftig einen besonderen Stellenwert haben und nicht unerhebliche Potenzen von der asiatischen Dimension abziehen.

Doch auch in Asien bestehen unterschiedliche Interessen. Natürlich ist Peking nicht entgangen, dass Russland gute Beziehungen zu Japan nicht nur zur Stärkung Russlands, zum

Ausbau des wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potentials, vor allem im Fernen Osten braucht, sondern auch zum Ausbalancieren des Schwergewichts China.

Wird die Interessenübereinstimmung auch künftig so stark sein, dass vielleicht sogar ein visionäres Jahrhundertprojekt einer gemeinsamen, friedlichen Nutzung des riesigen, jetzt fast menschenleeren ostsibirischen Raumes verwirklicht werden kann, die Ansiedlung einer großen Zahl chinesischer Bürger eingeschlossen?

Die Beziehungen Russlands zu **Indien**, die in beiden Ländern auf traditionell freundschaftlichem Wohlwollen fußen, sind das zweite Standbein russischer Asienpolitik. Indien, das einmal wichtigster Partner der Sowjetunion in Asien war, hatte nach deren Zerfall beträchtliche Mühe, die erforderliche Kurskorrektur zu vollziehen. Mit dem Russland unter Jelzin kam es zu einem sehr ambivalenten, störungsanfälligen Verhältnis. Beide Seiten konzentrierten sich in den neunziger Jahren vor allem auf den Abbau der „Erblasten“ und die strapaziöse Verrechnung von Verbindlichkeiten, die insbesondere Russland geltend machte. Und das waren keine „Peanuts“.

Unter Putin wurde eine neue Seite im russisch-indischen Verhältnis aufgeschlagen. Das Abkommen über strategische Partnerschaft reflektiert nationale Interessen als pragmatische Reaktion auf Globalisierung und wachsenden Wettbewerb in wirtschaftlichen, technologischen und wissenschaftlichen Sphären, aber auch im militärischen Bereich. Das Abkommen ist auf gemeinsame Interessen in Zentralasien gerichtet. Putin sieht in Indien einen Mitstreiter im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und Fundamentalismus und betont die russische Anerkennung der Line of Control in Kaschmir. Beide Seiten gehen davon aus, dass die Intensivierung der russisch-indischen Beziehungen weder die wachsende Annäherung zwischen Indien und den USA noch die Arbeitskontakte zwischen Moskau und Islamabad, die den Wandel der russischen Politik gegenüber Südasien insgesamt verdeutlichen, beeinträchtigen. Zugleich sind sich beide Länder einig gegen eine unilaterale, für eine multipolare Weltordnung. Übereinstimmung besteht in der Ablehnung der NATO-Kriege und der Verletzung von Völkerrecht und UN-Charta. Russland unterstützt Indiens Wunsch, ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates zu werden. Das wurde beim Besuch von Präsident Medwedjew im Dezember 2010 bekräftigt.²⁴

Es werden Gemeinschaftsunternehmen in den Bereichen Informatik, Mikroelektronik, Wasserkohlenstoff- und Erdölerkundung, Thermalenergie, Metallurgie, Pharmazie und Biotechnologie geschaffen.

In Indien spricht man von einer besonderen strategischen Partnerschaft mit Russland, was natürlich nicht heißt, dass die Möglichkeiten für die Entwicklung der Beziehungen mit den USA nicht genutzt werden (siehe Bush-Besuch). Gute Beziehungen mit Russland und China ermöglichen, selbstbewusster gegenüber dem Westen aufzutreten und bessere Konditionen auszuhandeln.

Der russische Premier Primakow hatte bereits im Dezember 1998 bei seinem Indienbesuch mit dem Vorschlag zur Ausgestaltung eines strategischen **Triangels Russland-Indien-China** für Schlagzeilen gesorgt. Viele hielten das damals für eine Illusion. Seine indischen Partner reagierten sehr zurückhaltend, obwohl eine solche Idee in Indien auch schon Befürworter gefunden hatte (Rajiv Gandhi 1990, beide KP u.a.). Seitdem hat sich im gegenseitigen Verhältnis der drei Großmächte viel getan. Man kann durchaus von einer neuen Qualität sprechen. Das kam auch während des Treffens der Außenminister am 27. Oktober 2009 in Bangalore zum Ausdruck. Es war bereits die neunte Beratungsrunde zu trilateralen, regionalen und globalen Fragen im „RIC“-Format.

²⁴ www.kremlin.ru, 21. Dezember 2010.

Von großer Bedeutung ist die Annäherung zwischen **Indien und China**. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich diese Entwicklung verstetigt und von beiden Seiten gewollt ist. Der rasante Wirtschaftsaufschwung der bevölkerungsreichsten Länder der Welt soll nicht mehr Anlass für Argwohn, sondern gemeinsame Plattform für die Bewältigung der globalen Herausforderungen sein. Die Zeit der gewaltgeladenen Rivalität soll der Vergangenheit angehören. Der Besuch des chinesischen Premierminister Wen Jiabao in Indien im März 2005 brachte all dies zum Ausdruck und entwarf ein gewaltiges Zukunftsprogramm.²⁵

Die Flexibilität, die beide Verhandlungsdelegationen zur Lösung der Grenzstreitigkeiten an den Tag legten, ist ein signifikanter Schritt. 1962 waren diese Anlass zu einem blutigen Krieg zwischen beiden Ländern, der für Indien mit einer schmachvollen Niederlage endete. Lange Jahre danach noch versuchten Politiker und Diplomaten beider Seiten in der ganzen Welt die Schuld des anderen unter Beweis zu stellen. Die chinesische Unterstützung Islamabad im indisch-pakistanischen Krieg 1971 verschärfte die Spannungen, ebenso die Rolle, die China im pakistanischen Kernwaffenprogramm spielte. Andererseits hat die indische Unterstützung für die tibetanische separatistische Bewegung stets für Zündstoff gesorgt.

Den im März 2005 in New Delhi getroffenen Vereinbarungen kann entnommen werden, dass Indien nicht mehr gegen die Kontrolle Chinas über Tibet opponieren wird. Im Gegenzug wird China Indiens Anspruch auf Sikkim stillschweigend akzeptieren. Das bedeutet nicht, dass Differenzen hinsichtlich der Grenze nicht fortbestehen würden. Indien beansprucht nach wie vor den von China kontrollierten Teil im Norden von Kashmir, den Pakistan an China abgetreten hatte. Ebenso die Aksai Chin Region. China ficht das Recht Indiens auf Arunachal Pradesh an. Auch die Aktivitäten des Dalai Lama von seinem indischen Exil aus bereiten Probleme. Mit spektakulären Durchbrüchen wird nicht zu rechnen sein. Das brachte auch der Besuch des indischen Premierministers Mitte Januar 2008 zum Ausdruck. Aber man vereinbarte erneut, die Anstrengungen beharrlich fortzusetzen, um Schritt für Schritt pragmatische Lösungen zu finden.

Indien weiß sehr wohl die chinesische Unterstützung für seinen Anspruch auf einen ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat zu schätzen. Für das neue Verhältnis sind kompatible Interessen in Wirtschaft und Wissenschaft entscheidend, obwohl der Außenhandel 2004 lediglich 13 Mrd. US-Dollar betrug, ein Prozent des chinesischen Welthandels und neun Prozent des indischen. Aber auch hier gibt es eine dynamische Entwicklung. 2007 wurden bereits die Ziele für 2010 erreicht: 40 Mrd. US-Dollar, mit Premier Singh wurden neue Ziele vereinbart, 60 Mrd. US-Dollar bis 2010. Die Kooperation im Hightech-Bereich soll zielstrebig ausgebaut werden. Obwohl sich beide Länder gleichermaßen in aller Welt um Energiezulieferungen bemühen, haben sie sich auch auf diesem strategischen Gebiet im Prinzip zur Zusammenarbeit verständigen können.

Resümee

Linke im Westen sollten sich auf den aufstrebenden Osten einstellen, genau hinschauen und zuhören, sich Vorurteilen in den Weg stellen, den Dialog suchen. Viele identische oder ähnliche Positionen werden sich finden, vornehmlich auf internationalem Gebiet: Gewaltfreiheit und Ablehnung von Kriegen, bedingungslose Respektierung des Völkerrechts und des Primats der UNO, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und Unverletzlichkeit der territorialen Integrität, Ablehnung hegemonialer Bestrebungen, und Blockbildungen, also auch der NATO, Eintreten für eine demokratische, pluralistische

²⁵ Vgl. Hindustan Times, 12. April 2005; Far Eastern Economic Review, April 2005.

Weltordnung, in der Armut und Hunger und damit Wurzeln für Terror wirkungsvoll bekämpft werden.

Dies sollte im Vordergrund stehen und nicht Unterschiedliches, selbst wenn es um solch substantielle Streitfragen, wie politische Menschenrechte, staatliche Dominanz, Machtpolitik, Demokratiedefizite geht. Linke sollten hier nicht auf scheinheilige ideologisierende Gefechte, doppelte Standards, und Einmischungsbestrebungen westlicher Politiker und Medien hereinfallen.

Die Entwicklung im Osten ist sicher nicht per se als links zu verorten. Auch ist eine nachholende kapitalistische Entwicklung, oder Kapitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft nicht zu übersehen. Aber eine vereinfachte Gleichsetzung mit dem westlichen Imperialismus als Imperialismen chinesischer, russischer, indischer oder brasilianischer Couleur, die Multipolarisierung der Welt nur als Konkurrenzverhältnis imperialistischer Akteure zu betrachten, scheint fraglich.

Der Osten, die BRIC-Staaten formieren sich ausgehend von ihren nationalen Interessen, ihrer wachsenden, vor allem wirtschaftlichen und internationalen Potenz, ausgehend von den Erfahrungen und Ergebnissen des Zusammenbruchs der Sowjetunion und des Warschauer Pakts und der Nachwendeentwicklungen objektiv als Gegenkraft zum Westen und seinem Vormachtstreben. Dass man diese Entwicklung im Westen verhindern möchte, liegt auf der Hand.

Die Versuchung ist groß, sich mit allen Mitteln, auch militärischen, gegen die Veränderungen in der Welt zu stemmen. Die Verknappung entscheidender Ressourcen in der Welt, die ja vor allem im Osten vorkommen, verschärft das noch.

Die BRIC-Staaten aber sind bemüht, einem Abgleiten in Konfrontation, Schlagabtausch und Wettrüsten auszuweichen und ihre Angebote für Dialog und Zusammenarbeit in den Vordergrund zu stellen (u.a. russischer Vorschlag für eine neue europäische Sicherheitsstruktur, Abrüstungsinitiativen, Befürwortung von kernwaffenfreien Zonen in Zentralasien und im Nahen Osten). Aber ein Zurückweichen wird es wohl auch nicht mehr geben. Sicherheit und Fortschritt werden nicht gegen den Osten erreicht werden können. Nur mit China, Indien und Russland werden Gewalt- und Hegemoniestreben, konfrontative Politik neutralisiert und eine Politik des Interessenausgleichs ermöglicht.

Die Ostmächte sind aufgrund ihrer objektiven Interessenlage ein starkes Antikriegsbollwerk, die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) hatte es fertig gebracht, die komplizierten Konflikte an der über 7.000 km langen Grenze ihrer Mitgliedsstaaten einvernehmlich zu lösen. Diese hatten bekanntlich in der Vergangenheit, auch zu Zeiten der Sowjetunion, immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen geführt. China und Indien haben sich verständigt, mit Dialog und gegenseitigem Ausgleich eine Lösung ihrer Grenzprobleme, die im Oktober/November 1962 ebenso zu einem blutigen Krieg geführt hatten, zu finden.

Die Staaten der SOZ haben die Kriege gegen Jugoslawien und den Irak scharf verurteilt und wollen, dass das Afghanistan-Problem vorrangig mit anderen Mitteln als mit militärischer Gewalt angegangen wird. Entsprechende hochrangige Aktivitäten wurden unternommen.

Nicht übersehen werden darf, dass die deutlich gewachsene Präsenz Chinas, Russlands und auch Indiens in Afrika und in Lateinamerika, die enge Zusammenarbeit mit dessen linken Regierungen, die, selbstverständlich, in erster Linie eigenen Interessen dienen, zugleich aber den Handlungsspielraum der betroffenen Regierungen kräftig erweitern.

Auch im Umweltbereich hat der Osten inzwischen einiges zu bieten, China, Indien, aber auch Russland. In den USA, in der EU fürchtet man nun die chinesische Konkurrenz auf dem Markt alternativer Energiemaschinen, China investiert auf diesem Gebiet doppelt so viel, wie die USA, die um Nachholprogramme bemüht sind.

Aber nicht nur internationale Herausforderungen und Außenpolitik sind zu bedenken, wenn der Osten betrachtet wird. Auch im Inneren laufen Prozesse ab, die anders ablaufen als nach westlichem Muster. Eine ledigliche Wiederholung westlicher kapitalistischer Entwicklung, zumal diese offensichtlich in ihrer schwersten Krise steckt, ist nicht machbar. Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers sah man wohl zu recht keine andere Chance, als sich der Weltwirtschaft und der Marktwirtschaft zu öffnen. China war diesen Weg bekanntlich bereits wesentlich früher gegangen.

Im Westen tut man sich nach wie vor schwer die Realität zu akzeptieren, dass Russland eigene Wege geht. Russland folgt eigenen Interessen und Traditionen. Dies zuzugestehen forderten Gerhard Schröder und Egon Bahr in einer Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik mit dem Altkanzler am 17. Januar 2007. Aber das möchte man im Westen eigentlich nicht und verfällt immer wieder in ideologische Attacken, Rituale und Praktiken des Kalten Krieges. Russland hat sich konsolidiert. Der „große Sprung“ in die Marktwirtschaft und das Überstülpen westlicher Modelle gingen in Russland gründlich daneben, was auch in einer Studie der US-amerikanischen, konservativen Carnegie-Stiftung vom Juli 2000 festgestellt wurde. Der Transformationsprozess in Russland verläuft nicht so, wie man es sich im Westen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion vorgestellt hatte. Es haben sich Formen der Marktwirtschaft entwickelt, die auch bestimmte Elemente aus der Vergangenheit hervorgegangener Eigentumsverhältnisse und zentralistischer Leitungsstrukturen aufweisen. Derartige Abweichungen von der im Westen vorherrschenden Orthodoxie sind nicht nur das gute Recht Russlands; es wird ihm aufgrund seiner politisch-ökonomischen Geschichte, der realen Lage und der alltagskulturell entsprechend geprägten Lebensweise auch gar nichts anderes übrig bleiben.

Der staatsregulierende Kurs des Kreml, der dem Neoliberalismus des Westens entgegensteht, wurde gegen den Willen der Oligarchen und der „Prowestler“, die schon bei den Duma-Wahlen 1999 die Fünf-Prozent-Hürde nicht genommen hatten, durchgesetzt. Die heutigen russischen Machteliten akzeptieren die Marktwirtschaft, sind aber zugleich der Auffassung, dass die entscheidenden Entwicklungsstränge in der Hand des Staates bleiben, vom Staat gesteuert werden müssen. Und viele der Staatskonzerne, bzw. vom Staat regulierten Wirtschaftsstrukturen weisen eine höhere Effizienz als renommierte westliche privatkapitalistische Unternehmen auf und haben sich in der Krise behauptet.²⁶ Das stellt für die Privatisierungsfetischisten im Westen die Herausforderung dar. Dies und die beharrliche Einforderung der Eigenständigkeit sind der eigentliche Dorn im Auge der Neoliberalen, zumal man sich im Kreml in einer Reihe mit China, Indien und Lateinamerika sieht.

Dieser Kurs hat das Land stabilisiert. Russland hat die territoriale Ausdehnung, die natürlichen Reichtümer, die qualifizierten und in den zwei Systemen erfahrenen Bürger, um eigene Wege zu gehen, eigenen Werten zu folgen (Medwedjew in der Jahresbotschaft vor dem Parlament am 5. November 2008). Russland will als Großmacht und Partner auf Augenhöhe, nicht mehr als Objekt, sondern gleichberechtigtes Subjekt der internationalen Beziehungen anerkannt werden, das eigene Interessen durchzusetzen vermag. Auch Indien und Brasilien vertrauen auf staatsregulierende Konzepte.

Nicht unterschätzt werden sollten auch die Erfahrungen im anti-imperialistischen Befreiungskampf. Die Erfahrungen mit dem Kolonialismus und dem Rassismus des Westens, die von diesem zugefügten Zerstörungen und Demütigungen, der Volkskampf dagegen bleiben sicher noch für eine lange Zeit identitätsstiftend. In Indien hat die Bourgeoisie den antikolonialistischen Befreiungskampf unterstützt und den unabhängigen Kurs der indischen Regierungen gegen westliche Dominanzbestrebungen und Arroganz, für Blockfreiheit mitgetragen.

²⁶ Siehe Handelsblatt vom 31. Mai 2010.

Die Feierlichkeiten in Russland und anderen GUS-Staaten zum 65. Jahrestag des Sieges über den Faschismus belegen, welchen hohen Stellenwert diese welthistorische Leistung in der Werteskala behalten hat. In einer sehr emotionalen Rede hatte Präsident Medwedjew gefordert, dass die heutige Generation und die künftigen sich dieser Großtat würdig erweisen, wenn es nun um die Modernisierung des Landes geht.

Die Linken haben eine hohe Verantwortung dafür, dass sich das Wissen um all diese Zusammenhänge verbreitet, dass die Agitation gegen den Osten nicht unwidersprochen bleibt.

III.

Wohin geht Lateinamerika im XXI. Jahrhundert?

Gesellschaftlicher Fortschritt und die Positionierung der Linken

Der Kontinent ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts an einen kritischen Punkt seiner Entwicklung gelangt. Wie die mexikanische Ökonomin und Politikwissenschaftlerin Ana Esther Ceceña einschätzt, sind in der Auseinandersetzung in Lateinamerika seitens der herrschenden Kreise „weitere Episoden offener Gewalt mit zunehmender Brutalität zu erwarten, gleichzeitig jedoch ergeben sich neue innovative Momente, die Wege zu alternativen Lösungen eröffnen“. Ana Esther spricht vom Vorhandensein unterschiedlicher simultaner Prozesse, „die in ihrer Gesamtheit den Weg für eine Reihe zivilisatorischer Veränderungen eröffnen.“¹ Den Volksbewegungen und emanzipatorischen Kräften ist es gelungen, den Neoliberalismus zu delegitimieren. Er ist aber weiterhin Grundprinzip der Wirtschaftspolitik in den meisten Staaten, wird durch die weltwirtschaftlichen Einbindungen Lateinamerika immer wieder aufgezwungen, sein Erbe belastet die weitere soziale und ökonomische Entwicklung.

Die Beziehungen zwischen den lateinamerikanischen Ländern und ihre Beziehungen zu nicht-lateinamerikanischen Ländern haben einen anderen Charakter angenommen. In den Vordergrund ist das Streben nach nationaler Unabhängigkeit und Ablehnung ausländischer Dominanz gerückt. Die Entwicklung in Lateinamerika ist in weltweite Veränderungen eingebunden und beeinflusst ihrerseits internationale Kräfteverhältnisse.

Charakteristik der neuen politischen Akteure

In Lateinamerika wird davon ausgegangen, dass mit Beginn der 1980er Jahre neue politische Akteure auf der politischen Bühne erschienen, die nicht durch traditionelle Parteien repräsentiert werden. Es handelt sich um autonome Organisationen politisch-sozialen Charakters, die die kollektive Vertretung von Interessen und die Abwehr von Entwicklungen, die der Gemeinschaft zuwiderlaufen, auf den verschiedensten Gebieten zum Ziel haben. Sie kämpfen sowohl für die Verbesserung der unmittelbaren Existenzbedingungen als auch für weiterreichende, die Gesellschaft als Ganzes betreffende Veränderungen. In ihrer Mehrheit sind sie basisdemokratisch-horizontal organisiert. Charakteristisch ist für sie ein bestimmtes Auf und Ab in ihrer Entwicklung, das auch mit ihrem spontanen Entstehen erklärt werden kann.

Die Mehrzahl dieser Bewegungen ist in der Lage, eine bedeutende Mobilisierung sozialer Akteure zu erreichen. Ihre Vielfalt ist sehr groß und sie treten in Bewegungen, Allianzen, Fronten, Assoziationen, Koordinierungen und ähnlichen Formen des Zusammenwirkens auf der Basis eines gemeinsamen Nenners auf. Beispiele für solche Bewegungen sind der „Wasserkrieg“ 2000 in Cochabamba (Bolivien) oder der Widerstand entlassener Arbeiter, der „piqueteros“, in Argentinien. die durchaus die Fähigkeit haben, die etablierte Macht in Frage zu stellen. Die Heterogenität der sozialen Bewegungen ergibt sich aus dem Zusammenwirken der unterschiedlichsten Kräfte: Gewerkschafts-, Bauern-, Umwelt-, Frauen-, Jugend- und ethnische bzw. indigene Bewegungen.

¹ Ana Esther Ceceña: Estrategias de dominación y planos de construcción de la hegemonía mundial, in: Julio Gambina (comp), La globalización económico-financiera. Su impacto en América Latina, Buenos Aires: CLACSO, 2002.

Der Subcomandante Marcos sagt über die indigenen Bewegungen der Zapatisten, dass sie eine Kraft darstellen, die „von unten“ her aufgebaut ist, und einen völlig neuen Akteur darstellen. Im Unterschied zu historischen Bewegungen (wie z. B. die Arbeiterbewegung) erfasst sie alle sozialen Schichten dieser indigenen Gemeinschaften. Klare Parallelen zu der Bewegung der Zapatisten ergeben sich mit der Entwicklung starker sozialer indigener Bewegungen in Bolivien und Ecuador. Das sind Länder, in denen der Anteil der indigenen Bevölkerung über fünfzig Prozent liegt.

Die Verbreitung der sozialen Bewegungen ist eine Absage an bisherige Herrschaftslinien bürgerlicher Politik und ein Einbruch in herkömmliche Hegemonieverhältnisse. Es handelt sich um die Eröffnung neuer Entwicklungswege für Gesellschaften, die in Elend und Gewalt zu versinken drohen. „Die sozialen Bewegungen Lateinamerikas befinden sich offenbar an einem wesentlichen Punkt ihrer Entwicklung: Es geht um die Rettung der Demokratie, um sie zu verändern oder zu festigen“², stellt der argentinische Politikwissenschaftler Mirza in einer CLACSO-Studie fest.³

Neubildungs- und Umdenkungsprozesse spielten sich in ähnlicher Weise auch in linken Parteien ab. Die meisten Parteien stellten ihr bisheriges Fortschrittsverständnis in Frage. Vor allem in den kommunistischen Parteien, die über eine geschlossene Ideologie verfügten, fanden heftige Auseinandersetzungen um die strategischen Orientierungen, die innere Funktionsweise, die Rolle einer ganzen Generation von Führern statt, angestoßen durch die eigenen Erfahrungen während der Diktaturen und im Exil wie auch das Gedankengut der Perestroika und die sich abzeichnenden neuen Gesellschaftsprobleme.⁴ Diese Debatten führten zu einer Neubewertung ihrer Rolle, der Rolle der Demokratie und ihrer Haltung zu den sozialen Bewegungen.

Die Soziologin Marta Harnecker spricht von der Entstehung einer sozialen und politischen Linken.⁵ Beide haben erheblichen Anteil an den in Lateinamerika vollzogenen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen. Für sie stellt sich in konkreter Weise ihre Haltung zu den progressiven und Mitte-Links-Regierungen. Der Staat ist für sie der Rahmen, in dem sie ihre Autonomie aufrechterhalten müssen, aber gleichzeitig nicht darauf verzichten, auf die „Macht“ (nach Poulantzas) Einfluss zu nehmen.⁶ Direkten Ausdruck fand diese Auffassung während des internationalen Seminars in Porto Alegre (Brasilien) aus Anlass des zehnjährigen Bestehens des Weltsozialforums im Januar 2010. Der brasilianische Soziologe Emir Sader forderte, dass die sozialen Bewegungen direkt am Staat beteiligt werden, die partizipative Demokratie ausgeweitet wird und die progressiven Regierungen dafür Sorge zu tragen haben.⁷

Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Mit dem Sieg Hugo Chávez' 1998 in Venezuela bis zur Wahl des Vertreters der Frente Amplio, Pepe Mujica, 2009 in Uruguay kamen in Lateinamerika die Mitte-Links-Kräfte in die Regierung, die im Interesse breiter Bevölkerungsschichten soziale Veränderungen in ihren Ländern einleiteten. Dabei gehen sie unterschiedliche Entwicklungswege.

² Christian Adel Mirza: Movimientos sociales y sistemas políticos en América Latina. La construcción de nuevas democracias, CLACSO, Buenos Aires, 2006, S. 222.

³ Siehe auch die Studie von Helma Chrenko und Achim Wahl: Die Europäische Union und die Linke Lateinamerikas, Rosa-Luxemburg-Stiftung, August 2009, S. 43.

⁴ Ebenda, S. 28f.

⁵ Marta Harnecker: Reconstruyendo la izquierda, El viejo topo 2006, S. 52.

⁶ Nicos Poulantzas: Staatsatheorie, VSA Verlag Hamburg, 2002, S. 185.

⁷ Jornal de Comercio, 27. Januar 2010, Brasilien.

Es zeichnen sich drei Staatengruppen ab:

- Länder wie Brasilien, Argentinien und Uruguay, in denen eine erfahrene Bourgeoisie sich stärker auf eine eigenständige Entwicklung konzentriert und bestrebt ist, in den Machtgremien der Weltwirtschaft und Wirtschaftspolitik mitzusprechen und ihr Verhältnis zu den USA neu zu bestimmen, ohne es zu verschlechtern. Die demokratisch gewählten Regierungen realisieren Sozialprogramme, ohne das neoliberale Wirtschaftsmodell völlig zu überwinden.
- Venezuela, Bolivien und Ecuador, die eine gesellschaftliche Neuorientierung, besonders durch verfassungsgebende Prozesse, unter der Führung von Koalitionen der unteren und Mittelschichten anstreben, die Beseitigung ungerechter Bedingungen in der Weltwirtschaft fordern und ihre nationale Souveränität entschieden wahrnehmen. Von Venezuela ging die Initiative zur Schaffung der Bolivarischen Initiative der Völker Lateinamerikas (ALBA) aus.
- Gefolgsstaaten der USA wie Kolumbien, Peru, Mexiko, auch Chile (nach der Wahl Anfang 2010 ist die Rechte wieder Regierungspartei) und eine Reihe mittelamerikanischer Staaten, hier aber in letzter Zeit mit deutlicher Absetzbewegung aus der USA-Gefolgschaft in Nicaragua, El Salvador und zuletzt auch in Honduras.

Differenzierungen in der Entwicklung der lateinamerikanischen Länder verstärken sich auch in ihrem außenpolitischen Verhalten. Die aktuellen Prozesse verdeutlichen, dass Teile der lateinamerikanischen Eliten, die sich bisher der US-Hegemonie unterordneten, ihre Hoffnung auf eine für sie fruchtbarere Partizipation an den Prozessen der Globalisierung nicht erfüllt sahen. Sie wurden im Gegenteil mit geopolitischen Modellen konfrontiert, die auf Kampf um Territorien und um Ressourcen ausgerichtet sind. Sie sind nicht mehr bereit, sich bedingungslos einer unipolaren Herrschaft unterzuordnen, sondern sind bestrebt, in einer multipolaren Welt eine eigenständige Rolle zu spielen, eigene wirtschaftliche und politische Positionen auszubauen, dabei jedoch innere Reformprozesse zu bremsen oder weitgehend mitzubestimmen. Die Weltkonjunkturlage begünstigte bisher diese Bestrebungen der „nationalen Bourgeoisie“ Brasiliens, Argentinens, Mexikos, die ihre eigene Expansion in Lateinamerika, in Afrika und Asien betreiben. Soziale Probleme im Innern werden nur teilweise abgebaut, was zu neuen politischen und sozialen Spannungen in den Gesellschaften führen kann. So geraten Brasiliens Bestrebungen auf Führungsanspruch durchaus in einen bestimmten Gegensatz zum Einfluss Venezuelas und auf Veränderungsprozesse in anderen Ländern.

Gleichzeitig setzen sich in den lateinamerikanischen Gesellschaften umfassende Transformationsprozesse im Verhältnis von Staat und Gesellschaft durch. Die aus der Kolonialzeit überlieferten etatistischen, stark zentralisierten Modelle des Staatsaufbaus werden in Frage gestellt, Autonomieforderungen werden erhoben und Entscheidungskompetenzen an der Basis verlangt. Für Linkskräfte ergeben sich günstige Spielräume, Positionen zu besetzen, die bisher von den alten Eliten dominiert wurden. Für sie ist die demokratische Reform des Staates ein Teil der umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft und der Weg zur Verwirklichung eines neuen Gesellschaftsprojekts. Unter den Bedingungen schärfster politischer Auseinandersetzungen – wie jüngst in Venezuela oder Bolivien –, aber mit vorwiegend friedlichen Mitteln konnten politische Weichenstellungen herbeigeführt werden. Die Politik der linken Regierungen ist darauf gerichtet, die herrschenden Eliten zu zwingen, sich im Rahmen demokratischer Verhältnisse zu bewegen. Die Prozesse der Neufindung des Staates/ der Nation wie in Bolivien und Ecuador, wo es um die Sicherung der Rechte der großen Mehrheit der indigenen Bevölkerung geht, sind in dieses Ringen um die Herausbildung einer neuen Hegemonie einzuordnen.

Diese Prozesse haben direkte Auswirkungen auf die angestrebte lateinamerikanische Integration, die eine neue Herangehensweise erfordert. Als ungeeignet erscheinen die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wie auch die Rio-Gruppe. Das wesentlichste Ziel einer lateinamerikanischen Integration stellt in der gegenwärtigen Phase die Zusammenarbeit zwischen den Staaten dar, die sich aber keineswegs nur auf den Handelsaustausch beschränken kann. In diesem Sinne wurde 2008 die „Union Südamerikanischer Nationen“ (UNASUR) gegründet.

Als Grundlage einer verstärkten Zusammenarbeit, aber auch mit bestimmten Dissonanzen zeichnet sich die Herausbildung einer Hauptachse Argentinien, Brasilien und Venezuela ab. Alle drei Länder lehnten die Bestrebungen der USA zur Schaffung der Amerikanischen Freihandelszone (ALCA) ab und setzen auf die Integration der größten Volkswirtschaften des Kontinents, vor allem im Rahmen des MERCOSUR. Besondere Bedeutung gewinnt die Entwicklung der Beziehungen zwischen Brasilien und Argentinien, die trotz vorhandener Probleme im Rahmen des MERCOSUR Gestalt annimmt. Langfristig geht es um die umfassende Entwicklung der Infrastruktur, des Außenhandels, der Kulturbeziehungen, der Sicherheit und Verteidigung sowie um die Reduzierung realer Disparitäten.

Disparitäten und Konflikte in und zwischen lateinamerikanischen Ländern

Die koloniale Vergangenheit Lateinamerikas hinterließ Konflikte in und zwischen den Ländern. Ihre abhängige und ungleiche Entwicklung gehört ebenso dazu wie das Erbe kolonialer politischer Strukturen. Zu den historischen Abhängigkeiten kommen die hinzu, die durch den Einfluss und Wirken kapitalistischer Länder entstanden sind. Die Gesamtheit dieser Konflikte ist nicht kurzfristig zu überwinden. Die progressiven Regierungen des Kontinents sind bestrebt, Wege zu friedlichen Lösungen zu finden. Das betrifft vor allem auch die Berücksichtigung der unterschiedlichsten Bedingungen und eingeschlagenen Entwicklungswege und -geschwindigkeiten.

Nicht nur aus der Vergangenheit ererbte Streitfragen über territoriale Grenzziehungen und Wirtschaftsgebiete wirken im Lateinamerika von heute fort, auch unterschiedliche Entwicklungstendenzen der einzelnen Länder und ihre unterschiedliche interessenbestimmte Positionierung zu den Problemen der heutigen Zeit führen zu Konfliktsituationen und Auseinandersetzungen und bedingen weitere politische Differenzierungsprozesse. Neben Tendenzen einer verstärkten Zusammenarbeit treten Rivalitäten und gegensätzliche politische Positionen, werden nationalistische Stimmungen und Feindseligkeiten geschürt. Angestrebte Integrationsprozesse werden durch unterschiedliche Interessen bestimmt.

Lateinamerika ist nicht frei von akuten Konfliktherden, die unübersehbar mit der USA-Politik gegenüber der Region im Zusammenhang stehen. Ihre Ausnutzung und Zuspitzung wird zu einem Instrument der Gegenoffensive rechter Kräfte gegen die progressiven Veränderungen.

Dazu ist der bewaffnete Konflikt, sprich Bürgerkrieg, in Kolumbien geworden. Er stürzte nicht nur dieses Land selbst in eine tiefe politische und soziale Krise, sondern drohte sich zeitweilig zu einem regionalen Konflikt auszuweiten. Angriffe der kolumbianischen Armee und von Paramilitärs auf ekuatorianisches und venezolanisches Territorium oder die Verschärfung von Konfrontationen mit Venezuela weisen auf die Einordnung dieser Konflikte in die USA-Politik hin. Die Entscheidung der kolumbianischen Regierung, den USA weitere Militärstützpunkte einzuräumen, ist eine offene Herausforderung und eine Bedrohung für die übrigen Länder der Region.

Soziale Konflikte und chaotische politische Zustände und Gewaltausbrüche nach dem Sturz von Präsident Aristide in Haiti bewogen die UNO 2004, die von ihr geleitete Mission MINUSTAH durch die Entsendung von ca. 10.000 Soldaten und Polizeikräften nach Haiti weiterzuführen. Die Beteiligung lateinamerikanischer Streitkräfte daran löst jedoch scharfe Kritik in den eigenen Ländern aus, da hinter der politischen Destabilisierung und Anarchie in Haiti die Hand der USA gesehen wird. Die durch das verheerende Erdbeben verschärften

sozialen Probleme verwandeln das Land in einen beständigen Konfliktherd, der bis heute nicht gelöst ist.

Die für Paraguay ungünstigen Verträge zur Nutzung der Wasserkraftsysteme Itaipú und Yacyretá durch Brasilien bzw. Argentinien führen immer wieder zur Zuspitzung von Spannungen, auch zwischen den progressiven Regierungen. Für Präsident Lugo wird die Neuverhandlung des Itaipú-Vertrages, die Brasilien ablehnt, von den herrschenden Eliten zum Maßstab seiner Politik erhoben. Auch zwischen anderen Staaten des MERCOSUR sorgen unterschiedliche wirtschaftliche Interessen und Potentiale immer wieder für Konfliktstoff (Brasilien – Argentinien, Uruguay – Argentinien). Hinzu kommen politisch motivierte Streitfragen oder Nadelstiche wie die Ablehnung des Beitrittsantrags Venezuelas zum MERCOSUR durch den Senat Paraguays. Inzwischen wurde Venezuela Mitglied des Marktes.

Seit über einem Jahrhundert besteht der Konflikt zwischen Chile und Bolivien, das einen Zugang zum Pazifik anstrebt, der ihm im Krieg 1879-1884 durch Chile genommen wurde. Beständig geführte Verhandlungen und gegenseitige Zugeständnisse lassen eine Lösung möglich erscheinen, die jedoch von nationalistischen Kräften in beiden Ländern in Frage gestellt werden.

Auch Waffenkäufe und Rüstungen in einigen Ländern lösen Besorgnisse aus, so steht Chile, wo die Armee über lange Jahre einen Anteil von zehn Prozent an den Kupfereinkünften für modernste Ausrüstungen verwenden konnte, seit langem in der Kritik seiner Nachbarn. Venezuelas Waffenkäufe, Kolumbiens Aufrüstung durch die USA, auch Brasiliens Rüstungsprogramme werden von anderen Ländern durchaus kritisch gesehen.

Die Lösung der Konflikte setzt eine Reduzierung der Ungleichheit nicht nur in den Ländern selbst sondern vor allem zwischen ihren Volkswirtschaften voraus.

Hinwendung zu einer Politik der Zusammenarbeit und Integration

Konfliktsituationen und Probleme in den Beziehungen einzelner Staaten zueinander werden durch reale Integrationsvorhaben in ihren Auswirkungen gemindert. Es herrscht die Erkenntnis vor, dass wirtschaftliche, soziale und politische Probleme gemeinsam gemeistert werden müssen.

Integrationsprojekte, die von außen an die lateinamerikanischen Ländern herangetragen werden, entsprechen nicht ihren Bedürfnissen und stoßen in einigen Ländern in zunehmendem Maße auf Widerstand, so die Freihandelsverträge mit den USA und der Europäischen Union. Das gewachsene Selbstbewusstsein und das Bedürfnis nach Partnern haben dazu geführt, dass reale Integrationsprojekte in Angriff genommen werden.

Gemeinsame Zielstellungen – Integrationsmodelle

Der Aufbruch des Kontinents Lateinamerika und Brasiliens im Besonderen findet seinen Ausdruck im Streben nach einer eigenen Identität, der Sicherung der Selbstbestimmung und der ureigensten Interessen jedes Landes. Die in Lateinamerika ablaufenden Prozesse sind vielfältiger Natur, von Land zu Land unterschiedlich und deuten auf verschiedene Entwicklungsphasen jedes Landes hin. Wir haben es mit jeweils spezifischen, im Wesentlichen kapitalistischen Entwicklungsmodellen zu tun. Zwar sind einige Länder in diesem Sinne miteinander vergleichbar, in der Gesamtheit jedoch durchlaufen sie gegenwärtig unterschiedliche Entwicklungsetappen. Vorhandene historische, politische und soziale Gemeinsamkeiten offenbaren sich als Vielfalt in der Einheit.

Das trifft insbesondere auch auf die Veränderungen zu, die durch Bildung linker und progressiver Regierungen in den Jahren von 1998 bis 2010 erfolgten. Sie sind Ergebnis einer historisch spezifischen Zeit, in der der Neoliberalismus sich in differenzierter Art und Weise

in Lateinamerika ausbreitete und sich gegen ihn starker Widerstand entwickelte. Vor den Linken steht die Frage, wie in einer Situation, selbst Regierung zu sein oder an ihr Anteil zu haben, Bedingungen geschaffen werden können, die die realen politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse im Interesse der Bevölkerungsmehrheit verändern können. Bisher wurden in keinem Land mit einer progressiven Regierung Prozesse des Übergangs in eine sozialistische Gesellschaft eingeleitet. Jedoch tragen diese Prozesse im Vergleich zur vergangenen Entwicklung einen qualitativ anderen Charakter, besonders wenn sie in der Gesamtheit des Kontinents betrachtet werden. Denn die in Lateinamerika vor sich gehenden Prozesse sind extrem wichtig für die Veränderung der Kräfteverhältnisse in der globalen kapitalistischen Welt.

Der MERCOSUR

Das zwischen Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay 1991 vereinbarte Projekt des MERCOSUR (Gemeinsamer Markt des Südens) ist lange nicht über den Zustand einer Zollunion hinausgekommen. Im Zuge der Auseinandersetzung mit der ALCA kam es jedoch zu einer Wiederbelebung des MERCOSUR. Gegenwärtig unternehmen seine Mitgliedsländer verstärkt Anstrengungen, um – trotz der wirtschaftlichen Asymmetrien zwischen ihnen – den MERCOSUR effektiver zu gestalten und ihn mit einer stärkeren wirtschaftlichen, politischen und sozialen Kompetenz auszustatten. Trotz vorhandener Probleme und Schwierigkeiten, immer wieder aufflackernder Auseinandersetzungen zwischen den Partnern (z.B. der Streit zwischen Argentinien und Uruguay über den Bau einer Zellulosefabrik in Uruguay) bleibt die Stärkung und Weiterentwicklung des MERCOSUR eine strategische Zielstellung. Zwischen den Mitgliedern besteht Übereinstimmung, dass weitergehende Integrationsprojekte erst Sinn haben, wenn es gelungen ist, die regionale Integration im Rahmen des MERCOSUR zu stärken. Chile, Bolivien, Peru und Ekuador sind assoziierte Mitglieder. Der MERCOSUR umfasst eine Bevölkerung von 220 Millionen Menschen und erbringt ein BSP von ca. 1,3 Mrd. US-Dollar.

Trotz kritischer Sicht wird das Projekt des MERCOSUR von linken Kräften und sozialen Bewegungen unterstützt. Gefordert werden eine Beteiligung von Vertretern der Zivilgesellschaft im Rahmen des Parlamentes des MERCOSUR und eine größere Transparenz in seiner Tätigkeit.

„Initiative zur Integration der Infrastruktur der Region Südamerika“

Ein anderes Modell ist die „Initiative zur Integration der Infrastruktur der Region Südamerika“ (Iniciativa de Integración de la Infra-Estructura Regional Suramericana – IIRSA), die von der Weltbank gefördert und besonders von Brasilien gestützt wird. Ihre Ziele sind die Integration der Märkte zur Förderung des interregionalen Handels, die Konsolidierung produktiver Kapazitäten zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten, die Senkung der Kosten durch Schaffung einer neuen durchgängigen Infrastruktur in Südamerika. Beschlossen wurde dieses Projekt in Brasília im August 2000, ohne vorherige Konsultation mit den sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft. An der IIRSA beteiligen sich zwölf südamerikanische Länder. Sie soll ca. 300 Megaprojekte (Straßen, Häfen, Gasleitungen etc.) umfassen.

MERCOSUR und IIRSA sind Integrationsprojekte, die auf eine Stärkung kapitalistischer Strukturen, auf bessere Kapitalverwertungsbedingungen und Infrastruktur sowie die Stärkung der Eigenstaatlichkeit hinauslaufen. Nicht zuletzt sind diese Projekte auch im Interesse der in den Ländern tätigen transnationalen Unternehmen, da sie eine Erweiterung der Märkte gewährleisten und ihnen ein breiteres Betätigungsfeld eröffnen. Sie bieten aber den beteiligten Ländern gleichfalls Möglichkeiten, eigene Konzeptionen der Integration den Blöcken der Industrieländer entgegenzustellen.

„Bolivarische Alternative für Amerika“

Stärker ins Zentrum der politischen Entwicklung ist die von Venezuela beförderte Initiative „Bolivarische Alternative für Amerika“ (Alternativa Bolivariana para las Américas – ALBA, heute in Bolivarische Allianz umbenannt) gerückt, der sich Bolivien, Kuba, Nikaragua, Honduras (das von reaktionären Kräften dominierte Parlament hat inzwischen den Austritt erklärt) und der karibische Inselstaat Dominica angeschlossen haben, Ekuador hat Beobachterstatus. In das Konzept der ALBA ordnen sich Verträge zur kontinentweiten und regionalen energetischen Kooperation (Petroamerica mit drei subregionalen Initiativen: Petrocaribe, Petrosur und Petroandina, den Organisationen gehören eine Reihe von Staaten an plus Venezuela, mit dem sie Verträge über Lieferung von Erdöl abgeschlossen haben), zur Finanzkooperation und bilaterale Verträge mit verschiedenen Partnern („Handelsverträge der Völker“) ein.

Die ALBA basiert auf den Prinzipien der solidarischen Komplementarität, der Kooperation und Spezialisierung, auf gegenseitiger Hilfe statt auf Marktprinzipien. So umfasst sie Projekte des direkten Austausches von Waren und Leistungen wie Energie gegen Nahrungsmittel oder gegen den Einsatz von Fachkräften im Bildungs- und Gesundheitswesen, Austausch von Erfahrungen bei der Erkundung und Erschließung von Bodenschätzen, Errichtung von Kommunikationsnetzen (wie der gemeinsam betriebene Fernsehsender TeleSur, Nachrichtenagenturen). Gegenwärtig stehen vor allem Projekte im Energiesektor (Erdöl, Gas, Bioenergie, Wasserkraft) auf der Tagesordnung. Die ALBA soll nicht nur Projekte zwischen Staaten, sondern auch zwischen Regionen und Gemeinden umfassen.

Im Sinne der ALBA-Initiativen wird die Entwicklung einer eigenen Finanzarchitektur Lateinamerikas in Angriff genommen. Dazu gehört die Gründung der Bank des Südens, Banco del Sur, der auch Brasilien angehört. Vorgesehen ist auch die Schaffung einer gemeinsamen Währungszone (Zona Monetaria Común – ZMC) mit dem Sucre als gemeinsames Zahlungsmittel (Sucre steht als Kürzel für „Gemeinsames System des regionalen Ausgleichs“).

Zeitgleich zu den Gipfeltreffen der Staatschefs werden „Treffen der Völker der ALBA“ durchgeführt. Geschaffen wurde ein „Rat der Sozialen Bewegungen der ALBA“, dessen Aufgabe es ist, die Zusammenarbeit zwischen den sozialen Bewegungen der ALBA-Staaten zu organisieren. Gesichert werden soll mit diesen Schritten die Entwicklung der ALBA als ein Projekt neuen Typs: Eine Integration von unten und mit progressivem Charakter.

Im Kern geht es um ein transformatorisches Projekt, das in einem kapitalistisch strukturierten Weltwirtschaftssystem Voraussetzungen und Potentiale für einen gesellschaftlichen Umbau schaffen soll. Der Leitgedanke ist, dass das ein Land allein nicht bewerkstelligen kann und es nur in der Gemeinschaft mit anderen möglich sein wird, wirkliche politisch-soziale Veränderungen herbeizuführen. Venezuela, das seine Potenzen auf der Basis der Erdölvorkommen dafür einsetzt, spielt eine Schlüsselrolle, da es anderen Ländern günstige Kreditbedingungen zur Sicherung ihrer Energieversorgung gewährt. Auch in Kreisen der Linken wird dieses Konzept zum Teil als wirklichkeitsfremd und ideologiebelastet angesehen. Es ist klar, dass seine Verwirklichung tiefe soziale und ökonomische Reformen voraussetzt, wie Agrarreformen, die Stärkung der Kaufkraft der unteren Schichten, die Ausschaltung des bestimmenden Einflusses transnationaler Unternehmen auf die Wirtschaften und einen starken Staat.

Die Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR)

Im Mai 2007 wurde die „Gemeinschaft Südamerikanischer Nationen“ (Comunidad Sudamericana de Naciones, gegr. 2004) in „Union Südamerikanischer Nationen“ (Unión de Naciones Sudamericanas), UNASUR, als politische Organisation der lateinamerikanischen Einheit umbenannt. Ihr gehören alle zwölf südamerikanischen Länder an.

Mit der Gründung der UNASUR ist beabsichtigt, vor allem die Kooperation zwischen den Ländern mit den größten Ökonomien und unterschiedlichen politischen und ideologischen Zielstellungen zu forcieren. Angestrebt wird im Rahmen der UNASUR die Verstärkung der Zusammenarbeit mit Kolumbien und Peru, um sie nicht ausschließlich dem Einflussbereich der Freihandelsverträge mit den USA zu überlassen. Integrationsprozesse werden vor allem über die Regulierungsmöglichkeiten des Staates angestrebt, um zu verhindern, dass transnationale Unternehmen ihre Interessen durchsetzen und die strategischen Entwicklungsziele in Frage gestellt werden. Diese Prozesse sollen unterstützt werden durch die Schaffung entsprechender Institutionen und Organe, die – wie bereits mit dem MERCOSUR-Parlament praktiziert – durch Volksabstimmungen bzw. Wahlen bestimmt werden.⁸ Geschaffen wurde im Rahmen der UNASUR auch ein Verteidigungsrat.

Die Gründung der UNASUR stellt eine politische Weichenstellung für eigenständige politische Initiativen auf der kontinentalen Ebene dar. Sie setzt ein sichtbares Zeichen für die Veränderung des Kräfteverhältnisses auf dem Kontinent.

Unterschiedliche Entwicklungsmodelle in Lateinamerika

Der Bolivarische Prozess in Venezuela⁹

Mit Wahlen und einer Verfassungsdiskussion begann in Venezuela der Prozess der Bolivarischen Revolution, der sich in seinen ideologischen Grundlagen auf eine Synthese zwischen marxistischen Erkenntnissen, linkschristlichen Vorstellungen und den Grundinhalten der Befreiungsströmungen des lateinamerikanischen Denkens seit Bolívar stützt. Von einem zivil-militärischen Bündnis in Gang gebracht und durch einen Wahlsieg demokratisch eingeleitet, nimmt sie immer deutlicher Züge einer großen, die ganze Gesellschaft umwälzenden Bewegung an. Es war der „Caracazo“ 1989, die erste große soziale Explosion in der neoliberalen Ära, der trotz des geringen Organisationsgrades des sozialen Protestes in jener Zeit in Venezuela anzeigte, dass es, wie Edgardo Lander 2005 in einem Interview sagte, „einen brodelnden Herd aus Unzufriedenheit und Zurückweisung gab“¹⁰ und die unteren Schichten nicht mehr bereit waren, ihre Lage weiter zu ertragen. Für die Kräfte um Chávez wurde dieser Ausbruch zum Signal. „Es explodierte das Caracas von Bolívar“, sagte Chávez in seiner Rede vor dem Parlament zur Rechenschaftslegung über die Regierungstätigkeit im Jahre 2008, „und wir sind Produkt jener Stürme, das sollten wir nicht vergessen.“¹¹

Mit der Förderung eigenständiger Initiativen von unten und der Anregung der Organisation der Bürger auf den verschiedensten Ebenen wurden große Möglichkeiten der Initiierung eigener Projekte, der Beteiligung an Entscheidungen und der Übernahme von Verantwortung geboten. Mit den kommunalen Räten wurden Organe einer Volksmacht an der Basis geschaffen, deren Tragweite vor allem darin zu sehen ist, dass sie den Umgestaltungsprozess allmählich aus seiner strikten Gebundenheit an die staatlichen Organe lösen können.

Das Projekt einer neuen Gesellschaft in Venezuela hat eine Grundfrage, die Überwindung der einseitigen Ausrichtung der Wirtschaft auf Erdölförderung und -export und den Aufbau einer tragfähigen diversifizierten Wirtschaftsstruktur, in den knapp zehn Jahren seiner Entwicklung noch nicht lösen können; Ansätze der Entwicklung einer Industriestruktur, auch in Kooperation mit ausländischen Partnern wie China, Iran, Brasilien, Russland, stecken noch in den Anfängen. Der argentinische Soziologe Atilio Borón sagte zur Einschätzung des

⁸ La política internacional del PT, Hrsg. Sekretariat für Internationale Beziehungen der PT, 2010, S. 31.

⁹ Zitiert aus der Studie: „Die Europäische Union und die Linke Lateinamerikas“, August 2009, S. 65.

¹⁰ Lateinamerika-Nachrichten Nr. 375/376 - September/Okttober 2005.

¹¹ Gabriela Gurvich: Presidente resumió diez años de logros revolucionarios en siete horas de discurso, Prensa web YVKE, 13. Jan. 2009.

Prozesses in Venezuela: Vor sich geht ein „wichtiger, sehr in die Tiefe gehender Prozess. Es gibt Dinge in Venezuela, die eine Wende in der Geschichte dieses Landes sind und die bewirken, dass Venezuela niemals mehr so sein wird, wie es vorher war. Ich glaube, dass bei allen Einschränkungen und allen Irrtümern, die die Regierung Chávez vielleicht begangen hat, ein Prozess in Gang gekommen ist, der eine außerordentliche Dynamik besitzt und enorme Möglichkeiten eröffnet.“¹²

Der Post-Neoliberalismus der Lula-Regierung

Brasilien befand sich Ende der 1990er Jahre und Anfang des 21. Jahrhunderts in einer Phase wirtschaftlichen Aufschwungs. Im ersten Quartal 2008 wuchs die brasilianische Wirtschaft um sieben Prozent, das Bruttoinlandprodukt Brasiliens 2007 um 5,7 Prozent. Noch vor Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise Ende 2008 durchlebte die brasilianische Wirtschaft die längste Periode wirtschaftlichen Wachstums der letzten dreißig Jahre.¹³

Transformation der brasilianischen Gesellschaft

Die Politik des Neoliberalismus, die im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika Einzug hielt und in Brasilien eine post-koloniale Wirtschaftsstruktur vorfand, verstärkte einerseits die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der kapitalistischen Strukturen des Landes und vertiefte andererseits deren abhängigen Charakter. Der globalisierte Kapitalismus ordnete die Politik der Wirtschaft und den ausländischen Kreditoren unter. Deregulierung des Marktes und Privatisierungen großer Teile staatlicher Unternehmen eröffneten transnationalen Unternehmen und Banken größere Möglichkeiten. Das verstärkte Eindringen ausländischen Kapitals hatte direkten Einfluss auf die industrielle Basis des Landes. Im Ergebnis der völligen Liberalisierung des Kapitalzuflusses verstärkte sich die Tendenz zur weiteren relativen Deindustrialisierung.¹⁴ Die brasilianische Industrie, besonders die mittlere und kleine, wurde erdrückt und blieb im Vergleich zur Entwicklung in den Industrieländern und anderen Schwellenländern zurück.

In Folge der Durchsetzung des neoliberalen Modells vollzogen sich in der brasilianischen Gesellschaft grundlegende strukturelle und soziale Veränderungen. Zu verzeichnen ist ein Konzentrationsprozess im Finanz- und Banksektor, der durch das eindringende Auslandskapital forciert wurde. Gleichzeitig schwächte diese Entwicklung Sektoren der mittleren und kleinen Bourgeoisie, die stark vom Binnenmarkt abhängen. Verstärkt wurde eine politisch einflussreiche Minorität von Gehaltsempfängern, die sich zu einer neuen gut gestellten Mittelklasse formierten.

Eine Differenzierung setzte in den arbeitenden Schichten ein: Es entstand ein immenses Subproletariat. Ca. vierzig Millionen Menschen lebten in Brasilien unter dem Existenzminimum. Verstärkte Landflucht führte zur Entstehung eines großen Heeres informell Tätiger in den großen urbanen Zentren. Die Tendenz zur Verstärkung der strukturellen Arbeitslosigkeit nahm zu.

Charakteristisches Merkmal für die Jahre des Präsidenten Fernando Henrique Cardoso (1994-2002) ist die Entstehung einer neuen Bourgeoisie, die eng mit dem Auslandskapital verbunden ist, sich ihm unterordnete und bestrebt war, Vorteile aus der zunehmenden Globalisierungstendenz zu ziehen. Das Eigentum der Gesellschaft und des Staates wechselte seinen Besitzer: Es ging in private Hände über. Das betraf dreißig Prozent des Bruttoinlandproduktes. Deregulierung und Freiheit des Marktes bewirkten, dass die brasilianische Gesellschaft eine Kontinuität der wirtschaftlichen Ordnung als faktische

¹² Entrevista a Atilio Borón: En Latinoamérica hay que fortalecer nuestra autonomía nacional mediante acuerdos de integración, Argenpress.info, 5. Dezember 2008.

¹³ Jornal Valor Econômico, 12. Februar 2010.

¹⁴ Deindustrialisierung wird hier verstanden als Rückgang der eigenen Erzeugung von Fertigprodukten durch brasilianische Unternehmen.

„Kolonie“ und abhängige Nation verzeichnete und das Land in seiner Abhängigkeit vom Außenmarkt verharrte und weiter „für den Weltmarkt produzierte“ (Caio Prado, Soziologe). Im Vergleich zu den Jahren 1999 bis 2002 verdreifachten sich 2006 die Gewinne der transnationalen Unternehmen.

Es vollzog sich eine Verschmelzung der bisher dominierenden Form der Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft, den Latifundien, mit dem Industrie- und Bankkapital zum sog. Agrobusiness. Dessen charakteristisches Merkmal ist die territoriale Expansion und die Produktion von nachwachsenden Pflanzen für die Energie- und Treibstoffherstellung und die Ausdehnung des Anbaus von Mais, Zuckerrohr, Soja und anderen Produkten für den Export, wodurch die brasilianische Landwirtschaft fast vollständig auf der Basis kapitalistischer Produktionsverhältnisse organisiert wurde.

Diese Umstrukturierung der Wirtschaft verschaffte Brasilien auf dem Weltmarkt eine herausragende Position auf dem Sektor der Bioenergie und der Alkoholproduktion. Monokultur und Export sind Quelle neuen Reichtums und neuer Abhängigkeiten. Der Export dieser commodities (Soja, Holz, Zellulose, Fleisch, Leder, Säfte, Alkohol usw.) veränderte die Struktur der transnationalen Megaunternehmen, führte zur weiteren Denationalisierung landwirtschaftlicher Unternehmen und zwangsläufig zu einer „Internationalisierung“ brasilianischen Territoriums. Angaben der Zentralbank Brasiliens beziffern Investitionen in diesen Sektor zu Beginn des Jahres 2007 auf 6,5 Mrd. US-Dollar.¹⁵ Damit verbunden sind Landkäufe durch ausländische Investoren (Soros-Gruppe, Cargill u.a.).

Brasilianische Ökonomen sprechen inzwischen von einem „neuen Kapitalismus“ in Brasilien. Der bedeutende Soziologe Francisco de Oliveira bezeichnete diese Entwicklung als Form der Umorganisation des brasilianischen Kapitalismus. „Auslandskapital, Privatisierungen und Fusionen schufen eine neue Bourgeoisie. Und destabilisierten die politischen Kräfte.“¹⁶

Brasilien nach der Amtszeit des Präsidenten Lula

Nach acht Jahren Regierung Luiz Inácio Lula da Silva, den für zwei Legislaturperioden gewählten Präsidenten der linksorientierten Partei, der PT (Partido dos Trabalhadores – Partei der Werktätigen oder Arbeiterpartei), ist eine paradoxe Situation entstanden. Während der Amtszeit des „linken“ Präsidenten vollzog sich – wie Wirtschaftsexperten und Wissenschaftler einschätzen – eine Reorganisation des brasilianischen Kapitalismus bei gleichzeitiger Realisierung verstärkter sozialpolitischer Maßnahmen.

Für Lula und die PT stellte sich die Frage, wie auf die entstandene Lage nach Übernahme der Regierung 2003 zu reagieren war. Wesentlicher Ausgangspunkt war, wie das Auslandskapital reagieren würde. Mit dem „Brief an das brasilianische Volk“ („Carta ao povo brasileiro“ – Mitte 2002) erklärte Lula, dass es keine Veränderungen für die Tätigkeit des internationalen Kapitals in Brasilien geben und makroökonomisch die bisherige Politik fortgesetzt werde. Sowohl in Brasilien wie auch in Lateinamerika führte dieser Kurswechsel Lulas und der PT zu heftigen Reaktionen. Erreicht wurde aber, dass Brasilien in den ersten vier Jahren der Präsidentschaft Lulas seine wirtschaftliche Position verbesserte, Auslandsschulden abbaute, einen Handelsüberschuss erzielte und Devisenreserven aufbaute. Politisch vermochte es die Regierung Lula, sich gegen den neoliberalen Block durchzusetzen, sodass Lula sich in eine Art „Vermittler“ zwischen den Klassen verwandelte. In Brasilien heißt es dazu: „Eine Regierung, die die korporativen Interessen der Arbeiterschaft und der Unternehmer in Übereinstimmung brachte, konfligierende Interessen vermittelte und verwaltete und Politik für die Gesellschaft formulierte.“¹⁷ (Die Debatte in Brasilien über die Rolle Lulas und den

¹⁵ Datagro, landwirtschaftliche Fachzeitschrift, Jahresbericht Juni 2007.

¹⁶ Folha de Sao Paulo, 10. September 2009.

¹⁷ Conjuntura da Semana Especial. „A reorganização do capitalismo brasileiro“, IHU On-Line, 11. November 2009.

sog. „Lulismus“¹⁸ ist nicht abgeschlossen.) Während des ersten Mandats nahm Lula Kurs auf die Verstärkung des Sozialen, d.h. auf die Realisierung kompensatorischer Sozialprogramme. Schritt für Schritt erfolgte nun die Hinwendung zum Modell des „Neo-Desemvolvimentismus“ (spanisch: Desarrollismus¹⁹). Dieses wird durch verschiedene Faktoren charakterisiert:

- Einerseits durch die Veränderung der Rolle des Staates, der über die Staatsbank BNDES (Banco Nacional de Desemvolvimento Economico e Social – Nationale Bank für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung) sich als Finanzier und Investor betätigt, d.h. direkt wirtschaftliche Entwicklung durch Unterstützung privater Unternehmen in strategischen Sektoren fördert und in große Infrastrukturprojekte investiert. Staatliche Banken wie die BNDES übernahmen die Aufgabe, private Großunternehmen zu kapitalisieren und direkte Beteiligungen staatlicher Banken an diesen Unternehmen zu forcieren.²⁰ Das dazu von der Regierung aufgelegte „Programm zur Beschleunigung des Wachstums“ (PAC – Programa de Aceleracao do Crescimmento) bietet dafür die Grundlage, um potente Privatunternehmen zu schaffen, die auf dem Binnen- wie auch dem Außenmarkt konkurrenzfähig sind. Er sieht eine verstärkte Rolle des Staates in der Investitionspolitik gemeinsam mit privaten Initiativen vor (umfangreiche Infrastrukturprojekte im Amazonasgebiet, Bau von Straßen, Wasserkraftwerken etc.). Geplant sind für Investitionen 500 Mrd. Reais für vier Jahre, wovon der Staat 300 Mrd. einplant (siehe auch IRSSA).
- Zum anderen durch die Schaffung von Sozialprogrammen wie das des Hilfsprogramms „Bolsa Familia“ (Familienfonds) oder das Programm „Licht für alle“ (Luz para Todos) u.a., wodurch unmittelbar in den Kampf gegen Armut und ihre Ausweitung eingegriffen wurde. Diese Hilfsprogramme sind de facto kompensatorische Maßnahmen, die zu einer Veränderung der Lage der ärmsten Schichten beitragen. „Brasilien hat getan, was es versprochen hat“, erklärte Präsident Luiz Inácio Lula da Silva. „In den letzten sieben Jahren sind 31 Millionen Brasilianer in die Mittelschicht aufgestiegen, 20 Millionen haben das Stadium der absoluten Armut hinter sich gelassen. Wir haben unsere Auslandsschulden bezahlt, und heute sind wir Gläubiger statt Schuldner des IWF. Unsere Währungsreserven sind von 38 auf 240 Mrd. Dollar hochgeschneit.“²¹ So konnten einerseits ca. 40 Millionen Brasilianer aus tiefer Armut herausgeholt werden, während – wie Lula es selbst formulierte – „es den Reichen in Brasilien noch nie so gut gegangen ist wie zu Zeiten“²² der Lula-Regierung.

Gleichzeitig strebte die Regierung Lula nach einer Neupositionierung Brasiliens in der Weltpolitik, verbunden mit der Transformation des Landes in einen „Global Player“, der, seiner Größe und Bedeutung entsprechend, definitiv eine strategische Position in Lateinamerika wahrnimmt und seine Stimme weltweit deutlich wahrnehmbar macht.

¹⁸ „Lulismus“ wird verstanden als „informelle Bewegung, charakterisiert durch eine Hinwendung zu öffentlicher Politik im Interesse einer bestimmten sozialen Basis, d.h. des Subproletariats, die sich in Wählerstimmen umsetzt.“ Nach André Singer, in IHU-Online, Nr. 352, 2010.

¹⁹ Desarrollismus: Dieser Begriff geht zurück auf den argentinischen Ökonomen Raul Prebisch, Direktor der CEPAL in den Jahren 1950-1960, der zur Überwindung der Abhängigkeit auf Imports substitution durch Industrialisierung, Strukturreform (u.a. Agrarreform) und Einkommensverteilung orientierte. Dabei soll dem Staat eine bedeutende Rolle zukommen.

²⁰ Nach Thomson Financial (4. Oktober 2007) betrug die Summe der realisierten Fusionen und Aufkäufe durch brasilianische Unternehmen von Januar bis September 2007 44 Mrd. US-Dollar.

²¹ Folha de Sao Paulo, Online, 4. Februar 2010.

²² Valter Pomar: Informe sobre la izquierda en el gobierno en Brasil, Material der RLS, Büro Brüssel, Konferenz Juni 2010, S. 33.

Die Reaktionen auf diese Entwicklung blieben nicht aus. Selbst Weltbank und Währungsfonds sehen darin sowohl eine Abkehr vom Washington Konsensus als auch die Hinwendung zu einer Politik des Post-Neoliberalismus.

Nach Auffassung politischer Kommentatoren Brasiliens hat sich mit dieser Politik der progressive Flügel in der Regierung Lula, der vor allem durch das Lager der „Desarrollistas“ bestimmt wird, gegen den konservativen, neoliberalen Flügel, der weiter auf einer auf den Markt ausgerichteten Politik beharrte, durchgesetzt. Inhaltlich wird darunter die Abkehr von einer auf Profit und Markt ausgerichteten Wirtschaftspolitik hin zu einem Modell des „produktiven Kapitalismus“ oder „demokratischen Kapitalismus“ verstanden, obwohl neoliberale Auffassungen noch in wesentlichen Sektoren der brasilianischen Gesellschaft hegemonial sind.

Eine solche Strategie der Transformation des Kapitalismus kann nur schrittweise erfolgen. Forciert wurde diese Entwicklung durch die Auswirkungen der Krise 2008-2009, die die Hinwendung zum neo-desarrollistischem Modell beschleunigten. Die Vertreter dieses Modells vertraten die Position, dass mehr Staat zur Regulierung des Markts erforderlich ist, bei Rückgang privater Investitionen mehr öffentliche Investitionen getätigt werden müssen, bei Labilität des Außenmarkts der Binnenmarkt noch wirksamer gestärkt werden muss und bei Stocken des Globalisierungsprozesses mehr regionale Integration erforderlich ist.

In der Auseinandersetzung um den weiteren Weg traten erhebliche Widerstände aus dem Lager der Neoliberalen und konservativer Desarrollistas auf. Die Regierung Lula ging den Weg einer „konservativen Modernisierung“, indem sie soziale Politik mit Prämissen neoliberaler Politik verband (fiskalische und monetäre Kontrolle). Ergebnis dieser Jahre ist, dass die herrschende Klasse den politischen Diskurs von „Unten“ zulassen musste, solange die Grundlagen ihrer Herrschaft nicht angetastet werden.

Mit dem Wahlsieg Dilma Rousseffs besteht die Möglichkeit, die weitere Entwicklung im Sinne eines progressiven Neo-Desarrollismus zu beeinflussen und ein demokratisches, nationales Entwicklungsprojekt anzustreben.

Diese Entwicklung soll verbunden werden mit einer weiteren Demokratisierung der Gesellschaft und des Staates, der Durchsetzung von Reformen in Gesundheit, Bildung, Infrastruktur etc. und der Realisierung öffentlicher Politik zu Gunsten des Volkes, der Durchführung von Strukturereformen (einschließlich einer umfassenden Agrarreform), der Realisierung eines alternativen Wirtschaftsmodells mit nachhaltiger Umweltpolitik und der Stärkung der nationalen Souveränität, in Kooperation mit den Staaten Lateinamerikas und bei Weiterführung der regionalen Integration.

Nach einer in London veröffentlichten Studie von Pricewaterhouse wird Brasilien gemessen am BIP im Jahre 2013 die fünftstärkste Wirtschaftsmacht der Welt sein und Länder wie die BRD, England und Frankreich überholen.²³ Eine qualitative Betrachtung dieses neuen Stadiums der Einbindung Brasiliens in die Weltwirtschaft unterstreicht die wachsende Rolle des Landes als Schwellenland und kommende Großmacht. Es entwickelte ein Image politischer und wirtschaftlicher Stabilität, das sich in neuer Weise international präsentiert und im geopolitischen Sinne in der Lage ist, regionale und internationale Verpflichtungen (im Falle Haitis; Prätendent auf einen ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat) zu übernehmen. Die Konsolidierung dieses Prozesses festigt die Rolle Brasiliens im geopolitischen Kontext Lateinamerikas. Definitiv hat sich Brasilien in Lateinamerika als die regionale Macht herausgebildet und seinen Platz in den internationalen Beziehungen gefestigt.

²³ Estado Sao Paulo, 22. Januar 2010.

Brasilianische Entwicklungsstrategie

Botschafter Samuel Pinheiro Guimarães, seit Oktober 2009 Staatsminister des Sekretariats für Strategische Fragen („Secretaria de Assuntos Estratégicos“²⁴) bei der Präsidentschaft Brasiliens, war Generalsekretär des Außenministeriums (Itamaraty) seit Antritt Lulas als Präsident 2003. Er veröffentlichte 2008 das Buch „Die Herausforderungen für Brasilien in der Ära der Giganten“. Darin legt er folgende Hauptgedanken dar:

- Die kommenden Jahre der weltweiten Entwicklung werden geprägt sein von der Beschleunigung wissenschaftlich-technologischer Prozesse und der Vergrößerung der Schere im Entwicklungsniveau zwischen reichen und armen Ländern. Neue Interessen- und Wirtschaftsblöcke werden entstehen, aber gleichzeitig wird die Tendenz zur Multipolarität zunehmen.
- Für Brasilien heißt das, die Erarbeitung entsprechender Strategien zur Minimierung des wissenschaftlich-technischen Zurückbleibens gegenüber den Industrieländern voranzutreiben. Ein Problem ist dabei die Überwindung der mangelhaften Infrastruktur in Lateinamerika, die ein Hindernis für die Herausbildung eines gemeinsamen Marktes darstellt.
- Erforderlich ist die Überwindung der Asymmetrien, die sowohl national wie auch regional existieren. Überwunden werden muss die Vorstellung, dass Brasilien in der Lage sei, im Alleingang die Situation zu verändern.
- Erarbeitet wird der „Plan Brasilien 2022“ (zum 200. Jahrestag der Unabhängigkeit Brasiliens), der transparent in der Öffentlichkeit mit mehr als 20.000 zivilgesellschaftlichen und politischen Organisationen diskutiert wird. Der Plan geht aus von der Welt des Jahres 2022, von der Entwicklung Lateinamerikas und Brasiliens bis zum Jahr 2022 und beinhaltet die Entwicklungsstrategie für drei strategische Sektoren: Entwicklung der Nuklear-, Weltraum- und Kommunikationstechnologien ebenso den „Plan der nachhaltigen Entwicklung des Amazonasbeckens“.

Inzwischen liegt der Plan vor und wurde von Präsidentin Dilma Rousseff bestätigt. Darin wird gesagt: „Im Jahr 2022 wird Brasilien ein Staat sein mit mehr Souveränität und mehr Demokratie. Brasilien wird eine gerechtere und fortschrittliche Gesellschaft haben. Brasilien wird ein Land mit einer nachhaltigen, beschleunigten Entwicklung sein.“²⁵

Brasilien auf dem Weg zum „Global Player“

Während der informellen Tagung der BRIC-Staaten in Brasília (April 2010) machte Brasilien gemeinsam mit den BRIC-Partnern deutlich, dass die Zeit der Dominanz entwickelter Industriestaaten vorbei ist. In einer gemeinsamen Erklärung wurde festgestellt, dass die internationalen Beziehungen politisch, wirtschaftlich und militärisch nicht mehr nur von einigen Staaten beherrscht werden können. Eine Transformation der internationalen Beziehungen ist erforderlich, wobei die Rolle der BRIC-Staaten nicht zu ignorieren ist.²⁶

Besser als die Industrieländer haben sie die Folgen der Krise überwunden. Die Krise, die von den USA ausging, zeigt die Erschöpfung der gegenwärtigen Weltordnung. Deshalb ist die Einleitung eines Prozesses der Umgestaltung des Weltwirtschafts- und Finanzsystems und der internationalen politischen Ordnung im Hinblick auf weltweite Herausforderungen wie

²⁴ Es gehört zu den Aufgaben des Außerordentlichen Ministers für Strategische Angelegenheiten, die langfristige strategische Planung durchzuführen, strategische Optionen des Landes mit der Regierung zu diskutieren und gemeinsam mit ihr und der Gesellschaft die nationale Strategie und nationale Entwicklungsrichtung auf lange Frist zu erarbeiten.

²⁵ „O Brasil em 2022 e As Metas do Centenário“ – „Brasilien im Jahre 2022. Die Aufgaben der Jahrhundertfeier“, aus: www.sae.gov.br

²⁶ Das Treffen in der Hauptstadt Brasiliens, Brasília, war das zweite dieser Art nach Ausbruch der Krise 2008. Die BRIC-Staaten betrachten es als informellen Zusammenschluss.

Umwelt, Veränderung des Lebensstils (Überwindung der Konsumgesellschaft), Nahrungsmittelsicherheit, Energiefrage, und „Global Governance“ erforderlich.

Mit aktiverem Auftreten und offensiverer Außenpolitik hat Brasilien eine Veränderung seiner Außenpolitik vorgenommen. Es bringt sich stärker als bisher in die internationalen Beziehungen ein und ist bestrebt, eine führende Rolle im Rahmen der Süd-Süd-Kooperation zu spielen. In Lateinamerika tritt das Land als Vermittler in Konflikten auf. (Unterstützung der Regierung Chávez im Erdölstreik der Opposition [2003], friedliche Lösung des Konfliktes mit Bolivien im Zusammenhang mit der Nationalisierung der Gas- und Erdölvorkommen, Vermittlung im Verhältnis Venezuela-Kolumbien). Die Veränderungen der Außenpolitik Brasiliens werden auch durch äußere Faktoren, wie die Krise der neoliberalen Ideologie und des konservativen Entwicklungsmodells in Lateinamerika, die Krise der US-amerikanischen Hegemonie und die Veränderungen der internationalen Beziehungen insgesamt beeinflusst.

Ins Zentrum der Außenpolitik wurde die Auffassung gerückt, dass im Interesse der Entwicklung des Landes eine national ausgerichtete Politik erforderlich ist, um eine konsequente Durchsetzung eigener Interessen zu gewährleisten. Eine subalterne Unterordnung unter fremden Interessen wurde aufgehoben, insbesondere tritt Brasilien in Lateinamerika merklich dem Druck der USA entgegen. Brasiliens bedeutende außenpolitische Repräsentanten sprechen eine deutliche Sprache. Nach Staatsminister Samuel Pinheiro Guimarães war „es früher üblich, um Genehmigung zu bitten, wenn es um bestimmte Dinge ging. Das war das Verhalten eines Heranwachsenden. Brasilien ist älter geworden; es wird nicht mehr um eine Genehmigung bitten, wenn es um die Entwicklung von Beziehungen zu einem x-beliebigen Land geht.“²⁷

Die brasilianische Außenpolitik orientierte sich auf eine selbstbewusstere Politik gegenüber den USA, was Ausdruck in der Nichtbeteiligung am Irakkrieg und in anderen Fragen fand (u.a. Betonung des Rechts auf Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes, Aufhebung der Blockade gegen Kuba). Prinzip der Außenpolitik ist die Multipolarität, die bei der Entwicklung seiner Beziehungen besonders in der verstärkten Hinwendung zu den Nachbarländern und der Forcierung der Entwicklung der lateinamerikanischen Integration, vor allem im Rahmen des MERCOSUR und der „Gemeinschaft lateinamerikanischer Staaten“ (UNASUR) unter Einbeziehung Kubas, zum Ausdruck kommt. Vorhandene Disparitäten und ungleiche Ausgangspositionen, die aus der Unterentwicklung resultieren, sollen durch eine für alle Seiten fruchtbare Zusammenarbeit ausgeglichen werden.

Vorrang hat so auch die Entwicklung der Süd-Süd-Beziehungen, vor allem zu China, Russland, Indien (BRIC-Staaten), Südafrika u.a. Brasilien tritt darüber hinaus für eine Reform der UNO, des IWF und der Weltbank (mehr Stimmenrechte für Schwellenländer) ein. Angestrebt wird der Abschluss der Doha-Runde im Rahmen der WTO. Es geht um eine umfassende Demokratisierung der internationalen Beziehungen.

Gegenüber der Europäischen Union, die auf den Gipfeltreffen mit Lateinamerika in Wien (2006) und Lima (2008) eine Annäherung an den MERCOSUR und ein Assoziierungsabkommen mit ihm anstrebte, bestand Brasilien auf der Forderung der Aufhebung der europäischen Agrarsubventionen. Inzwischen hat sich auch in Brasilien eine reale Einschätzung der Zielstellung der EU gegenüber Lateinamerika durchgesetzt und die Position, dass ein Vertrag mit der EU die Interessen Lateinamerikas widerspiegeln muss.

Die Ereignisse des Jahres 2009 lassen besonders nach dem Ausbruch der Krise erkennen, wie das internationale Gewicht Brasiliens gewachsen ist. Als Erfolg Brasiliens wird die Konstituierung der G-20 an Stelle der G-8 gewertet, was gleichzeitig als Verbesserung einer zuvor insgesamt instabilen, ungleich gestalteten internationalen Situation betrachtet wird. Nach brasilianischer Auffassung heißt das, einen Schritt in Richtung der Demokratisierung

²⁷ Interview in „Zero Hora“, 22. November 2009.

internationaler Institutionen gemacht zu haben. Verbunden sei damit gleichzeitig eine Verringerung der Konzentration der Macht in wenigen Händen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Einschätzung, dass eine Situation der Rivalität Brasiliens mit den USA entstanden ist (als „eine Konkurrenz niedriger Intensität“), schon deshalb „niedrig“, weil die brasilianische Diplomatie sich an den Prinzipien der gegenseitigen Achtung, der Kooperation und der friedlichen Koexistenz orientiert.

Als diesen Grundsätzen entsprechend kann die Position Brasiliens nach dem Militärputsch in Honduras (Juni 2009) gewertet werden. Brasilien verurteilte den Putsch, gewährte dem gestürzten Präsidenten Zelaya in seiner Botschaft in Tecusicalpa Asyl und anerkannte bis heute nicht die unter Ausnahmebedingungen gewählte Regierung. Brasilien äußerte sich scharf gegen die Installation neuer US-Militärbasen in Kolumbien.

Die brasilianische Außenpolitik verstärkt ihr Engagement auf internationaler Ebene. Gemeinsam mit der Türkei unternahm sie Schritte zur Vermittlung des Konfliktes mit Iran. Gemeinsam mit fünf weiteren Staaten Südamerikas anerkannte Brasilien die Autonomiebehörde Palästinas.

Die Politik der USA gegenüber Lateinamerika und die Obama-Administration

Kommentatoren der Beziehungen der USA zu Lateinamerika sprechen von einer anderen Lage als zu Zeiten der Dominanz der Monroe-Doktrin. Der Außenminister Brasiliens, Celso Amorim, drückte es am Vorabend des Treffens der südamerikanischen und Karibikstaaten (ohne USA) in Bahia (Brasilien) im Dezember 2008 mit folgenden Worten aus: „Es ist nicht erforderlich, dass 200 Jahre nach der Erklärung der Unabhängigkeit unsere Länder sich mit ausländischen Mächten (gemeint sind die USA, Spanien, Portugal) treffen müssen. Wir wollen gute Beziehungen zu den USA, aber unser Treffen zeigt die Reife in den Beziehungen zwischen Ländern unterschiedlicher politischer Orientierung in Lateinamerika.“²⁸ Es sei auch nicht wünschenswert und nicht möglich, dass die USA ihre Hegemonie gegenüber dem Subkontinent wiederherstellen. Aus Sicht der USA ist diese Entwicklung Besorgnis erregend: Ihr Einfluss auf dem Subkontinent schwindet, die historische These der Monroe-Doktrin – „Amerika den Amerikanern“ – ist in Frage gestellt.

Die Bedeutung Lateinamerikas für die USA

Die ökonomischen Positionen und politischen Einflussmöglichkeiten der USA sind nach wie vor erheblich, ihr politischer und kultureller Einfluss auf große Teile der Oberschichten, auch der Intellektuellen und der Mittelklasse ist immens.

Lateinamerika ist nach den arabischen Staaten die wichtigste Bezugsquelle der USA für Erdöl. Aus Mexiko und Venezuelas beziehen sie täglich ca. 4 Mio. Barrel Erdöl, das ist ein Drittel ihres gesamten Imports. Lateinamerika verfügt über enorme Wasserressourcen (Amazonasbecken, Wasserreservoir Guaraní mit ca. 50 Mrd. m³ Wasser und einer Ausdehnung von 1,2 Mio. km²). Strategisch wichtig sind ebenfalls seltene metallische Rohstoffe und nicht zuletzt die genetischen Ressourcen des Kontinents, d.h. die enorme Biodiversität. Die direkten Investitionen der USA in Lateinamerika und der Karibik erreichten im Jahr 2008 mehr als 270 Mrd. Dollar, annähernd 20 Prozent der Direktinvestitionen der USA im Ausland.

Ein großer Anteil des Außenhandels der USA wird mit den südlichen Nachbarn realisiert. Der Umfang des Handels der USA mit Lateinamerika erreicht ca. 360 Mrd. US-Dollar im Jahr und kommt damit fast dem Handel mit der gesamten Europäischen Union gleich. Daran hängen Millionen Arbeitsplätze und viele Unternehmen in den USA.

²⁸ Folha de São Paulo, 16. Dezember 2008.

US-amerikanische Unternehmen steigerten nach der Öffnung des mexikanischen Marktes durch die NAFTA ihre Handelsgewinne von 180 Mio. US-Dollar im Jahre 1980 auf 17,2 Mrd. US-Dollar bereits im Jahre 1997. Nach der Schaffung der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA (USA, Kanada, Mexiko) nahmen die USA schon unter der Clinton-Administration Kurs auf die Schaffung einer Gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA). Nach dem Scheitern dieses Vorstoßes wird nun der Abschluss von Freihandelsverträgen mit einzelnen Ländern betrieben (mit Chile, Kolumbien, Peru sowie den Ländern Mittelamerikas und der Karibik bestehen bereits Freihandelsverträge oder stehen kurz vor der Ratifizierung).

Der Zugang zum USA-Markt ist auch für die lateinamerikanischen Wirtschaften wichtig. Präferenzsysteme im Handel, Sonderquoten für landwirtschaftliche oder Textilexporte in die USA sind wirksame Druckmittel, zum Beispiel um die Beteiligung an der Drogenpolitik der USA zu bewirken oder um die Zustimmung zu bilateralen Freihandelsabkommen zu erzwingen. Sie eröffnen den transnationalen Unternehmen Märkte und unterwerfen die Wirtschaften Lateinamerikas ihren Interessen. Wie die schon zitierte Wissenschaftlerin Ana Esther Ceceña nachweist, sichern diese Verträge Absatzmärkte, den Zugriff auf Naturressourcen und führen zu einer zunehmenden Militarisierung des Kontinents, die mit dem Ausbau des Systems der Militärstützpunkte der USA verbunden ist.²⁹ Die Militär- und Wirtschaftsprojekte sowie Vertragssysteme, mit denen die USA Mittel- und Südamerika überziehen (vom Plan Puebla-Panamá/Projekt Mesoamerika, Plan Colombia, Iniciativa Andina bis zu den Verkehrs- und Erschließungsprojekten in Richtung auf den Amazonas), bilden ein komplettes System der Kontrolle der Bevölkerung, der Kommunikationswege, der Flusssysteme, der Datenübertragung etc.

Die Herrschaft über Lateinamerika gehört zu den Grundlagen der Vormacht der USA in der Welt, und Meinungen, dass das Engagement der USA in anderen Teilen der Welt ein sinkendes Interesse an Lateinamerika oder mangelnde Handlungsfähigkeit in dieser Region mit sich bringe, wohl auch die Linkstrends erst ermöglicht habe, zeugen von Realitätsferne, auch von Unkenntnis dessen, was unterhalb der Schwelle direkter Militärintervention in den Beziehungen der USA zu ihren südlichen Nachbarn in den letzten Jahren festgeschrieben wurde. Verstärkt hat sich jedoch der Widerstand dagegen.

Die westliche Hemisphäre in der Sicherheitsstrategie der USA

Seit Mitte der 1990er Jahre verfolgen die USA als Konsequenz aus der veränderten Lage in Lateinamerika eine Strategie der „Beherrschung des gesamten Spektrums“, d.h. Prävention von möglichen Krisen und Unruhen, eine Politik der Abschreckung, Verfolgung von progressiven Kräften und Kontrolle sozialer Bewegungen und, wenn erforderlich, ihre Bekämpfung. Es ist eine umfassende Strategie des Strebens nach Sicherung ihrer Vorherrschaft, die nicht ausschließlich nur auf die militärische Variante setzt.

In der im März 2006 veröffentlichten Nationalen Sicherheitsstrategie der USA werden der Platz und die Rolle der „westlichen Hemisphäre“ eindeutig bestimmt: Sie stellt die Hauptlinie in der „Verteidigung der nationalen Sicherheit“ der USA dar.

Erkennbar wird die neoliberale und strategische Orientierung, wenn „die Schaffung offener Märkte, Finanzstabilität und die weitere Einbeziehung des Kontinents in die Weltwirtschaft“ postuliert werden. „Unsere Strategie zielt auf die Vertiefung der Beziehungen zu Kanada und Mexiko, die Durchsetzung gleicher Werte und einer kooperativen Politik, die auf die gesamte Region ausgedehnt werden kann.“ „In unserer Hemisphäre wollen wir die Vision einer Amerikanischen Freihandelszone durchsetzen“³⁰, wie sie schon in der Gestalt der Nordamerikanischen (NAFTA) und der Mittelamerikanischen (CAFTA) existiert. Weiter geht

²⁹ Vgl. Ana Esther Ceceña: América Latina en la geopolítica del poder, in: Alternatives Sud: Les dessous de l'ALCA, vol. X, núm. 1, Paris: CETRI-L'Harmattan, S. 35-54.

³⁰ The National Security Strategy of the United States of America, März 2006, S. 28.

es um die Vertiefung der Zusammenarbeit „mit regionalen Führungsmächten“, um ihr Engagement für Demokratie zu stärken. Und faktisch drittens und deutlich: „Wir wollen versuchen, Einfluss auf Überlegungen zu nehmen, auf Grund derer sie ihre Entscheidungen treffen. Wir müssen entsprechend reagieren, wenn Staaten unkluge Entscheidungen treffen.“³¹

Die USA erklären den gesamten lateinamerikanischen Kontinent zu ihrem Einflussgebiet. Inzwischen wurden Tatsachen geschaffen, die den Einfluss der USA auf dem Kontinent einschränken. Das bedeutet eine Zunahme von Spannungen in diesen Beziehungen.

Die von der Bush-Administration eingeleiteten politischen Initiativen, sich mit diplomatischen Mitteln stärker den lateinamerikanischen Ländern zuzuwenden, blieben Einzelaktionen, so die Lateinamerikareise von Bush im März 2007, die vor allem darauf hinwirken sollte, Venezuela zu isolieren. Die Allianzen mit Kolumbien und Mexiko wurden ausgebaut. In die gleiche Richtung zielte die Reise 2007 nach Brasilien. Mit der Regierung Lula wurden Verträge über die Lieferung von Bioalkohol abgeschlossen.

Die zentrale Zone der US-Interessen umfasst das Gebiet der Karibik und des Amazonasbeckens in seiner ganzen Ausdehnung. Zu verfolgen ist das am Ausbau US-amerikanischer Militärbasen von Guantánamo bis Feuerland. Nach der erzwungenen Aufgabe des Panamakanals haben die USA neue Basen in Puerto Rico (Roosevelt Roads), El Salvador (Comalapa), Ekuador (Manta), Peru (Iquitos und Nanay im Amazonasgebiet), Aruba (Reina Beatriz), Curaçao (Hato Rey) und Haiti geschaffen und über den gesamten Kontinent Radar- und Beobachtungsstationen verteilt. Dazu gehört auch ein Vertrag über den Bau einer Basis in Feuerland. Der Griff nach der brasilianischen Militärbasis in Alcántara scheiterte, weil Regierung und Militär Brasiliens den Abschluss eines Vertrages verhinderten (Alcántara ist die Raketerversuchsbasis Brasiliens). Älteren Datums bereits sind die Stützpunkte Guantánamo und in Honduras Soto Cano. Aber USA-Einheiten sind an vielen weiteren Orten stationiert, angeblich mit „humanitären“, „Drogenbekämpfungs-“, „ökologischen“ oder „Forschungs“aufgaben. Die Truppenpräsenz der USA in Lateinamerika beträgt 8.500 bis 10.500 Mann³². Aber die Hauptrolle für die USA spielt nicht die Stationierung größerer Einheiten, sondern die Einstellung auf schnelle Truppenverlegungen, die Koordinierung ihrer Aktionen und ihre schnelle Einsatzbereitschaft, die Einrichtung der sog. FOLs (Forward Operating Locations).

Das Epizentrum dieser kritischen Zone ist Kolumbien. Nach dem Ausbleiben von Erfolgen der Aufstandsbekämpfung „mit niedriger Intensität“ wurde mit dem Plan Colombia 2000 ein Strategiewechsel eingeleitet, der das Schwergewicht auf die Kombination politischer und militärischer Mittel legt. Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Drogenhandel wird ein Antiterrorismuskampf geführt, der vor allem die Zivilbevölkerung, vermutete Unterstützer der Guerilla, schwer in Mitleidenschaft zieht. An den bewaffneten Auseinandersetzungen in Kolumbien sind die USA militärisch direkt beteiligt. Die US-Hauptbasis befindet sich in Tres Esquinas (Südkolumbien). Daneben existieren noch drei weitere. Das US-Militärpersonal in Kolumbien beträgt insgesamt 800 Armeeeingeborene und 600 „Kontraktkräfte“, d.h. Söldner privater Militärunternehmen.³³ In einem Ende Juli 2009 abgeschlossenen Vertrag gewährt Kolumbien den USA – nach der erzwungenen Räumung der Basis Manta in Ekuador – zusätzlich die Nutzung von drei weiteren Militärbasen auf seinem Territorium (Malambo an der kolumbianischen Karibikküste, Palenquero in Zentralkolumbien, Apiay im Südosten).

Der Plan Colombia II weitet diese Strategie auf den gesamten Andenraum aus. Der Aufbau der Militärbasen mit Nähe zu Venezuela verdeutlicht den Versuch, sich in der Nordregion des Kontinents Interventionsmöglichkeiten zu erhalten. Begleitet werden diese Maßnahmen mit

³¹ Ebenda, S. 37.

³² Angaben nach Tom Barry: Mission ‘Creep’ in Latin America –U.S. Southern Command’s New Security Strategy, July 2005.

³³ „Pagina 12“, Buenos Aires, 17. März 2009.

einer verstärkten militärischen Aufrüstung Kolumbiens, das damit auch zukünftig das instabile Zentrum des Nordens des Kontinents und der Karibik bleibt.

Plan Colombia II zielt aber auch auf den Ausbau der militärischen Präsenz im Raum Paraguay. Die US-Strategie betrachtet Paraguay als geografische Schlüsselposition im Südkegel des Subkontinents, strategisch wichtig, weil im Länderdreieck Brasilien – Argentinien – Paraguay der Zugang sowohl zu den Andenländern (Bolivien, Ekuador) als auch der Zugang zu Südbrasilien und dem Amazonasbecken gegeben sind. In Paraguay wurde seit Januar 2006 die Basis Mariscal Estigarribia ausgebaut und zur Landung großer Truppentransporter geeignet gemacht.

Auf die Absicht zur Schaffung von drei weiteren Militärbasen der USA in Kolumbien, womit die USA dort über sieben Stützpunkte verfügen würden, haben die anderen Staaten mit Ausnahme Perus sehr deutlich reagiert. In einem Dokument des Pentagon wurden für die Ausgestaltung der Militärbasis in Palanqueiro (Kolumbien) 46 Mio. US-Dollar beim Kongress beantragt. Sowohl Präsident Obama wie auch der Kongress bewilligten diese Summe. In der Begründung für die Beantragung für diese und die weiteren Basen in Kolumbien wurde die Gefahr, die von Venezuela und der Politik Chávez' ausgehe, als Begründung genannt. Es geht aber um mehr: Palanqueiro – so das Dokument – „ist zweifellos der beste Platz, um eine umfassende Kontrolle über alle Operationen in Südamerika auszuüben.“³⁴

Hinzu kommt, dass zwischen der Außenministerin der USA, Hillary Clinton, und dem Präsidenten Panamas, Martinelli, die Neuschaffung von Militärbasen der USA am Panamakanal ausgehandelt wurde. (Der frühere Präsident Panamas, Omar Torrijos, hatte diese und die „Escuela de las Americas“ im Januar 2000 schließen lassen.)

Die Präsidenten Brasiliens und anderer Länder zeigten sich beunruhigt und sprachen von möglichen Problemen für die südamerikanische Region. „Das, was sich vorerst als Zuspitzung des Konfliktes zwischen Venezuela und Kolumbien darstellte, verwandelt sich in ein Problem für die Region,“ schreibt die argentinische Zeitung Pagina 12.³⁵ Präsident Chávez, enttäuscht von der zögernden Haltung einiger Mitglieder der UNASUR auf ihrer Tagung in Quito (Uruguay, Chile und andere Staaten wollen vor einer schärferen Stellungnahme erst noch den USA-Präsidenten konsultieren), sprach sich deutlicher aus: „Winde des Krieges erheben sich über Lateinamerika.“ Venezuela sieht die Gefahr einer Aggression, die zu einem Konflikt von unkalkulierbaren Ausmaßen führen kann. Die Kriegsgefahr wurde auch von den Präsidenten Brasiliens und Argentinien benannt. „Was Brasilien beunruhigt, ist eine starke militärische Präsenz, deren Ziel und Kapazität über innere Erfordernisse Kolumbiens weit hinausgehen könnten“, äußerte der brasilianische Außenminister, Celso Amorim.³⁶

Große Besorgnis erweckte die Reaktivierung der IV. USA-Flotte im April 2008, die während des zweiten Weltkrieges die Küsten Südamerikas zu bewachen hatte und 1950 aufgelöst worden war. Der Schritt rief in Lateinamerika Kritik fast aller Staaten hervor und löste diplomatische Aktivitäten aus. Brasilien, das seine Interessen im Amazonasgebiet und seine neu entdeckten Erdölgebiete vor seiner Ostküste bedroht sieht und dabei ist, ein eigenes Atom-U-Boot zu bauen, verbat sich jedes Auftauchen der US-Flotte in seinen Gewässern. Die Reaktivierung der IV. Flotte wurde mit den verschiedensten Aufgaben begründet: humanitäre Hilfe (die Flotte verfügt über ein Lazarettschiff), Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zu lateinamerikanischen Seestreitkräften, Kampf gegen Terrorismus, Drogenhandel und Piraterie, Eindämmung der illegalen Migration. Nach dem verheerenden Erdbeben in Haiti ist es die IV. Flotte, die Hilfsaktivitäten durchführt und faktisch das Kommando über alle Unterstützungsmaßnahmen übernommen hat.

³⁴ Zitiert nach IHU-Online, 10. Mai 2010.

³⁵ „Pagina 12“, 1. August 2009.

³⁶ „Folha de São Paulo“, DPA, Brasilia, 2. August 2009.

Professor Der Ghougassian von der Universität San Andrés (Buenos Aires), Spezialist in internationalen Sicherheitsfragen, ist sich sicher, dass zwei Motive ausschlaggebend waren: „Die Entstehung der sogenannten populistischen Regierungen in Lateinamerika und die Naturressourcen, in einer Zeit, in der Nahrungsmittel, Süßwasserreserven und energetische Ressourcen einen sehr bedeutsamen strategischen Wert erlangen“.³⁷

Obama – vom Hoffnungsträger zum Fortsetzer der Einflusspolitik mit anderen Mitteln

Mit großer Spannung wurde auch in Lateinamerika das Ergebnis der USA-Präsidentschaftswahlen 2008 erwartet. „Die Zeit der USA als dominierende Macht in Lateinamerika ist beendet.“ So wird in Lateinamerika ein Satz aus einer Analyse des „Rates für Auswärtige Beziehungen“ der USA zitiert, der für die Obama-Administration Vorschläge für die zukünftige Gestaltung der Beziehungen mit Lateinamerika bereithält. Der seit 1921 existierende einflussreiche Rat erklärte die bisherige Politik der USA für Lateinamerika für gescheitert und empfahl, sich auf die neuen Gegebenheiten Lateinamerikas mit mehr Flexibilität, Eingehen auf die „sozialen Forderungen“ und nationalen Ambitionen einzustellen.³⁸

Im Vorfeld der Präsidentenwahl in den USA wurden von Obama Äußerungen zu Lateinamerika bekannt, die in Lateinamerika ein sehr differenziertes Echo fanden. Obama beschuldigte G. W. Bush faktisch, Lateinamerika verloren zu haben. Die Aussagen zu Kuba und zur möglichen Aufhebung des Embargos waren indifferent. Obama äußerte, dass andere Mächte, wie die Europäische Union und China, versuchen, das entstandene Vakuum auszufüllen. Hugo Chávez wurde von ihm als Demagoge bezeichnet. Das ganze 13 Seiten umfassende Konzept Obamas für Lateinamerika („A New Partnership for the Americas“) hat wenig Substanz, es beschwört die „Politik der guten Nachbarschaft“ in Anlehnung an Roosevelt.

Die reale Gestaltung der Beziehungen zu Lateinamerika seitens der Obama-Administration rückte unter diesen Gesichtspunkten verstärkt in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die New York Times urteilte im November 2008: „G. W. Bush hat so viel Chaos und Vorbehalte in der Welt hinterlassen, dass sein Nachfolger Barack Obama Lateinamerika vorerst zweitrangig behandeln wird.“ Sie schätzt aber gleichzeitig ein, dass „sich eine einzigartige Möglichkeit ergibt, die Beziehungen zur Region zu verbessern, da die Beziehungen ohnehin schlecht sind und es erst einmal wenig Anstrengungen kosten wird, mit etwas gutem Willen Fortschritte im Sinne der amerikanischen Werte zu erreichen.“³⁹

Am Amerikagipfel in Trinidad/Tobago Ende April 2009 beteiligten sich alle der UNASUR angehörenden Länder (außer Kuba). Bisherige Amerikagipfel wurden immer im Rahmen der OAS durchgeführt. Erstmals in den Beziehungen USA-Lateinamerika wurde das Treffen im Rahmen des von den lateinamerikanischen Ländern geschaffenen Gremiums realisiert. Das Gipfeltreffen erscheint im Lichte der gegenwärtigen Weltlage und der Weltwirtschaftskrise vor allem als Versuch einer Neubestimmung des Verhältnisses der Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder zu den USA. Es war das erste Zusammentreffen mit dem neuen US-Präsidenten Barack Obama. Antworten wurden auf dringende Fragen erwartet: Neugestaltung der Beziehungen des Kontinents zu den USA, Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise und die Aufgabe der Blockade gegen Kuba, die Respektierung der durch demokratische Prozesse entstandenen Veränderungen in lateinamerikanischen Ländern, das Abgehen von militärischen Interventionsplänen und Korrekturen in der Migrationspolitik der USA angesehen. Neben einer neuen Kuba-Politik wird besonders eine Normalisierung der Beziehungen zu Venezuela und Bolivien von Obama erwartet.

³⁷ Zitiert nach: Gustavo Herren: El Bicentenario nos encontrará unidos o dominados... la Cuarta Flota de los Estados Unidos, Argenpress.info, 17. Juli 2008.

³⁸ Greg Gradin, Professor an der Universität New York, in ALAI-AMLATINA, 31. Juli 2009.

³⁹ New York Times, zitiert von BBC Brasil, 28. November 2008.

Der Verlauf des Gipfeltreffens zeigte, welchen Stellenwert die lateinamerikanischen Staaten den zukünftigen Beziehungen mit den USA einräumen. Ihre Forderungen sind eindeutig: Sie wollen, dass die Industriestaaten und insbesondere die USA ihre Verantwortung für die Bewältigung der Krise übernehmen. Das Treffen war ein Zeichen gewachsenen Selbstbewusstseins und der veränderten Lage in den Beziehungen zu den USA.

USA-Präsident Barack Obama beschränkte sich vornehmlich aufs Zuhören. Es scheint ein Zeichen von Verunsicherung, wenn ein USA-Präsident sich vorerst zurückhält. Sicher ist aber auch, dass in den führenden Kreisen der USA eine Auseinandersetzung um die Gestaltung einer kohärenten Strategie gegenüber Lateinamerika geführt wird.

Der Staatsstreich in Honduras (Juni 2009)

Für die USA hat Honduras eine besondere strategische Bedeutung. Oberstes Ziel ist es, die Sicherheit im Innern des Landes zu garantieren und die Möglichkeit eines Zusammengehens mit benachbarten Republiken, in denen sich gesellschaftlich differenzierte Prozesse wie in Nicaragua und El Salvador vollziehen, zu verhindern. Der Beitritt des Landes auf Initiative des Präsidenten Zelaya zur Petrocaribe und zur ALBA versetzte die rechte Opposition und die Militärs in Aufruhr, die zur Vorbereitung des Putsches gegen den rechtmäßigen Präsidenten schritten. Bemerkenswert für die Beurteilung der Ereignisse in Honduras ist die Tatsache, dass sich fast alle lateinamerikanischen Länder gegen die Putschisten aussprachen und die OAS Sanktionen gegen Honduras beschloss.

Man geht in der lateinamerikanischen Linken davon aus, dass mit diesem Staatsstreich die organisierte Gegenoffensive der USA und der einheimischen Rechten gegen die Linkstrends in der Region eröffnet worden ist. Der Staatsstreich entspricht mit seiner Absicherung durch staatliche Institutionen, die eigentlich das Recht schützen sollen, auffallend dem Profil der Unterweisungen an den „Internationalen Akademien für die Anwendung des Rechts“ (ILEA), die das State Department zur Ausbildung von Polizeikräften, Richtern und Justizbeamten im Kampf gegen den Terrorismus seit 2003 eingerichtet hat. Sie sollen „die demokratische Regierbarkeit... unterstützen, das Funktionieren freier Märkte durch... eine bessere Anwendung der Gesetze ermöglichen und die soziale, politische und ökonomische Stabilität erhöhen ...“⁴⁰ Die ILEA für Lateinamerika befindet sich in El Salvador. Die US-Entwicklungsagentur USAID, das von McCain geführte International Republican Institute (IRI) und die faktische State Department-Stiftung NED geben erhebliche Summen für „externe Demokratieförderung“ in Honduras aus (auch die Friedrich-Naumann-Stiftung der FDP bewegte sich in diesen Fahrwassern, wie bekannt geworden ist).⁴¹

Der Putsch in Honduras Ende Juli 2009 gegen den gewählten Präsidenten Zelaya und die Reaktionen in den USA darauf sind zum Zeitpunkt der ersten Regierungsmonate der Obama-Administration Ausdruck der in den herrschenden Kreisen der USA geführten Auseinandersetzung um die Gestaltung der Beziehungen zu Lateinamerika. Während das offizielle Washington sich zurückhaltend äußerte und den Putsch quasi verurteilte, standen neokonservative Kreise hinter den Putschisten um Micheletti. Der brasilianische Historiker Luiz Alberto Moniz Bandeira ist wie viele andere Kommentatoren der Auffassung, dass „der Sturz Präsident Manuel Zelayas mit Unterstützung von Teilen der CIA und des Pentagons realisiert wurde, die sich gegen die Politik des Präsidenten Obama stellen und ihm Schwierigkeiten auf internationaler Ebene schaffen wollten. Die honduranischen Militärs hätten es nicht gewagt, den Putsch auszuführen, wenn sie nicht über die Unterstützung dieser Sektoren verfügt hätten.“⁴²

⁴⁰ <http://www.state.gov/p/inl/ilea/c11242.htm>.

⁴¹ Eva Golinger: Washington y el golpe de Estado en Honduras: aquí están las pruebas, „Rebelión“, 13. Juli 2009.

⁴² Interview IHU mit Moniz Bandeira, 20. Juli 2009. Bandeira ist emeritierter Professor an den Universitäten Rio de Janeiro und Brasília, lebt z.Z. in Heidelberg als Honorarkonsul Brasiliens.

Atilio Boron machte diese Hand der USA hinter dem Putsch deutlich: „Erinnert sei daran, dass die Streitkräfte von Honduras in den 1980er Jahren völlig umstrukturiert und ‚umerzogen‘ wurden, als in Honduras niemand anderes als John Negroponte US-Botschafter war. Dessen ‚diplomatische‘ Laufbahn führte ihn in so unterschiedliche Länder wie Vietnam, Honduras, Mexiko und Irak, um danach mit einer Supergeheimdienstbehörde in Washington betraut zu werden. Von Tegucigalpa aus überwachte er persönlich die terroristischen Operationen, die gegen die sandinistische Regierung in Nicaragua ausgeführt wurden, und förderte die Schaffung einer Todesschwadron, besser bekannt als Bataillon 316, die Hunderte von Menschen in Honduras entführte, folterte und tötete. Die Streitkräfte aus dieser Zeit sind es, die heute Zelaya absetzten.“⁴³

Die USA erkannten schließlich neben Kolumbien, Peru, Costa Rica, Panama u.a. die Wahl eines neuen Präsidenten Ende November 2009 entgegen ihren ursprünglichen Verlautbarungen an. Damit endete ein unsaubereres Doppelspiel, das sich über Monate hinzog und augenscheinlich Ausdruck der inzwischen sichtbar werdenden Orientierung der Obama-Administration gegenüber Lateinamerika ist. Nach Einschätzung politischer Beobachter zeigen sich im Herangehen der Obama-Administration an die Ereignisse in Honduras Züge dieses veränderten politischen Herangehens.

Die Neubestimmung der USA-Strategie gegenüber Lateinamerika und die Obama/Clinton - Doktrin

Im Bericht des Chefs des Südkommandos der US-Streitkräfte vor der Kommission „Bewaffnete Kräfte“ des US-Kongresses (2008) wurde eingeschätzt: dass „die traditionellen Bedrohungen in Lateinamerika jetzt begleitet werden von neu aufkommenden Bedrohungen, die man als radikalen Populismus bezeichnen kann, durch die demokratische Prozesse unterminiert und die individuellen Rechte bedroht werden.“ Nach US-Lesart sind demzufolge die demokratischen Veränderungen „radikaler Populismus.“ Die Reaktion der US-Militärs des Südkommandos auf diese „Bedrohungen“ ist die Festsetzung neuer Prioritäten:

- An erster Stelle steht die Sicherung des „freien Zugangs“ zu den internationalen Märkten und zu den Energiequellen. Das soll erreicht werden in Zusammenarbeit mit den entsprechen nationalen Kräften.
- Denjenigen Ländern, deren nationale Souveränität in Gefahr ist, muss umgehend Hilfe gewährt werden, besonders aber Ländern, in denen instabile politische Verhältnisse herrschen.
- Gezielt werden gemeinsame Manöver, auch Seemanöver, als Antiterroroperationen realisiert, Friedenseinsätze durchgeführt und humanitäre Hilfe geleistet.
- Verhindert werden müssen Maßnahmen der sog. Renegatenstaaten für die Unterstützung terroristischer Organisationen.
- Hilfe und Unterstützung werden vor allem für sichere und demokratisch gewählte Regierungen vorgesehen.

Grundzüge der sich herausbildenden Obama-Doktrin werden gekennzeichnet von einer Kombination diplomatischer Mittel, wirtschaftlichem Einflusses und „legalen demokratischen“ Manövern. Hillary Clinton, erklärte in einer Rede vor dem US-Senat das Vorgehen der Obama-Administration: „Wir werden die ‚smart power‘ (‚intelligente Macht‘) kultivieren, d.h. alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente, in erster Linie diplomatische Mittel und die Kunst der Überzeugung anwenden.“ Konkret bedeutete das, dass die Obama-Administration eine Modifizierung ihrer Außenpolitik vornehmen will. Deutlicher wurde

⁴³ Atilio Borón: Der Putsch, Servicio Informativo „ALAI-Amlatina“, 28. Juni 2009. Übersetzung: Bettina Reis, aus: *ila*, Nr. 327.

Hillary Clinton Anfang Januar 2010 vor dem „Zentrum für Globale Entwicklung“ (Center for Global Development). „Wir werden die Kraft der Erfahrungen unserer Diplomaten und unserer Militärs im Namen der Entwicklung nutzen und umgedreht. Die drei D’s müssen sich gegenseitig stärken,“ d.h. defence, diplomacy, development – Verteidigung, Diplomatie und Entwicklung. Gemeint ist damit die „smart power“, die nach Clinton „eine unserer wichtigsten Waffen in unserem außenpolitischen Instrumentarium sein muss.“ Es geht um „Partnerschaft und nicht um Gönnerschaft.“⁴⁴

Hinter dieser von H. Clinton bezeichneten „smart power“ versteckt sich nicht viel mehr und nicht viel weniger als eine Kontinuität der Außenpolitik der USA. Sie zielt generell ab auf die Aufrechterhaltung des Führungsanspruches der USA und ihre „Verantwortung“ für die globale Sicherheit. Auch im Falle Lateinamerikas ist absehbar, dass die USA – das zeigt sich im Herangehen in Honduras – versuchen werden, ihre Position durch taktisches politisches Vorgehen, die Unterstützung konservativer Kräfte und militärische Präsenz zu sichern. Erkennbar ist ebenfalls der Versuch, sich auf regionale Mächte, u.a. auf Brasilien, einzustellen und über den Weg der „Partnerschaft“ einen kooperativen Führungsanspruch durchzusetzen. Lateinamerika wird in diesem Sinne mit einer intelligenteren Politik der Obama-Administration als zur Zeit der Bush-Administration konfrontiert werden, in der die bekannten Elemente der Ausübung der Vorherrschaft – vor allem auch über militärische Mittel – erhalten bleiben, aber mit neuen kombiniert werden. Dazu gehört eine stärkere Fokussierung auf Schlüsselbereiche wie Landwirtschaft, Gesundheitswesen. Sicherheit, Bildung, Energie und „good governance“. Im Einzelnen könnten das sein:

- Versuch der Schaffung eines transatlantischen Rechtsraumes unter Einbeziehung Lateinamerikas,
- Bestrebungen zur Schaffung einer Partnerschaft zur Sicherung der Energieversorgung (Beispiel Brasilien),
- Aufgreifen von Reformbestrebungen zur Veränderung internationaler Finanzorgane (IWF, Weltbank),
- Entwicklungspolitik und ihre Kombination mit humanitärer Hilfe (in Paraguay stationierte US-Soldaten gehen z.B. in die Dörfer und verteilen Medikamente und Brillen),
- Multilaterale Anstrengungen zur Schaffung einer umfassenden transatlantischen Integration.

Das Gegenstück dazu wird eine verschärfte Politik gegenüber Venezuela, Bolivien und Ecuador sein. General Fraser, Chef der Militärbasen der USA in Kolumbien, äußerte während eines Aufenthaltes in Paraguay, während dem er sich mit paraguayischen Militärs traf: „Das, was mich am meisten beunruhigt, sind die Waffenkäufe Venezuelas. Sie haben 100.000 Gewehre gekauft und bauen eine Waffenfabrik, um noch mehr zu produzieren.“

Mit Versprechungen und der Losung „change“ hat Obama in aller Welt, auch in Lateinamerika, Hoffnungen geweckt. In den USA selbst haben Obamas Versprechungen zu einer Abschwächung der Friedensbewegung gegen den Krieg im Irak und in Afghanistan geführt. Die neokonservative Rechte (das Pentagon, die CIA u.a.) hat davon profitiert. Immanuel Wallerstein schätzt ein, dass die Rechte der USA Obamas innenpolitische Schwäche ausnutzt und auch die Rechte Lateinamerikas für sich einen größeren Spielraum sieht. In gewisser Weise wird sie versuchen, sich für die erlittenen Niederlagen der letzten Jahre zu rächen. Die Rechte Honduras’ tut das bereits: sie triumphiert. Der ehemalige Außenminister Orteiz bezeichnete Obama als „kleinen Neger, der von nichts etwas versteht.“ Die Länder Lateinamerikas und vor allem seine Linke sind sich besonders nach den Ereignissen in Honduras und dem Abschluss des Vertrages USA-Kolumbien der Gefahren

⁴⁴ Center for Global Development, 29. Dezember 2009.

bewusst, die sich aus dieser Situation ergeben. Im Rahmen der UNASUR machen sie gemeinsam Front gegen die weitere Militarisierung des Kontinents und beginnen, die Obama-Politik nüchtern einzuschätzen.

Unter diesen Umständen beobachtet man in Lateinamerika die weiteren strategischen Entscheidungen, die Obama treffen wird, mit wenig Hoffnung auf eine Wendung zu einem neuen Anfang in den Beziehungen. Für einige Kommentatoren ist das Urteil schon klar: „Eine neue Ära der Expansionspolitik kommt auf Lateinamerika zu.“⁴⁵

Multilateralismus oder Konkurrenz?

Akteure wie die EU und China sehen in Lateinamerika in zunehmendem Maße einen Partner für die Entwicklung wirtschaftlicher Beziehungen zur Sicherung ihrer Energie- und Rohstoffbezüge.

Beziehungen Lateinamerikas zur Europäischen Union

Seit 1999 laufen zwischen der EU und dem MERCOSUR Verhandlungen über den Abschluss eines Freihandelsabkommen. Ein solches ist mit Mexiko seit 2000 in Kraft. Das Assoziierungsabkommen EU-Chile wurde im November 2002 abgeschlossen. Die EU schloss ebenfalls ein Abkommen mit Brasilien zur Entwicklung und Nutzung von Bioenergie ab.

Die EU verfolgt mit der Führung spezialisierter Dialoge das Ziel, zwischen Regionen (Andengemeinschaft, CARIFORUM, MERCOSUR, Zentralamerika) und Ländern zu differenzieren. Inzwischen wurden eine Vielzahl von Kooperationsabkommen mit einzelnen Ländern und Ländergruppen abgeschlossen. Auf dieser breit angelegten Grundlage gibt ein institutionalisierter politischer Dialog zwischen der EU und Lateinamerika die strategische Richtung vor. Die regelmäßig stattfindenden Gipfeltreffen sollen zur Entwicklung der Beziehungen beitragen. Die EU-Kommission beschrieb die Durchführung der Gipfeltreffen in Guadalajara (Mexiko) im Mai 2004 und Wien Mai 2006 als große Erfolge. Von Seiten der Lateinamerikaner wurden die Treffen als wenig ergebnisreich eingeschätzt. Mehr als Absichtserklärungen sind bisher nicht erzielt worden. Der letzte EU-Lateinamerikagipfel 2008 in Lima wurde seitens der Bundesregierung intensiv vorbereitet, um der Bundeskanzlerin, die am Treffen teilnahm, Erfolg bei der Annäherung an Lateinamerika zu garantieren.

Die Beziehungen der EU zu Lateinamerika sind von großer Asymmetrie geprägt. Schon im Verlaufe des letzten Jahrhunderts werden sie durch zunehmenden Kapitalexport und einen ungleichen Handelsaustausch charakterisiert, d.h. die lateinamerikanischen Länder sind von je her Exporteure von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen und importieren vorwiegend Ausrüstungen, Maschinen und Technologie.

Die Länder des MERCOSUR sind in prekärer Form in hierarchisch strukturierte internationale Produktionsnetzwerke eingebunden, Selbst das Assoziationsabkommen zwischen der EU und dem MERCOSUR hebt die subalterne Einbindung in die internationale Arbeitsteilung nicht auf. Hoffnungen der lateinamerikanischen Länder, sich durch die Entwicklung der Beziehungen zu Europa und besonders zur EU von der bisher einseitigen Ausrichtung der Wirtschaftsbeziehungen auf die USA zu befreien, wurden bisher nicht erfüllt. Inzwischen hat sich – auch in den Wirtschaftskreisen dieser Länder – die Erkenntnis

⁴⁵ Diego Olivera (BAROMETRO INTERNACIONAL): Obama apoya al Plan Colombia y las nuevas bases militares. Estados Unidos enfila su guerra sucia contra Venezuela, Argenpress.info, 21. August 2009.

durchgesetzt, dass die von der EU realisierte Politik ebensolchen neoliberalen Charter trägt, wie die der USA.

Die „Süd-Süd“- und „Süd-Nord“-Beziehungen Lateinamerikas

Neue Konstellationen ergeben sich aus den verstärkten Aktivitäten Chinas und anderer Länder in Lateinamerika. So stand China 2010 an der Spitze der in Brasilien investierenden Länder. Insgesamt wurde von der „Brasilianischen Gesellschaft für Studien Transnationaler Unternehmen und Globalisierung“ eine Summe von 17 Mrd. US-Dollar chinesischer Kapitalinvestitionen (von insgesamt 52,6 Mrd. US-Dollar) registriert.⁴⁶ Nach den Angaben dieser Gesellschaft wird das meiste Kapital im Rohstoffsektor investiert.

China setzt auf die Sicherung seiner Rohstoffinteressen und den Export seiner Billigwaren, d.h. Textilien, Elektronik und Haushaltswaren. Die Bedingungen, unter denen dieses Engagement stattfindet, werden in Lateinamerika als Alternative zur Kooperation mit transnationalen Konzernen bewertet, die beiderseitigen Nutzen sichert. „Für die Lateinamerikaner stellt China eine neue ‚Handelsoption‘ außerhalb des amerikanischen Dickichts von Normen und Vorschriften dar, und China knüpft an die Geschäfte keinerlei politische Auflagen.“⁴⁷ „China hält sich mit der politischen Instrumentalisierung seiner Auslandsinvestitionen zurück.“⁴⁸

Allerdings tritt China in Lateinamerika auch als politischer Partner auf. Es ist bereits seit 2004 Beobachter in der OAS und in der CEPAL (UNO-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik). Die Präsidenten Chinas unternahmen einige Lateinamerikareisen. Es gibt Dialoge auf Ministerebene und vielfältige andere Formen einer pragmatischen Zusammenarbeit. Die chinesische Regierung hat im November 2008 erstmalig in der Geschichte ein Dokument über ihre Politik gegenüber Lateinamerika und dem karibischen Raum veröffentlicht. Es bekennt sich zu einer Kooperation auf verlässlicher Grundlage und zu einer Politik des gegenseitigen Vorteils. Im politischen Bereich haben beide Seiten oft identische Interessen und Standpunkte. China unterstützte die Errichtung der 200-Meilen-Zone, setzte sich für die Souveränität des Panamakanals ein (die Regierung Panamas verkaufte die Rechte zum Betreiben der Häfen an chinesische Firmen), vertritt gemeinsam mit den lateinamerikanischen Ländern das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Es unterhält zu 24 Staaten der Region diplomatische Beziehungen und tritt für Multilateralismus und gleichberechtigte Handelsbeziehungen ein. Seine Annäherung an Venezuela gilt einem Land, dessen antiimperialistische Haltung bekannt ist.

China realisiert mit dem Ausbau seiner Beziehungen zu Lateinamerika (und auch zu Afrika) eine Entwicklungsstrategie aufholender Ökonomie, die „relativ stabile globale Kräfteverhältnisse in Frage stellen“⁴⁹ kann, sodass „virulente Konkurrenz- und teilweise Konfliktverhältnisse“ entstehen können. Sie „basieren auf der Realität einer außenpolitischen, von Zentralasien über den Mittleren und Nahen Osten bis nach Afrika und Lateinamerika reichenden Offensive Pekings, die zu Bedrohungswahrnehmungen bei anderen führenden Staaten und insbesondere bei den USA führen.“⁵⁰

Mit der Entwicklung der Beziehungen zu China schafft sich Lateinamerika ein Gegengewicht zur Abhängigkeit von den USA und der EU. Auch in Mexiko ist China dabei, mit Erdölderivaten und Textilien amerikanische Firmen vom Markt zu verdrängen. China ist zum

⁴⁶ Zeitschrift „Valor“, 26.1.2011

⁴⁷ Parag Khanna: Der Kampf um die Zweite Welt – Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung, Berlin Verlag 2008, S. 201.

⁴⁸ Ebenda

⁴⁹ Tobias ten Brink: Geopolitik – Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 2008, S. 255.

⁵⁰ Ebenda, S. 256.

echten Konkurrenten anderer Mächte auf dem lateinamerikanischen Kontinent herangewachsen. Die Befürchtungen in den USA über die wachsenden Anteile chinesischer Unternehmen und des politischen Einflusses wachsen. Im Moment der Krise sehen lateinamerikanische Ökonomen eine Chance, dass sich diese wirtschaftlichen Beziehungen noch schneller ausbauen lassen. Für Lateinamerika ist China eine aufsteigende Macht, sodass ein wachsender Austausch längerfristigen Charakter haben kann.

Auch mit Indien und Iran entwickelt sich eine wachsende Zusammenarbeit, die sich auch im gemeinsamen Auftreten in internationalen Gremien niederschlägt. In diese Kooperation tritt zunehmend auch Russland ein, das sich früheren Partnern in Kuba und Peru wieder zuwendet, aber auch an Brasilien großes Interesse zeigt und mit Venezuela bereits eine umfangreiche Zusammenarbeit eingeleitet hat. Russland strebt eine Verdoppelung seines Außenhandelsvolumens mit Lateinamerika an, das gegenwärtig bei 11 Mrd. US-Dollar liegt. Sowohl die wirtschaftlichen wie auch die politischen Beziehungen, die Lateinamerika mit anderen Akteuren entwickelt, haben zur Veränderung der Position Lateinamerikas in der Weltwirtschaft und in der politischen Landschaft beigetragen. So steht 2010 im Außenhandel Brasiliens nunmehr China an erster Stelle vor den USA. Die Dynamik der Handelsbeziehungen Lateinamerikas zu China, Asien und Afrika zeigt, dass der Handel Süd-Süd zu einem wesentlichen Faktor in der Weltwirtschaft geworden ist. „Zukünftig wird der Süd-Süd-Austausch an Waren und Dienstleistungen fundamentales Gewicht für die Dynamik der Weltwirtschaft darstellen. Ausgehend davon, werden die Entscheidungen, die Lateinamerika und die karibischen Länder vornehmen werden, um ihre Beziehungen zu China, Indien, Afrika und der ASEAN zu vertiefen, das Tempo ihres Wachstums mitbestimmen.“⁵¹

Die Verstärkung der Beziehungen Lateinamerikas zu anderen Ländern vermindert ihre Abhängigkeit von den westlichen Industrieländern, schafft aber gleichzeitig neue. Nach wie vor sind sie vorwiegend Exporteure von Rohstoffen, landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Halbfertigprodukten. Deshalb wächst das Bestreben, eigene Entwicklungswege zu gehen, die industrielle Basis zu stärken und eine Beschleunigung wissenschaftlich-technologischer Prozesse voranzutreiben. Vorrang hat deshalb die interamerikanische Kooperation und Integration.

Einige Schlussfolgerungen und Gedanken für die linke Debatte

Eine kurze und zutreffende Charakteristik der Entwicklung in Lateinamerika des argentinischen Soziologen Atilio Borón soll hier an den Anfang gestellt werden:

„Das Beste, was wir in der Region machen können, ist uns ernsthaft unsere eigene Entwicklungsstrategie, unsere eigene Strategie der Vertiefung der Demokratie, des Voranschreitens bei den großen sozialen Reformen, die dieser Kontinent braucht,... zur Aufgabe zu machen, wenn auch heute offensichtlich weder die objektiven noch die subjektiven Bedingungen gegeben sind, um von Revolution sprechen zu können – vielleicht die objektiven, aber im Bereich der Ideen, des Bewusstseins, der Ideologie sind wir noch der Diktatur des Neoliberalismus unterworfen. Deshalb scheint mir, dass dies nicht der Moment für revolutionäre Prozesse ist, obwohl in Venezuela, Bolivien und Ekuador sich höchst ermutigende Prozesse sozialer, ökonomischer und politischer Reformen entwickeln. Das alles sind Prozesse mit zum Teil sehr tiefgreifenden Fortschritten, die in ihrer tatsächlichen Dimension begriffen werden müssen.“⁵²

⁵¹ „Panorama de la inserción internacional de América Latina y el Caribe“ 2009-2010, Publikation der CEPAL, Oktober 2010, S. 37.

⁵² Marcelo Colussi, Entrevista a Atilio Borón: En Latinoamérica hay que fortalecer nuestra autonomía nacional mediante acuerdos de integración, Argenpress.info, 5. Dezember 2008.

Borón spricht in seiner Einschätzung von „zum Teil tiefgreifenden Fortschritten“, die er besonders auf Venezuela, Bolivien und Ekuador bezieht. Gemessen an Entwicklungen auf anderen Kontinenten scheint eine solche Einschätzung völlig berechtigt zu sein, denn:

- Errungen wurden „tiefgreifende Fortschritte“ durch den Kampf linker, progressiver Kräfte in der Auseinandersetzung mit dem globalisierten, neoliberalen Kapitalismus.
- In Lateinamerika führte diese breite und sich überlagernde Mobilisierung heterogener Kräfte und Bewegungen – in Gestalt neuer und alter politischer Akteure – zu greifbaren gesellschaftlichen Fortschritten, charakterisiert durch die Bildung progressiver und Mitte-Links-Regierungen.
- Das Besondere an dieser „Linksentwicklung“ in Lateinamerika ist, dass ein Anfang gemacht wurde, alte Hegemonieverhältnisse in Frage zu stellen, und Ansätze geschaffen wurden, durch die Volkskräfte direkten Einfluss auf die Gestaltung der Politik und der Gesellschaftsmodelle erreicht zu haben.
- Sowohl in der politischen als auch in der sozialen Linken wurde die Frage nach ihrem Verhältnis zur „Macht“ aufgeworfen. Mit anderen Worten: Wie muss sich die Linke zur Veränderung des Kräfteverhältnisses in einem Land wie auch zu geopolitischen Veränderungen verhalten, ergeben sich doch daraus für sie neue Spielräume und Einflussmöglichkeiten.
- Offenkundig geht die Entwicklung in den einzelnen Ländern Lateinamerikas – abgesehen von übergreifenden Elementen wie Kampf gegen die Armut, Vertiefung der Demokratie, Sicherung der nationalen Unabhängigkeit – unterschiedlichste Wege unter noch kapitalistischen Bedingungen. Die Praxis der Volkskämpfe in Lateinamerika wirft theoretische Fragen auf, die einer Antwort bedürfen, da sie nicht nur für die lateinamerikanische Linke von Bedeutung sind.
- Am Beispiel Brasiliens wird deutlich, dass von einer neuen Diplomatie der wesentlichsten Länder Lateinamerikas gesprochen werden kann. Staatlich realisierte Außenpolitik wird von der Linken Lateinamerikas als positiv und unterstützenswert eingeschätzt. Soziale Bewegungen erhalten, z.B. in den ALBA-Staaten, die Möglichkeit, ihre Forderungen auf die staatliche Tagesordnung zu setzen. Lateinamerikanische Präsidenten messen der Entwicklung des Weltsozialforums große Bedeutung zu.

Die heutige lateinamerikanische Linke in ihrer Vielfalt treibt Prozesse voran, für die sich mittelfristig zwei unterschiedliche Perspektiven voraussehen lassen:

Zum einen vertieft sich die Entwicklung des Kapitalismus in den Hauptländern, die den jeweiligen Eliten Möglichkeiten erschließt, sich selbstständiger in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht in die Weltvorgänge einzuschalten. Entwicklungsmodelle in Brasilien und Argentinien, auch Chile, sind Modelle einer nachholenden kapitalistischen Entwicklung,⁵³ die eine bestimmte politische Nähe zu solchen Ländern wie China, Indien, Russland usw. schafft. Eine ihrer Besonderheiten besteht darin, dass sowohl die neuen wie auch Teile der alten Eliten Regierungen tolerieren, die als „links“ oder „links-liberal“ angesehen werden und durch eine mehr oder weniger nachhaltige Sozialpolitik eine Harmonisierung der sozialen Beziehungen herstellen und neue Entwicklungsimpulse freisetzen. Damit wird der Versuch unternommen, einen „humaneren Kapitalismus“ (Argentinien) oder „sozialeren Kapitalismus“ (Brasilien) zu gestalten. Auch der Druck der ökologischen Probleme kann neue Tendenzen in dieses Entwicklungsmodell einfügen.

Zum anderen sind die Linksentwicklungen Ausdruck des wachsenden Widerstandes breiter Volksmassen gegen die neoliberalen Verhältnisse und ihrer Auseinandersetzung mit den Übeln des Kapitalismus überhaupt und stellen Ausgangspunkte für die Entwicklung neuer Gesellschaftsmodelle (wie sie u.a. in der Debatte über einen „Sozialismus des 21.

⁵³ Vgl. Tobias ten Brink, Geopolitik – Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz“, a.a.O., S. 251.

Jahrhunderts“ vorausgedacht werden) dar. Sowohl die Wahlerfolge linksgerichteter Parteien wie der PT in Brasilien und der Frente Amplio in Uruguay wie auch die tiefer gehenden neuen gesellschaftlichen Erfahrungen in Venezuela, Bolivien und Ekuador sind Ausdruck für die Herausbildung neuer Kräfteverhältnisse. Die verfassungsgebenden Prozesse in diesen Ländern beinhalten eine Hinwendung zu einer Demokratie von unten, in der nicht mehr die alten herrschenden Kräfte den Ton angeben, sondern soziale Bewegungen (indigene, demokratische, antikapitalistische Volkskräfte) sich als hegemoniale Akteure bewegen. Es geht um die Überwindung von Marginalisierung, um Partizipationsmöglichkeiten, um die Umverteilung des Reichtums, darüber hinaus auch um ein neues Paradigma des Umgangs mit der Natur. Das geschieht in heftiger Auseinandersetzung mit alten Strukturen und Kräften. Insofern sind diese Prozesse nach vorne hin offen und nach wie vor reversibel.

Die politische Instabilität, die sich aus dieser Lage ergibt, ist direkt verbunden mit der Krise des neoliberalen Kapitalismus und mit dem Verfall der Hegemonie der USA. Hieraus entsteht ein ständiger Widerspruch zwischen der Globalisierung der menschlichen Gesellschaft und dem beschränkten Charakter der nationalen und internationalen politischen Institutionen.

Die in Lateinamerika erreichten Veränderungen sind bislang keineswegs strukturellen Charakters und können durchaus rückgängig gemacht werden. Dauerhaftigkeit und Überlebenschancen hängen von der Fähigkeit der neuen Akteure ab, sich in dieser Auseinandersetzung zu behaupten und schöpferisch neue Lösungen für die gesellschaftlichen Grundprobleme der Zeit zu finden. Dabei gilt es ständig nach der weiteren Verschiebung des Kräfteverhältnisses zu streben, Erreichtes zu sichern, die neuen Akteure selbst weiterzuentwickeln und ihren Zusammenhalt zu sichern.

Den progressiven Kräften Lateinamerikas steht, abgesehen von den äußeren Gegenmächten, eine erfahrene Bourgeoisie gegenüber. Selbst wenn Teile der Eliten sich auf die neuen Verhältnisse einer Machtteilung eingestellt haben, werden sie immer danach streben, in der Auseinandersetzung mit linken Kräften die Oberhand zu behalten.

Für die Linke Europas ergeben sich daraus vielfältige Fragen. Einmal geht es darum, die Anliegen Lateinamerikas wirksam zu unterstützen bzw. zu fragen: Welches Potential kann sie aufbringen, um zusammen für gemeinsame Interessen einzutreten? Zum anderen geht es um grundsätzliche Schlussfolgerungen für die Auseinandersetzung mit den europäischen Eliten und um eigene Wege zur Veränderung der Hegemonieverhältnisse im eigenen Land.

Autoren

Erhard Crome

Dr. habil., Politikwissenschaftler, Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik, Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin,

Wolfgang Grabowski

Politikwissenschaftler, Botschafter a.D., früherer Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau, Berlin,

Achim Wahl

Politikwissenschaftler, früherer Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Sao Paulo, Berlin.

